Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 21045 (Red.); 21047 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 35 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Mittwoch, 19. März 1930** | **10. Jahrgang * Nr. 66**

Terrorgesetz in dritter Lesung angenommen!

Nun erst recht — Hinein in die KPD. — Verteidigt Eure revolutionäre Vorhut!

(Eig. Drahtber.) Berlin, 19. März.

In der gestrigen Reichstagssitzung wurde Severings Republikschutzgesetz in der namentlichen Schlußabstimmung mit 265 gegen 150 Stimmen angenommen. Auf den kommunistischen Antrag, die Verkündung des Gesetzes auszusetzen, antwortete der Sozialdemokrat Dittmann mit dem Antrag, das Gesetz als dringlich zu erklären. Das Republikschutzgesetz wird nunmehr dem Reichsrat zugeleitet und sofort mit der Unterschrift Hindenburgs zur Veröffentlichung gelangen.

Unter dem alten Sozialistengesetz Bismarcks schrieb im August 1882 der damalige sozialistische Abgeordnete Georg v. Vollmar:

„Lassen wir alles Verstecken, Vertuschen, Leugnen und Heucheln als unser unwürdig und rufen wir offen und steifnackig unseren Feinden zu: Jawohl, wir sind staatsgefährlich, denn wir wollen Euch vernichten. Jawohl, wir sind die Feinde Eures Eigentums, Eurer Ehe, Eurer Religion und Eurer ganzen Ordnung. Jawohl, wir sind Revolutionäre und Kommunisten. Jawohl, wir werden der Gewalt mit der Gewalt begegnen. Jawohl, wir glauben fest an eine baldige Umwälzung und Befreiung, wir hoffen auf sie und bereiten uns durch geheime Organisation und Agitation und alles, was Eure „Gesetze" verbieten und uns gut dünkt, auf dieselbe nach Kräften vor. Ihr habt die Machtfrage gestellt — gut, wir nehmen sie auf. Wir werden uns eines nicht fernen Tages schätzen und der Sieger wird das Gesetz machen."

(Zitat aus dem Abend-„Vorwärts" vom 15. März 1930.)

Ein halbes Jahrhundert nach diesen Sätzen des sozialistischen Vollmar erläßt der Sozialdemokrat Severing seine brutalere, skrupellosere, schmachvollere Neuauflage des Sozialistengesetzes. Die deutschen Arbeiter mögen ihr Urteil darüber fällen. Severings Ausnahmegesetz ist nicht nur ein Schlag gegen die Kommunistische Partei, die er dezimieren" will. Severings Ausnahmegesetz ist

ein Schlag gegen alle Werktätigen.

Der Widerstand der Massen gegen die Auswirkungen des Young-Planes soll gebrochen werden.

Die Satten wollen die Hungernden wehrlos machen; das ist der Sinn des Republikschutzgesetzes.

Es soll nicht gelingen!

Massenkampf um Lohn und Brot, für den Siebenstundentag, das ist die proletarische Antwort.

Nun erst recht —

Hinein in die Kommunistische Partei, die Partei des deutschen Proletariats!

*

Das Republikschutzgesetz, das den Klassenkampf des revolutionären Proletariats terrorisieren soll, ist nur der Ausdruck der wachsenden Schwierigkeiten des deutschen und des internationalen Kapitalismus.

kein Zeichen der Stärke, sondern im Gegenteil ein Zeichen der Schwäche der Ausbeuterherrschaft.

Aber Revolutionen können nicht verboten werden,

kein Ausnahmegesetz der Welt kann den revolutionären Klassenkampf unterdrücken.

Was können die Herren erreichen?

Sie können erreichen, daß wir, um der mitteldeutschen Arbeiterschaft das Sprachrohr der Revolution so lange als irgend möglich zu erhalten, manche Dinge nicht in jener Offenheit aussprechen können, wie wir es gewohnt sind. Aber deutlicher als viele Worte sprechen die Tatsachen der Krise, des Hungers und des Elends, und sie werden die mitteldeutschen Arbeiter lehren,

die Zeilen des „Klassenkampf" richtig zu lesen.

Die Herren können die Partei um Hunderte ihrer Funktionäre berauben, — aber sie können nicht verhindern, daß die Tatsachen Tausende von Proleten belehren, die sich der revolutionären Vorhut anschließen und

in die durch den Terror gerissenen Lücken eintreten werden.

Die Herrschenden können den Versuch unternehmen, die Kommunistische Partei, die Vorhut der proletarischen Revolution, zu verbieten, — aber keine Kraft der Welt kann verhindern, daß ein **Massensturm des Protestes durch die Betriebe, durch die Stempelstellen, durch alle Arbeiterorganisationen geht, daß gerade der Terror des Klassenfeindes** gegen die Kommunistische Partei Zehntausenden bisher von den Sozialfaschisten irregeführter Proleten die Augen öffnet,

daß der eherne Wall der proletarischen Solidarität die revolutionäre Vorhut schützt, die unter allen Umständen ihre Pflicht erfüllen wird.

Unter der Wucht der Empörung der Arbeitermassen ist der große Bismarck mit seinem Sozialistengesetz gescheitert, — in den Stürmen der wachsenden revolutionären Gärung wird das Terrorgesetz des kleinen Severing zerbrechen.

Harnack will Märzfeier verbieten

Der Regierungspräsident v. Harnack hat die für morgen angesetzte Märzfeier der hallischen Arbeiter auf dem Gertrauden-Friedhof verboten. Es soll lediglich gestattet werden, daß Delegationen Kränze niederlegen, ohne daß eine Kundgebung stattfindet oder Ansprachen gehalten werden darf.

Wir stellen diese sozialfaschistische Musterleistung vor der gesamten Arbeiterschaft an den Pranger. Alle Belegschaften, die Erwerbslosen, alle Organisationen der revolutionären Arbeiterschaft müssen gegen den Terror Stellung nehmen. Die hallischen Arbeiter werden es sich nicht nehmen lassen,

durch Entsendung starker Delegationen

gegen den Polizeiterror zu demonstrieren.

Man kann die Revolution nicht verbieten

Zum Jahrestag der Märzrevolution und der Pariser Kommune

„Die sogenannten Revolutionen von 1848 waren nur kleine Zwischenfälle — geringfügige Spalten und Risse in der harten Kruste der bürgerlichen Gesellschaft. Aber sie zeigten den Abgrund." So analysiert Marx am 19. April 1856 die bürgerlichen Revolutionen von 1848. Der Abgrund wurde aufgezeigt:

Die Kluft zwischen den Klassen

— der Bourgeoisie und dem Proletariat, das noch bis zur Revolution von 1848 und noch während derselben (hauptsächlich in Deutschland) für die Interessen seines eigenen Feindes kämpfte.

Warum der Riß? Warum zeigten die vollzogenen Revolutionen erst den Abgrund? Die Antwort liegt in der Rolle, die die nach „Freiheit" strebende Bourgeoisie in den Jahren 1848 gespielt hat. Ihr Freiheitsprogramm erschöpfte sich mit Freiheit des Handels, und war diese wichtigste Forderung erfüllt, so ließe sich schon über alle anderen Forderungen, wie Pressefreiheit, Gewissensfreiheit usw. reden. Denn der berühmte Ruf nach der „Verfassung" in Deutschland roch stark nach Kattunfabrikant und Kattunhändler. „Der König soll sich unter den Schutz der Bürger stellen", brüllte es am 19. März 1848 auf dem Schloßplatz. Weil Oberbürgermeister Naunyn mit lauter Stimme auf den Platz herunterrief: „Der König will, daß Pressefreiheit herrsche, ... der König will, daß eine Konstitution auf freisinnigster Grundlage alle deutschen Länder umfasse, ... der König will, daß Preußen sich an die Spitze der Bewegung stelle." Und der König selbst auf dem Roß unter Schwarz-Rot-Gold — was konnte man noch mehr verlangen? So druckt schon die „Vossische" am 20. März 1848 ein „Extrablatt der Freude", wo der Zusammenstoß zwischen Militär und Bürgertum nur als ein „unseliger Irrtum" dargestellt wird.

Hier zeigte sich der Abgrund zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Und dieser Abgrund wurde immer tiefer, je klarer die Klassenforderungen des Proletariats wurden, je mehr es die Bedeutung der Waffe in seinem Kampf um die Befreiung erkannt hatte.

*

So mußte das Proletariat nach 1848 der bourgeoisen Demokratie sagen, was es von ihr eigentlich denkt. Und das Proletariat verkündet den verschiedenen Hansemännern und Camphausens und wie alle diese Bourgeois und kleinbürgerlichen Demokraten heißen mögen, daß das, was bis jetzt war, der Kampf gegen die Monarchie, nur das Vorspiel zum eigentlichen Kampf sei, der

für das Proletariat mit der Herrschaft der bürgerlichen Demokratie erst beginnt.

Alles andere sei für den Totengräber der Bourgeoisie nicht mehr als eine kleine Episode.

„Es gab Verbindungen", sagt Marx über die verschiedenen kommunistischen und halbkommunistischen Gruppen und Organisationen von vor und während 1848, „die sich ein weiteres und höheres Ziel gesetzt hatten, die wußten, daß der Sturz einer Regierung **nur eine Episode in dem großen herannahenden Kampf sein werde,** und die sich zusammentaten, um die Partei (d. h. die Kommunistische), deren Keim sie bildeten, zu dem letzten, entscheidenden Ringen vorzubereiten, in dem eines Tages in Europa die Herrschaft nicht bloß der „Tyrannen", „Despoten" und „Usurpatoren", sondern eine weit gewaltigere und furchtbarere Macht für immer vernichtet werden soll:

die des Kapitals über die Arbeit."

Das ist das Ziel der proletarischen oder der kommunistischen Partei, was für Marx nur identische Begriffe sind. Nicht nur Sturz der „Tyrannen", von Friedrich Wilhelm IV. oder Wilhelm II., ist das eigentliche Ziel des Proletariats. Dies ist nur das Vorspiel zum Kampf gegen die gewaltigere und furchtbarere Macht — gegen die Macht des Kapitals.

Und wenn die proletarische oder kommunistische Partei eine „Verschwörung" organisieren wollte, „so war es eine Verschwörung nicht gegen die bestehende Regierung (Friedrich Wilhelm IV. oder Wilhelm II.), sondern **gegen deren wahrscheinliche Nachfolgerin."** So verkündete Marx das Programm der proletarischen Partei in seinem Artikel „Der Kommunistenprozeß zu Köln" am 1. Dezember 1852. Das Proletariat muß aus den Erfahrungen von 1848/1849 lernen, „daß zuerst die Demokratie der Kleinbürger an die Herrschaft kommen muß, ehe die kommunistische Arbeiterklasse erwarten darf, dauernd zur Macht zu gelangen und das

Weißenfelser Schuhmacher für die Opposition

Sozialfaschisten und Renegaten schließen ein festes Bündnis und werden von der Opposition geschlagen

Der sozialfaschistische Hauptvorstand der Schuhmacher hat die im Januar dieses Jahres mit 227 gegen 159 Stimmen der SPD. gewählte oppositionelle Ortsverwaltung in Weißenfels nicht bestätigt. In der Generalversammlung am 18. März wurde die Neuwahl vorgenommen. Der aus der KPD. erst vorige Woche ausgeschlossene Angestellte Schüffler machte offen für die SPD. Propaganda und entlarvte sich als ein bezahlter Lakai der Gewerkschaftsbürokratie.

Mit rücksichtsloser Schärfe zeigten die oppositionellen Redner die Faschisierung der Gewerkschaftsbürokratie auf. Der Schuhmacherverband soll wie in Berlin auch in Weißenfels gespalten und den Unternehmerinteressen dienstbar gemacht werden.

Im Schuhmacherverband Weißenfels wurde gestern eine politische Entscheidung herbeigeführt.

Die Stimmenzahl der SPD. ging von 159 auf 140 in der Spitze zurück. Die Opposition erreichte mit 288 Stimmen (im Januar waren es 227) einen guten Erfolg.

Eine rein oppositionelle Ortsverwaltung

wurde auf Grund politischer Kampfforderungen gewählt.

Zur Bezirkskonferenz nach Erfurt wurden mit 281 Stimmen sechs oppositionelle Kollegen gewählt. Der sozialdemokratische Angestellte Kubitzki erhielt 85 Stimmen.

Die Opposition stand geschlossen und wird um die Erhaltung der Einheit des Schuhmacherverbandes den Kampf gegen die sozialfaschistischen Spalter führen.

Roter Sieg im Chemiebetrieb Agfa, Berlin

Im Betrieb der J. G. Farbenindustrie Agfa, Berlin, fanden am 17. und 18. März die Betriebsratswahlen statt, die einen

überwältigenden Sieg der roten Liste

ergaben. Es erhielten bei der Wahl zum Arbeiterrat

die rote Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition 655 Stimmen,

die sozialfaschistische Liste 275 Stimmen.

Dieser Erfolg der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist eine Ermunterung für die gesamte deutsche Arbeiterschaft, insbesondere aber für die Schwesterbetriebe der Agfa in Wolfen und Bitterfeld, deren Wahlen in der nächsten Woche bevorstehen:

Wählt rote Betriebsräte!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300319-13/fragment/page=0001

System der Lohnsklaverei zu vernichten, das sie unter das Joch der Bourgeoisie zwingt."

*

Der 18. März von 1871, die Pariser Kommune, hat sich die Verwirklichung dieses Programmes zum Ziel gesetzt. „Die Proletarier von Paris", verkündete das ZK. der Nationalen Garde in seinem Manifest vom 18. März, „haben inmitten der Niederlagen und des Verrats der herrschenden Klassen begriffen, daß die Stunde geschlagen hat, wo sie die Lage retten müssen, sie haben begriffen, daß es **ihre** höchste Pflicht und **ihr** absolutes Recht ist,

sich zu Herren ihrer eigenen Geschicke zu machen

und die Regierungsgewalt zu ergreifen." So erfolgte prompt die Antwort von Thiers. Die Pariser Kommune, proklamiert er der „zivilisierten Welt", sei „eine Handvoll von Verbrechern". Denn diese „Verbrecher" haben unter anderem die wahre „Liebe zur Nation" des Herrn Thiers erkannt: Durch den Verrat von Paris und Frankreich sollte das Pariser Proletariat mit Hilfe von Bismarcks Husaren entwaffnet werden, das Proletariat, das gewillt war, Herr seines eigenen Geschickes zu werden. Seitdem ist die internationale Front zwischen Kapital und Arbeit klar:

Hier die Thiers und die Bismarcks, da die Kommune und die Arbeiter der ganzen Welt.

Thiers und Bismarck haben begriffen, was die Pariser Kommune bedeutet. Schon während des Juniaufstandes von 1848 zeigte die „Demokratie" der Bourgeois, daß der Begriff „Volksherrschaft" durch die Mehrheit des Volkes, durch die Ausgebeuteten nicht „mißbraucht" werden darf. Tausende Kämpfer, tausende namenlose Helden fielen auf den Pariser Barrikaden, weil sie ein Programm der „sozialen Republik" aufgestellt hatten. Allein der weiße Schrecken vom Juni 1848 war noch eine humane Handlung im Vergleich mit dem eingesetzten weißen Terror im Mai 1871, der Rache für die Pariser Kommune. Die Zahl der Opfer der proletarischen Revolution konnte jetzt nicht einmal festgestellt werden: 25 000 Männer, Frauen und Kinder im Kampf getötet, oder nach dem Kampf abgeschlachtet, Tausend und aber Tausende ins Exil verbannt. Aber die Rechnung war ohne den Wirt, **ohne** die Geschichte gemacht: das Blut der Zehntausenden hat den Willen des Proletariats zur Revolution gefestigt und den späteren Sieg gesichert.

*

Denn Revolutionen, bürgerliche wie proletarische, sind keine Erfindungen ekstatischer oder gar verrückter Leute, sonst könnten die modernen Herrscher nicht allzu stolz auf ihren Stammbaum sein. Und hier ist das „Rätsel" der Geschichte, hier das „Geheimnis":

Warum diese Angst der „Mächtigen" vor einer angblich immer zurückgehenden einflußloser werdenden KPD.?

Hätten Revolutionen, proletarische Revolutionen, die Marke „Made in Moskau" getragen, so könnten gesicherte Schutzzölle ohne weiteres abhelfen. Eine Angelegenheit von noch 25 Zollbeamten. Aber anscheinend kann die Geschichte trotz „Schutzzoll" und „Zollbeamten" diese Ware dennoch einschmuggeln. Daher die Heidenangst: Alarm höchster Stufe! Seid auf der Hut!

Faul muß es sein im Staate Dänemark. Das Bewußtsein,

daß Revolutionen nicht erfunden werden, daß sie kommen müssen,

flößt eben den Mächtigen diese Angst ein.

*

Die Pariser Kommune hat unendliches geschaffen. Sie hat die Grundlage für die Aera der proletarischen Revolutionen gelegt. Sie war politischer Diktator, die „endlich entdeckte Form"

des proletarischen Staates in der Uebergangsperiode.

Sie hat die unbekannte Größe von der „sozialen Republik" von 1848 aufgelöst, interpretiert und klar gemacht. Der große Oktober von 1917 hat aber seinerseits die Pariser Kommune nicht nur ergänzt und erweitert, sondern darüber hinaus all das in den Schatten gestellt, was die Pariser Kommune, schon wegen der Kürze ihrer Dauer, nicht schaffen konnte. Die Pariser Kommune hat nur die Betriebe der geflüchteten Eigentümer durch ein Dekret erfaßt und ihre Weiterleitung den in diesen Betrieben beschäftigten Arbeitern auf genossenschaftlicher Grundlage übergeben. Das bewertete Marx als eine der wichtigsten Taten der Pariser Kommune, die schließlich auf den Kommunismus hinauslaufen mußte. Und heute? Die Verwirklichung eines Fünfjahrplanes in der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken und die Ausarbeitung eines Generalplanes, der den vollständigen Aufbau des Sozialismus in Angriff nimmt.

Hier ist der Schlüssel für die neuen Formen der „Demokratie" (des Sozialfaschismus) und der ganzen „zivilisierten Welt" zu suchen. Früher konnte sich die Bourgeoisie mit Blutbädern begnügen, die bei besonders „feierlichen Anlässen" veranstaltet wurden, etwa bei einer Juniinsurektion, bei einer Pariser Kommune usw. Heute, wo die Sowjetunion den Ausgebeuteten der ganzen Welt zum Mahnruf dient, **heute genügt es nicht mehr.** Es müssen proletarische Blutbäder drei- bis viermal im Jahre veranstaltet werden, weil der Kampf auf des Messers Schneide steht, weil die Bourgeoisie ihren nahen Untergang spürt. Und der 18. März von 1871 hat mit der Vernichtung der Herrschaft der Bourgeoisie begonnen.

*

„Im Mittelalter existierte in Deutschland, um die Untaten der Herrschenden zu rächen, ein geheimes Tribunal, das „Femegericht". Wenn an einem Hause ein rotes Zeichen zu sehen war, so wußte man, daß kein Eigentümer der Feme verfallen war. Heute steht auf allen Häusern Europas das geheimnisvolle rote Kreuz. Die Geschichte selbst sitzt zu Gericht — der das Urteil vollstreckt, ist das Proletariat." (Marx)

Massenaktionen gegen Papsthetze

Wuchtige Kundgebungen gegen die Kirchenreaktion, für die Sowjetunion

Am Sonntag fanden an verschiedenen Orten des Reiches wuchtige Kundgebungen gegen den päpstlich-evangelisch-jüdischen „heiligen" Kreuzzug gegen die Sowjetunion statt. In **Oppeln** hatte der Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung eine Massenversammlung abgehalten, bei der der Genosse Ausländer die Ursachen des päpstlichen Feldzuges gegen die Sowjetunion aufzeigte. Ein großer Teil der Anwesenden kam zu dem Entschluß, die Hetze des Papstes durch den **Austritt aus der Kirche** zu beantworten.

Auch im **Ruhrgebiet** und im **Solinger Bezirk** fanden Kundgebungen statt, die einen wuchtigen Auftakt zum 19. März, den „Weltsühnetag", der im Auftrage des Papstes zu einer gesteigerten Hetze gegen die Sowjetunion benutzt werden soll. Das revolutionäre Proletariat wird an diesem schwarzen Tage seine Demonstrationen gegen den Kreuzzug zu einem Kampf gegen die Kirchenreaktion und für die Verteidigung der Sowjetunion gestalten.

Für einheitliche Kampffront der Bauarbeiter

Die Leitung der Berliner oppositionellen Bauarbeiter hat einen Schritt unternommen, der geeignet ist, die einheitliche Kampffront der Bauarbeiter für den bevorstehenden Lohnkampf im Baugewerbe herzustellen und tatkräftig gegen die Bauunternehmer vorzustoßen.

Das Bezirkskomitee der revolutionären Bauarbeiter Berlins wandte sich in einem Schreiben an den Industrieverband für das Baugewerbe (Kaiser),

worin an die Entschließung der letzten Reichskonferenz des Industrieverbandes erinnert wird, in der eine einheitliche Kampffront und eine Zusammenarbeit der revolutionären Gewerkschaft und Partei verlangt wurde. Die oppositionellen Bauarbeiter erinnern Kaiser an diese Beschlüsse seines Verbandes und schreiben dann weiter:

„**Wenn es Euch ernst ist um die Einheit der Bauarbeiter**, fordern wir Euch auf, gemeinsam mit dem Bezirkskomitee der revolutionären Bauarbeiter zusammenzutreten und über folgende Vorschläge, die wir Euch machen, ernsthaft zu verhandeln:

1. **Vereinheitlichung der von der revolutionären Bauarbeiterschaft aufgestellten Kampfesforderungen zur Lohnbewegung.**
2. **Mobilisierung der gesamten Bauarbeiterschaft mit dem Ziel eines Streikes zur Durchsetzung der aufgestellten Forderungen im Monat April oder Mai.**
3. **Durchführung einer systematischen Versammlungskampagne und gemeinsame Durchführung einer zentralen Delegiertenkonferenz aller im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter zur Beschlußfassung über die zu treffenden Kampfesmaßnahmen und Schaffung der einheitlichen revolutionären Kampfleitung der Berliner Bauarbeiter.**
4. **Gemeinsame Mobilisierung der übrigen Arbeiterschaft zur Durchführung einer allgemeinen großen Solidaritätsaktion zur Unterstützung des Bauarbeiterkampfes."**

Mit diesen Vorschlägen ist der Weg zu einem einheitlichen Vorgehen der Bauarbeiterschaft gegen das Unternehmertum für die Erkämpfung höherer Löhne und des Siebenstundentages gegeben. Es ist die Aufgabe aller klassenbewußten Bauarbeiter, sich für diese Vorschläge einzusetzen. Die großspurigen Kampfankündigungen der reformistischen Gewerkschaftsführer anläßlich der Tarifabläufe im Baugewerbe haben sich bekanntlich als Schwindel herausgestellt. Die Gewerkschaftsbürokraten haben **auch nicht eine einzige Minute an die Organisierung des Kampfes gedacht.** Die Unternehmer, die einen großzügigen Angriff auf die Bauarbeiter durchführen, verlassen sich ebenso wie die Gewerkschaftsbürokraten auf den staatlichen Schlichtungsapparat.

Es besteht kein Zweifel, daß die Gewerkschaftsbürokratie auch den schändlichsten Schiedsspruch schlucken wird.

Darum ist es Aufgabe der Bauarbeiter, **unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition** alle Kräfte zusammenzureißen und

energisch und zielbewußt die notwendigen Kampfmaßnahmen zu organisieren und durchzuführen.

Das dritte Berliner Opfer des Polizeiterrors

(Eig. Drahtbericht.) Berlin, 19. März.

Gestern nachmittag ist ein drittes Opfer der Polizei-Soldateska vom 6. März im Krankenhaus gestorben. Der 25jährige Maurer Peschke bekam am 6. März von den schießenden Kosaken Zörgiebels einen schweren Bauchschuß, an dessen Folgen er gestorben ist.

Berliner Arbeiter gegen Terrorgesetz

(Eig. Drahtbericht.) **Berlin, 19. März.**

Die Rote Hilfe veranstaltete gestern im Sportpalast eine Massenkundgebung gegen das Republikschutzgesetz. Die Berliner Arbeiterschaft beteiligte sich so zahlreich an dieser Massenkundgebung, daß der große Saal **bereits um 20 Uhr überfüllt** war. Gleich zu Beginn des Massen-Meetings

marschierten unter ungeheurem Jubel Abteilungen des verbotenen Roten Frontkämpferbundes und der Antifaschistischen Jungen Garden mit erhobenen Fäusten in den Raum.

Unter den Klängen des Trauermarsches marschierten Delegationen der proletarischen Organisationen mit umflorten Fahnen ein. Es sprachen eine Reihe von ausländischen Genossen aus Litauen, Griechenland, Mexiko, die für die Befreiung der politischen Gefangenen aller Länder durch den Kampf der Arbeiterschaft aller Länder um die Macht eintreten.

Als Vertreter der Bezirksleitung der Roten Hilfe sprach Genosse **Pieck.** Mit ungeheurer Empörung wurde die Mitteilung aufgenommen, daß der Arbeiter **Peschke als drittes Opfer der Zörgiebel-Kosaken an seinen Verwundungen gestorben** ist. Die Stimmung der revolutionären Arbeiterschaft war der beste Beweis, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, die Gemordeten ungerächt zu lassen. Vor dem Sportpalast war während der Kundgebung ein ungeheures Polizeiaufgebot aufmarschiert.

Ein demagogisches Manöver

(Eig. Drahtber.) **Berlin, 19. März.**

Unmittelbar nach der Verkündung des Republikschutzgesetzes will der preußische Innenminister das im Dezember erlassene **Verbot der Demonstrationen** und Versammlungen unter freiem Himmel **aufheben.** Das Republikschutzgesetz macht ein Demonstrationsverbot überflüssig, da es genügend Bestimmungen enthält, die das Recht auf die Straße und die Versammlungsfreiheit illusorisch machen.

Die Aufhebung des Demonstrationsverbotes, mit der die Sozialfaschisten Illusionen erwecken wollen, charakterisiert nur den Inhalt des Republikschutzgesetzes.

Revolutionärer Wettbewerb

Die Arbeiterinnen von „Krasnij Bogatyr" an die Arbeiterinnen von „Elbe-Piesteritz" und an alle Chemieproleten unseres Bezirkes

Am Internationalen Frauentage wurde in einer Versammlung alter Fabrikarbeiter der Gummifabrik „Krasnij Bogatyr" beschlossen, internationale proletarische Verbindungen mit den Arbeiterinnen und Arbeitern zweier deutscher Gummifabriken, nämlich „Elbe-Piesteritz" und „Conti-Hannover" herbeizuführen. Die Arbeiter der Fabrik „Krasnij Bogatyr" sandten nach Deutschland ein Telegramm, in welchem sie die Arbeiter der genannten Betriebe zum Eingehen eines revolutionären Wettbewerbes auffordern. Die Versammlung bestätigte den Entwurf eines Vertrages, von dem eine Abschrift nach Deutschland gesandt wird. Für die beständige Regelung der internationalen Verbindungen wurde eine Gruppe aus 7 Personen gewählt. Die Arbeiter der Fabrik „Krasnij Bogatyr" laden die Fabriken „Krasnaja Rosa", „Moskwoschwej" Nr. 10 und die Strumpffabrik „Rogin" ein, ihrem Beispiel zu folgen und internationale Beziehungen anzuknüpfen, sowie einen revolutionären Wettbewerb mit den Arbeitern der ausländischen kapitalistischen Betriebe zu organisieren.

An die Arbeiter und Arbeiterinnen von „Elbe-Piesteritz" und „Conti-Hannover"!

In diesem Jahre fällt der Internationale Frauentag mit dem Tage zusammen, wo Millionen Erwerbsloser in sämtlichen kapitalistischen Ländern der Welt Demonstrationen veranstalten. Millionen von Arbeitern sind aus den Betrieben hinausgejagt und gezwungen, mit ihren Frauen und Kindern Entbehrungen, Hunger und Kälte zu leiden. Und wenn sie die Straße betreten, um Brot und Arbeit zu fordern, da jagen sie die Sozialfaschisten auseinander, schießen sie nieder und verhaften sie.

Nur unser Land, das einzige in der ganzen Welt, baut den Sozialismus auf und wird von Arbeitern und Bauern regiert. Der siegreiche Vormarsch des Proletariats der UdSSR., die erfolgreiche Durchführung des Fünfjahrplans rufen Neid und Haß bei den Schakalen des internationalen Kapitals hervor, und diese betreiben fieberhafte Vorbereitungen zu einem Krieg gegen die Werktätigen unseres Landes. Aber sie vergessen die brüderliche Solidarität des internationalen Proletariats und die ungeheuren Sympathien, deren sich die UdSSR. beim gesamten revolutionären Proletariat in allen Ländern der Welt erfreut.

Wir alten Arbeiterinnen aus den Stoßbrigaden der Gummifabrik „Krasnij Bogatyr" versammelten uns am Vorabend unseres Frauenfestes, um freundschaftliche, schwesterliche Beziehungen zu den Arbeiterinnen der deutschen Fabrik „Elbe-Piesteritz" und „Conti-Hannover" anzuknüpfen, und fordern sie zu einem

revolutionären Wettbewerb

heraus, der unsere Siege festigen und dazu beitragen soll, die deutschen Arbeiter vom Joch des Kapitalismus und seinen getreuen Handlangern, den Sozialfaschisten, den Verrätern der Arbeiterklasse, möglichst rasch zu befreien.

Wir übernehmen folgende Verpflichtungen:

1. **Im Verlauf des gesamten Jahrfünftes die Ausführung der unserer Fabrik zugewiesenen Produktionsaufgaben zu 100 Prozent in einem Stoßtempo durchzusetzen.**
2. **Das Eindringen der neuen Lebensführung in unsere Familienheime mit allen Kräften zu fördern.**
3. **Uns in unserer Fabrik im öffentlichen Leben aktiv zu betätigen.**
4. **Die Durchführung der Kollektivisierung in den unter dem Patronat unserer Fabrik stehenden Dörfern auf alle mögliche Weise zu fördern und aktiv zu unterstützen. Diejenigen von uns, die Mitglieder von Bauerngemeinden sind, übernehmen die Verpflichtung, den Kollektivwirtschaften beizutreten.**
5. **Wir verpflichten uns, einen ständigen kameradschaftlichen Briefwechsel mit den Arbeiterinnen der Werke „Elbe-Piesteritz" und „Conti-Hannover" zu unterhalten und mit ihnen unsere Erfahrungen und Errungenschaften auszutauschen.**

Unsererseits fordern wir Euch, Arbeiterinnen der Werke „Elbe-Piesteritz" und „Conti-Hannover", auf:

1. **Alle Arbeiter und Arbeiterinnen zum Schutz der UdSSR., des Vaterlandes des Weltproletariats, und zur aktiven Bekämpfung des vom internationalen Kapital und von seiner päpstlichen und sozialfaschistischen Agentur organisierten „Kreuzzuges" zu mobilisieren.**
2. **Der Kommunistischen Partei Deutschlands, der einzigen politischen Partei, die für die Interessen der Werktätigen eintritt, beizutreten und die Reihen der revolutionären Gewerkschaftsopposition zum Zweck einer Bekämpfung der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokraten zu kräftigen.**
3. **An sämtlichen Kampagnen, die von der Kommunistischen Partei Deutschlands und der revolutionären Gewerkschaftsopposition durchgeführt werden, aktiv teilzunehmen.**
4. **Bei den bevorstehenden Betriebsrätewahlen selbständige Listen der revolutionären Gewerkschaftsopposition entgegen den Sozialfaschisten und den Renegaten aus dem Lager Brandlers aufzustellen und die Verräter der Arbeiterklasse aus Euren Betriebsräten zu verjagen.**
5. **Die Organisierung der Einrichtung revolutionärer Vertrauensmänner in Euren Betrieben durchzusetzen und um sie zu kämpfen.**
6. **Eine Popularisierung des Fünfjahrplans des sozialistischen Aufbaues in der UdSSR. unter den Arbeiterinnen und Arbeitern Eurer Betriebe in weitem Umfang zu popularisieren und gegen die verleumderischen Ausfälle und falschen Nachrichten, die von den Sozialfaschisten über unser Land verbreitet werden, einen schonungslosen Kampf zu führen.**
7. **Den Massenentlassungen von Arbeitern und Arbeiterinnen in Euren Betrieben einen aktiven Widerstand entgegenzusetzen.**
8. **Den Siebenstundentag und für die schädlichen Verrichtungen den Sechsstundentag durchzusetzen und eine Steigerung der Löhne zu verlangen.**
9. **Euch mit allen Entlassenen und Erwerbslosen zu einem gemeinsamen Kampf gegen die Kapitalisten und Sozialfaschisten zusammenzuschließen.**
10. **Um die Durchbrechung des ausbeuterischen Tarifvertrages, der von den Sozialverrätern mit Euren Trusts abgeschlossen wurde, einen organisierten Kampf zu führen.**

Arbeiterinnen und Arbeiter der Werke Elbe-Piesteritz und Conti-Hannover! Wenn Ihr diesen Verpflichtungen nachkommt, werdet Ihr zu Vorkämpfern für die Weltrevolution und werdet Ihr den Untergang des kapitalistischen Regimes in Deutschland beschleunigen.

Es leben die Arbeitsschwestern der Werke Elbe und Conti!

Auf zur Weltrevolution!

Es lebe Sowjet-Deutschland!

Es lebe der Stab des Weltproletariats, die Komintern!

Versammlung der Arbeiterinnen-Kaders der Fabrik „Krasnij Bogatyr"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300319-13/fragment/page=0002

Kommunistische Parolen an der Kirche

Auftakt zum roten Antikirchentag in der Tschechoslowakei

Deutsch-Brod, 18. März. In der vergangenen Nacht wurde die Wand der Dekanalkirche in einer Höhe von 30 Metern (!) bemalt. Heute morgen leuchteten in riesengroßen roten Lettern von der Kirchenmauer folgende Inschriften: „Los von Rom! — Es lebe die Sowjetunion! — Tretet aus den Kirchen aus! — Glaubt den Pfaffen nicht!"

Die Bevölkerung der Stadt pilgerte in langen Zügen zu der Kirche, um die Inschriften zu lesen. Kirchengemeinde und Behörden schäumen vor Wut. Es war bisher unmöglich, die Malerei zu entfernen. Die „zuständigen Stellen" zerbrechen sich den Kopf darüber, wie es möglich war, in einer Nacht ohne große Gerüste die Schrift aufzumalen.

Aehnliche Aufschriften waren auch an den Mauern der Dreifaltigkeitskirche und mehreren öffentlichen Gebäuden sowie Fabriken angebracht.

Gestörte Bittgottesdienste in England

London, 18. März. Die gesamte Presse meldet von Zwischenfällen und Protesten bei „Bittgottesdiensten", die die englische Kirche am Sonntag für die „verfolgten Christen" in der Sowjetunion abgehalten hat. Vor den Kirchen wurden Flugblätter des Bundes der Freunde der Sowjetunion und anderer revolutionärer Organisationen verteilt.

★

Es geht aus den Presseberichten hervor, daß fast in allen Fällen die Geistlichen zunächst betonten, die Bittgottesdienste seien völlig apolitisch, um unmittelbar darauf die wüstesten Hetzreden zu halten. So sagte z. B. der Bischof von London in einer Predigt in der Kirche St. Matthew's in Bayswater in London, nachdem er von einem Besuch gesprochen hatte, den er vor dem Kriege in Rußland machte: „Allein der Gedanke, daß alle diese Bischöfe hingeschlachtet, alle diese Priester ermordet wurden!" Der Bischof von Bradford sprach in der Kirche von Ilkley u. a. folgendes: „Ihr könnt einen großen Teil all dessen, was ihr gehört habt, als Uebertreibung in Abzug bringen, aber es kann nicht in Frage gestellt werden, daß eine große Zahl von Verfolgungen sogar bis zum Tode vorgekommen sind... Es kan eingewandt werden, daß sie aus politischen Gründen umgebracht wurden, aber wenn man Politik mit Religion vermischt — und manchmal kann man das nicht anders — so sind sie wirklich Märtyrer des christlichen Glaubens".

Die Entrüstung der englischen Presse über die „Störungen der Gottesdienste durch kommunistische Elemente" beweist, daß die Arbeiterschaft eindrucksvolle Gegenkundgebungen durchgeführt hat.

Meuterei chinesischer Regierungstruppen

Rote Arbeiter- und Bauernpartisanen erobern die Stadt Anfu

Schanghai, 18. März. Zwei Regimenter Regierungstruppen, die in der Bias-Bucht stationiert waren, haben gemeutert. Die Offiziere beider Regimenter wurden getötet. Die kürzlich im Zusammenhang mit dem gegen die Seeräuber in der Bias-Bucht eingeleiteten Feldzug errichtete drahtlose Station wurde völlig zerstört.

Eine Militärabteilung und drei Kanonenboote sind zur Unterdrückung der Meuterei entsandt worden.

In der Provinz Schansi sind die roten Partisanen weiter vorgedrungen. Die Arbeiter und Bauern besetzten die Stadt Anfu, wo sie die Sowjetmacht ausriefen. Der Bürgermeister der Stadt sowie eine Reihe konterrevolutionärer Persönlichkeiten wurden erschossen. Die arme Bevölkerung steht begeistert hinter den revolutionären Partisanen.

Ungarische Arbeitermarschieren

Budapest, 18. März. Am Sonntag fanden in Budapest große revolutionäre Kundgebungen statt. Bereits mittags formierten sich Protestdemonstrationen der Arbeiterschaft gegen die Märzfeiern der Sozialdemokratischen Partei Ungarns.

Am Nachmittag stand die ganze Stadt im Zeichen wuchtiger Massenaufmärsche des Proletariats. Mit den Rufen „Arbeit und Brot" und „Nieder mit dem faschistischen Hungerregime" durchzogen die Budapester Arbeiter die Straßen. An verschiedenen Stellen kam es zu heftigen Kämpfen mit den Polizeitruppen, die zu Fuß und zu Pferde angerückt waren und mit blanker Waffe gegen die Arbeiter vorgingen. Im Verlauf der Handgemenge wurden Polizisten und Demonstranten verletzt. Die Kundgebungen dauerten bis in die späten Abendstunden.

Polnische Weißgardistenpläne

Der Prozeß gegen den Bund zur Befreiung der Ukraine

Moskau, 18. März. (TASS.) Im Verlauf des in Charkow verhandelten Prozesses gegen die konterrevolutionäre Organisation **„Bund zur Befreiung der Ukraine"** bekannte sich der Hauptangeklagte, das ehemalige Akademiemitglied Jefremoff, in allen Punkten für schuldig. Der Vorsitzende unterbrach Jefremoff, als er die Beziehungen des Bundes mit dem polnischen Konsulat berührte und forderte ihn auf, seine Aussagen in nicht öffentlicher Verhandlung zu machen.

Bei dem Verhör des Angeklagten Nikowski, ehemaligen Außenministers der Ukrainischen Republik, unterbrach der Staatsanwalt den Angeklagten, als er über die in Polen getroffenen Vorbereitungen zum Aufstand des Atamans Tjutjunik in der Ukraine berichten wollte und verlangte für diese Aussagen den Ausschluß der Oeffentlichkeit. Der öffentliche Ankläger widersprach dem Staatsanwalt mit der Begründung, die Angelegenheit des feindlichen Ueberfalls Tjutjuniks sei seinerzeit Gegenstand eines diplomatischen Schriftwechsels zwischen der Sowjetregierung und der polnischen Regierung gewesen. Das Gericht gestattete Nikowski, seine Aussagen in öffentlicher Sitzung fortzusetzen, da diese Fragen nicht mehr den Charakter eines diplomatischen Geheimnisses hätten, und die Geschehnisse sich auf ukrainischem Gebiet abspielten. Darauf bekundete Nikowski eingehend, wie der Aufstand Tjutjuniks im **Einverständnis mit Vertretern des polnischen Militärkommandos** vorbereitet wurde.

Spanische Arbeiter erobern ihr Volkshaus zurück

Madrid, 18. März. In Bilbao zog eine Demonstration von 3000 Arbeitern vor das seit sieben Jahren von der Polizei versiegelte Volkshaus, erbrach Siegel und Türen und nahm wieder Besitz von dem Arbeitereigentum. Die Polizei, die sich zuerst zurückhielt, überfiel mit Verstärkungen die aus dem Volkshaus herauskommenden Arbeiter, von denen zwei durch Säbelhiebe und die Schüsse eines Polizeioffiziers verwundet wurden. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen.

Gemeindewahlen in Rumänien

EP. Bukarest, 18. März. Bei den Gemeindewahlen erzielten die Regierungspartei 59 Prozent aller abgegebenen Stimmen, die Liberalen 21,6 Prozent, die Sozialisten 5,8 Prozent, die Kommunisten 3,4 Prozent, die Lupu-Partei 1,7 Prozent, die Juden 1,6 Prozent, die Averescu-Partei 1,4 Prozent, die Antisemiten 0,2 Prozent. (Nähere Meldungen über den Verlauf der Wahl stehen noch aus.)

Die Frühjahrsaussaat in der Sowjetunion hat begonnen

Die „Prawda" vom 11. März teilt aus Dnepropetrowsk mit, daß die Kollektivwirtschaften im Solonjaner Bezirk die Aussaat begonnen haben. In den ersten Tagen sind 3300 Hektar bestellt worden. Im Nikopopoler Rayon haben die Kollektivwirtschaft „Karl Marx" und die Kommune „Ukrainische Gigant" mit der Aussaat angefangen. Ebenso wird aus Odessa der Beginn der Frühjahrsaussaat gemeldet. In den Gebieten der Akarschanker Maschinen- und Traktorenstation, die im Bereiche der deutschen Kolonien liegen, wurde die Frühjahrsaussaat mit Begeisterung begonnen. In den südlichen Teilen des Schwarzmeergebietes wird die Aussaat in vier bis fünf Tagen beginnen. In Taganrog in zwei Tagen. Im Bezirk Kutai in Grusien sind von 100 000 Hektar 60 000 Hektar bereits bestellt. In Kasach bei Baku arbeiten hundert Traktoren auf den Feldern. In Aserbeidschan werden auf den Baumwollplantagen die Frühjahrsarbeiten beendet.

Ueberall, so teilt die „Prawda" mit, herrscht große Begeisterung, weil die Sowjetregierung überall die Möglichkeiten zur hundertprozentigen Erfüllung der Saatgetreidekampagne gegeben hat. Tausende von Arbeitern stehen den Kollektivwirtschaften zur Verfügung. Die künstlichen Düngemittel müssen in weitgehendem Maße durch den Phosphortrust bereitgestellt werden. Die Maschinen-Traktorenstationen müssen beschleunigt arbeiten, die Reparaturen von landwirtschaftlichem Inventar schnellstens erledigt werden.

Die Sowjeteregierung hat aus ihrem Reservefonds 15 Millionen Zentner Saatgetreide für die schwachen Bezirke der Kollektivwirtschaften zur Verfügung gestellt. Außerdem wird sie jede Hilfe für die Dorfarmut leisten.

Scheffers Lügenberichte

Die „Prawda" vom 12. März weist unter der Ueberschrift „Lügeneinfall des bürgerlichen Journalisten Scheffer" die im „Berliner Tageblatt" Nr. 78 vom 14. Februar mitgeteilte Information zurück. Scheffer behauptete, daß die deutschevangelische Kirche in Tiflis ihrer berühmten Glocken beraubt worden sei. Auf einen „bescheidenen" Protest soll die Antwort gegeben worden sein, daß die Konfiskation in Kraft verbleibe. Die Glocken sollten im Zoologischen Garten in Tiflis Verwendung finden. Die „Prawda" schreibt dazu, daß dies alles Lügen sind, die Kirche steht nach wie vor, ist nicht geschlossen und der Kirchgang und die Glocken funktionieren ungehindert.

Ein kommunistischer Rechtsanwalt verurteilt. Die Pariser Strafkammer verurteilte einen Rechtsanwalt zu 200 Franken Geldstrafe. Der Genosse hatte einen Polizeibeamten als Polizeispitzel bezeichnet, weil dieser in Zivilkleidung gegen den Klienten des Rechtsanwalts Ermittlungen angestellt hatte.

Copyright by Agis-Verlag, Wien-Berlin

10. Fortsetzung.

Es gibt keinen anderen Kampf gegen den Krieg, als den Kampf auf Leben und Tod. Das ist eben der Kampf der Proletarier um den Sozialismus, das ist eben die Revolution. Und die Revolution ist für die Kleinbürger in der Partei genau so „gefährlich" wie der Krieg. Die Revolution wird nur von denen gemacht werden, denen es sowieso an den Kragen geht. Die meisten da oben wollen keine Revolution und wollen auch keinen Krieg. Weil es aber danach nicht geht, was sie „wollen", bewilligen sie die Mittel für den Krieg und ziehen den Kopf aus der Schlinge. Sie sitzen warm, und die Proletarier sind baff, weil sie nur Staffage waren. Ein großer Teil der Massen und auch der Führer haben natürlich gar nicht begriffen, was auf dem Spiel steht. Wir müssen wieder ganz von vorn anfangen."

Der große, herrlich angelegte Hamburger Friedhof steht im herbstlichen Schmuck; Blätter tanzen schweigend auf den Gräbern und Wegen und die halbkahlen Bäume werfen lange Schatten.

Ich drehe mich um und stoße auf Sophie. Sie war uns unauffällig gefolgt. Ihr Gesicht glüht erregt. „Wir wollen gehen", sagt sie, „es wird zu kalt für Lotte."

„Sie müssen auch fort?" fragt sie weiter. Ich sehe an ihr hoch, sie ist größer als ich. Ihr Mund ist fest geschlossen. Ihre Hände zerpflücken ein Blatt.

„Müssen muß niemand", sage ich.

Sie verzieht keine Miene, geht stumm neben mir, als erwarte sie noch eine andere Antwort. Ich fühle wieder den Aerger über mich selbst und sage: „Aber ich gehe!"

Nein, Anna konnte nicht alles wissen. Konnte nicht wissen, daß mir indessen durch den Soldaten mit dem steifen Arm Alfreds Worte so schrecklich klar wurden. Zu Leichenbergen kommen noch Leichenberge. Konnte nicht wissen, daß mit der Zertrümmerung einer letzten Illusion, der baldigen Beendigung des Krieges, an die ich mich klammerte, der Gang zum Kasernenhof mir vorkam wie die freiwillige Kapitulation eines flüchtigen Todeskandidaten, der, lückenlos umzingelt, keinen Ausweg mehr sieht und dem die Galgenfrist bis zum letzten Gang keine Freude bereiten kann.

★

Es ist mir schon gleichgültig geworden, warum Sophie auf dem Nachhausewege fast immer an meiner Seite ging, mit mir sprach, öfter als einmal vor sich hinsann, als wollte sie mir helfen, einen Ausweg zu suchen. Sie, die die Größe der Zeit am eigenen Leibe zu spüren bekam.

Aus dem Hotel „Zu den drei Ringen" flattern die schwarzweißroten Fahnen. „Feine Herren" stecken mit Fähnchen die Front auf großen Karten ab.

„Dort schickte man mich hin", sagte Sophie. „Ich war froh, Arbeit zu finden. Ich glaubte mich auch als Kellnerin gegen Zudringlichkeiten wehren zu können, selbst um den Preis magerer Trinkgelder, die der einzige Lohn waren. Aber meine Bescheidenheit, mich vorderhand mit einigen Mark zu der recht bescheidenen Verpflegung durchzuschlagen, befriedigte die zahlungsfähigen Herren nicht. Die Wirtin gab mir deutlich zu verstehen, daß sie nicht gewillt sei, sich von mir die Gäste „vertreiben" zu lassen. „Sie scheinen kein Geld zu gebrauchen!" sagte die Dame des Hauses kopfschüttelnd. „Dann konnten Sie das gleich sagen. In diesen Zeiten gibt es Mädel genug, die froh sind, wenn sie etwas verdienen können und die nicht ein Essig-Gesicht mitbringen."

Als ich fragte, ob ich für ein Bordell engagiert sei oder zur Arbeit, geiferte die Dame mit der schwarzweißroten Schleife auf ihrem aufgeschnürten Busen: „Zum Beten habe ich Sie jedenfalls nicht engagiert, und eine Anstandsdame brauche ich auch nicht. Aber damit Sie nicht in Versuchung kommen, rate ich Ihnen, von morgen ab mein Lokal zu meiden. Ich möchte mich nicht schuldig machen an Ihrem Ruf."

★

Aber meine ohnmächtige Wut ist vollständig überflüssig. Ich bin nichts, ein Staubkorn im großen Orkan, das aufgewirbelt wird und fortgetragen.

„Ich kann dir das alles nicht sagen, Anna! Und so sage ich: Mag sein, daß ich ein Trauerkloß bin, sei mir nicht böse, vielleicht geht es wieder vorüber."

Sie mustert mich wie ein Arzt und erwidert: „Mußt dich nicht so gehen lassen, Hans, bist doch ein junger Kerl!"

Sie hat recht. Sie hat eben so schwer, vielleicht noch schwerer zu tragen mit ihren fünfundvierzig Jahren. Sie ist für ihren um zwei Jahrzehnte jüngeren Georg mehr Mutter als Frau. Sie zittert um Tetsche wie um einen Bruder und erlebt alle meine Sorgen wie die eigenen. Sie selbst hat niemanden, der ihr, wenn ihr müder Kopf abends ins Kissen sinkt, eine liebe, kühlende Hand auf die fiebernde Stirn legt.

Ich habe Arbeit gefunden, freue mich und weiß nicht warum.

Anna macht mir alles zurecht und sagt: „Hest doch Schwein, wat wull du denn?" und lacht.

Ich drehe Granatkörper, das Stück eine Mark. Ich rechne: jede Schicht zehn Mark, kann ich täglich mindestens fünf Mark sparen, bis sie mich holen. Ich fühle wieder Eisen unter meinen Fingern, höre wieder das Schnalzen der Späne. Jede Granate kann ein Dutzend Menschen vernichten: — ich denke keinen Gedanken mehr zu Ende.

Ich stehe regelmäßig auf, gehe zur Arbeit, komme regelmäßig zurück. Ich lebe in ständiger ängstlicher Erwartung, glaube jeden Tag den Befehl vorzufinden, mich stellen zu müssen. Zwei Tage, drei Tage, vier Tage vergehen, nichts kommt. Ich drehe weiter Granaten und werde mit dem Meister bekannt. Er fragt mich, ob ich Maschinen einrichten will, an denen Frauen arbeiten, und ich bejahe. Sie machen Zünderteile. Ich kann so Martha Arbeit besorgen, kann ihr helfen, sich einzuarbeiten.

Martha ist froh.

„Du kannst hierbleiben, Martha", sagte Anna, als Martha sagte, daß sie nicht mehr zu ihren Eltern zurück wolle, „aber du mußt dir Arbeit suchen, wirst schon welche finden. Du bist noch nicht zu alt, brauchst nicht im Sumpf unterzugehen, wenn du nicht willst." So blieb Martha. Sie wohnt im „Bunker", dem kleinen Stübchen hinter dem Flur. Sie hat ihren billigen Schmuck fortgeworfen. Anna holt jeden Tag aus der Kriegsküche sechs Portionen Mittag à fünfzehn Pfennig. „Watt schall ick do lang kochen", sagt sie, „wen wir mol Appetit up wat schönet hept, könn wi uns ja extra wat leisten."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300319-13/fragment/page=0003

Kampfdemonstrationen gegen Republikschutzgesetz

In Liegnitz fand am Sonntag eine von der Kommunistischen Partei organisierte Gedenkfeier an den Gräbern der sieben Opfer des Kapp-Putsches statt.

Eine Delegation des Roten Frontkämpfer-Bundes nahm in voller Uniform an dieser Kundgebung teil.

Trotzdem auf dem Friedhof ein starkes Polizeiaufgebot stationiert war, formierte sich am Schluß der Kundgebung

ein wuchtiger Demonstrationszug,

der nach dem Stadtinneren marschierte. Die Polizei versuchte, den Demonstrationszug auseinanderzusprengen, was ihr jedoch erst gelang, als von allen Seiten Verstärkungen eintrafen. Trotz der brutalen Polizeiattacken sammelten sich die Arbeiter immer wieder in größeren Gruppen, die mit den Rufen **„Nieder mit dem Polizeiterror! Nieder mit dem Republikschutzgesetz!"** ihre Kampfentschlossenheit demonstrieren.

Zu einer machtvollen Kundgebung der Solinger Werktätigen gegen das Severingsche Zuchthausgesetz, gegen Belagerungszustand und Demonstrationsverbot gestaltete sich die März-Gedenkfeier in Solingen. Einstimmig wurde eine Protestentschließung gegen das Republikschutzgesetz angenommen.

Nach Schluß der Kundgebung formierte sich ein Demonstrationszug

nach den Gräbern der Märzgefallenen, an dem weit über 1000 Arbeiter teilnahmen. Die Polizei überfiel mit drei Ueberfallkommandos die Demonstration und versuchte durch Gummiknüppelattacken und Abriegeln der Straßen die Arbeiter auseinanderzusprengen. Trotzdem gelangten die Massen zum Friedhof, wo in kurzen Ansprachen der gefallenen Kämpfer der ersten Roten Armee des Rhein-Ruhr-Gebietes gedacht wurde und die Arbeiter das Gelöbnis ablegten, das Vermächtnis der im Kapp-Putsch gefallenen Märzkämpfer zu erfüllen und unter Führung der Kommunistischen Partei für ein Räte-Deutschland zu kämpfen.

Hartmannsdorf vor den Klassenrichtern

Die 99 scharfen Schüsse in die Menge

Gestern begann in Chemnitz der Prozeß gegen die anläßlich der Hartmannsdorfer Vorgänge beim Recenia-Streik angeklagten Arbeiter. Neun Arbeiter und Arbeiterinnen sind angeklagt, und zwar wegen Aufruhrs, Landfriedensbruchs und Beamtenbeleidigung.

Am ersten Verhandlungstag wurden bereits 15 Zeugen vernommen. Es ist ganz klar, daß die Staatsanwaltschaft alle möglichen Kreaturen zur Belastung der Arbeiter aufmarschieren läßt. Trotzdem ergab sich aus der Beweisaufnahme und Zeugenaussage, daß die Arbeiter lediglich ihr Recht auf Demonstrationsfreiheit verteidigt haben. Erst nachdem die Polizei, weil sie sich angeblich bedroht fühlte, wie wild in die Menge schoß, griffen die Arbeiter mit Zaunlatten und Steinen bewaffnet die Polizei an. Der Polizeioberleutnant Nitzschmann, der Führer des schießwütigen Kommandos, gab zu, daß von 20 Beamten geschossen wurde, und zwar sind insgesamt 99 Schüsse abgegeben worden.

Derselbe Nitzschmann will auch von der kommunistischen Stadtverordneten Genossin Knoth angegriffen und geschlagen worden sein.

Sie soll ihm an den Hals gesprungen sein, ihn gewürgt, geschlagen und in den Straßengraben geworfen haben.

Dieses Märchen brachte dieser große Held der deutschen Zukunft auch in der gestrigen Verhandlung vor. Wenn es darum geht, eine Arbeiterin zu verknacken, fürchten diese Kreaturen selbst die Lächerlichkeit nicht.

Jedenfalls ergab schon der gestrige Verhandlungstag, daß die Arbeiterschaft schwer provoziert wurde, schon durch die Tatsache, daß das Fabrikgebäude mit 20 Mann Polizei besetzt wurde und in herausfordernder Weise eine Sperrkette gegen die Demonstranten gebildet wurde. Kurz nach 7 Uhr wurde die Verhandlung auf Mittwoch vormittag vertagt.

Fabrikarbeiterverband will Löhne abbauen

Die Bürokratie des Fabrikarbeiterverbandes hat in Bremen einen neuen Schandstreich versucht. Sie vereinbarte mit der Direktion der Besigheimer Oelfabriken eine Reduzierung der Akkordlöhne um 6 Mk. und der Zeitlohnarbeiter um 50 Pf. Die Direktion führte diesen Lohnraub durch und erst beim Lohntage erfuhr der Arbeiterrat, der aus oppositionellen Kollegen besteht, die im Vorjahr aus dem Fabrikarbeiterverband ausgeschlossen wurden, von dem Lohndiebstahl.

Dieser Vorfall ist eine glänzende Illustration sozialfaschistischer Politik. Weil die Reformisten bei den Arbeitern jeden Kredit verloren haben, versuchen sie sich auf diese Weise zu rächen. Die Arbeiter stehen in einer geschlossenen Gegenwehr gegen den Raubzug. Es ist zu erwarten, daß sie erfolgreich den Anschlag abwehren werden.

Scheinstillegung zum Zweck des Lohnabbaues

Nachdem die Opel-Werke den maßgebenden Einfluß auf das Elitewerk in Siegmar erhalten hatten, wurden Stillegungsanträge gestellt und Ende Februar wurde der Betrieb geschlossen und die letzten Arbeiter aufs Straßenpflaster geworfen.

Kaum zwei Wochen später, am 10. März, wurde der Betrieb mit 80 Arbeitern wieder eröffnet.

Doch den wiedereingestellten Arbeitern wurde ein Revers zur Unterschrift vorgelegt, in welchem sie sich mit einem 30- bis 40prozentigem Lohnabbau und einem Vierteljahr Probezeit usw. einverstanden erklären sollten. Wer die Arbeit unter diesen Bedingungen nicht annehmen wolle, erhalte wegen „Arbeitsverweigerung" vier Wochen keine Erwerbslosenunterstützung.

Hier zeigt sich ganz eindeutig, daß die vorgenommene Stillegung des Betriebes eine Maßnahme war, mit deren Hilfe die Direktion, hinter der das amerikanische Kapital steht, einen rigorosen Lohnabbau und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durchführen wollte. Der DMV. will diese Scharfmachermethoden mit dem Arbeitsgericht „bekämpfen". Nachdem die Bürokratie des DMV. durch die Nichtkündigung des Lohntarifes für die sächsische Metallindustrie das Unternehmertum erst zu solchen Vorstößen ermuntert hat, will sie sogar einen Kampf gegen den Lohnabbau verhindern. Die Belegschaft muß sich zu einem eisernen Block zusammenschließen und unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition den Kampf gegen die Lohnabbauoffensive aufnehmen.

Einheitsfront gegen die Erwerbslosen

(Eig. Bericht.) **Berlin**, 17. März.

Am Schluß der Montagssitzung des Reichstags beantragte Genosse Torgler, daß endlich in der nächsten Sitzung des Reichstages am Dienstag die kommunistischen Anträge für die Erwerbslosen und zu den Arbeitszeitfragen auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dies sei um so eher möglich, als nur Abstimmungen auf der Tagesordnung ständen, die kaum eine Stunde in Anspruch nehmen.

Die Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten lehnte jedoch den Vorschlag des Genossen Torgler ab. Das Republikschutzgesetz und die kommenden Massensteuern sind für diese Parteien wichtiger als Anträge, die die Linderung der Massennot verlangen.

An den Pranger!

Dr. Hertz und Peters sind die Schrittmacher des Wohnungswuchers

Bei der Beratung eines Gesetzes des Geldentwertungsausgleichs bei bebauten Grundstücken stellten die Kommunisten im Reichstage den Antrag, die Mieten gesetzlich auf 100 Prozent der Friedensmiete festzulegen. Bei der allgemeinen Wohnungsnot, bei der sozialen Verelendung breiter Volksmassen und der schlechten Entlohnung der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten vertrat der kommunistische Antrag die berechtigten Forderungen aller Werktätigen.

Nach der nun vorliegenden Abstimmungsliste stimmten jedoch die sozialdemokratischen Abgeordneten unseres Wahlkreises Dr. Hertz und Peters gegen den kommunistischen Mietsenkungsantrag.

Auch alle übrigen bürgerlichen Parteien stimmten gegen den Antrag und selbst die Nationalsozialisten, die sich in der Oeffentlichkeit immer als Arbeiterpartei aufspielen, enthielten sich der Stimme. Hier sieht jeder Arbeiter, wer die Verteidiger der Mieterinteressen und wer die Schrittmacher des Mietwuchers sind.

200 000 Kleinhändler sollen brotlos werden

In der Freitagsitzung des Reichstages steht u. a. auch ein Gesetz dur Aenderung der Gewerbeordnung auf der Tagesordnung. Den Sinn dieses Gesetzes erläutern nur die Kommunisten durch ihren Redner, Genossen Ewert. Dieses Gesetz ist charakteristisch für die Macht des Groß- und Monopolkapitals, denn es ist darauf angelegt, die Konkurrenz der Kleinhändler und Kleingewerbetreibenden vollkommen zu brechen. Von den 400 000 500 000 Kleinhändlern und Hausierern, die gegenwärtig in Deutschland vorhanden sind, sollen 200 000 brotlos gemacht werden durch die Entziehung des Gewerbescheins.

In Zukunft soll die Ausstellung eines Gewerbescheins abhängen „von der polizeilichen und politischen Führung des Antragstellers"! Also übelste Gesinnungsschnüffelei! Daß auch die Sozialdemokraten, aber auch die Wirtschaftspartei für diese Gesetzesänderung sind, wird den Kleinhändlern zeigen, daß nur die Kommunisten für ihre Interessen eintreten und daß die Kleinhändler und Kleingewerbetreibenden sich einreihen müssen in die Kampffront des revolutionären Proletariats.

Renegaten als „verantwortungsvolle Betriebsräte"

Bei der Firma Schubert & Salzer in Chemnitz waren von der Direktion fünf Schwerkriegsbeschädigte gekündigt worden. Die Schwerkriegsbeschädigten hatten gegen diese Kündigung Klage erhoben, die sie nach den Bestimmungen beim Arbeiterrat termingemäß einreichten. Der Arbeiterrat verhandelte auch mit der Direktion, wobei jedoch diese Verhandlungen ergebnislos verliefen. Nunmehr hätte die Klage beim Arbeitsgericht eingereicht werden müssen, doch der Arbeiterratsvorsitzende, Renegat Edmund Müller, ließ die Einspruchsfrist verstreichen und auf Grund dieses Versäumnisses wurde dann die zu spät eingereichte Klage vom Arbeitsgericht abgewiesen. Die Kosten des Verfahrens wurden den Schwerkriegsbeschädigten zur Last gelegt.

Der Renegat Müller versieht sein Amt als Betriebsrat bereits vier Jahre. Er war nach seiner eigenen Aussage vor dem Arbeitsgericht über die Fristen genau informiert.

So sieht die „verantwortungsvolle" Tätigkeit der Renegaten-Betriebsräte aus. Sie leisten damit dem Unternehmer Helfersdienste und verraten die Interessen der Belegschaft. Bei den Betriebsrätewahlen müssen auch diese Feinde der revolutionären Arbeiterbewegung aus ihren Positionen verjagt werden und an ihre Stelle müssen rote Betriebsräte gewählt werden.

Walhalla
Dir. O. Kleinhanns. Tel. 283 85
Tagesgespräch Halles ist der Wunder-Schimpanse
Bu-Bu
Auch Sie müssen seine fabelhaften Leistungen bewundern! Außerdem: Gastspiel des jugendl. Filmstars
Gustl Stark-Gstettenbauer
in der Pause: Autogrammverteilg. und das übrige grandiose Programm
Gewöhnl. Preise ab 70 Pf.

Kurhaus Bad Wittekind
Donnerstag, 20. März, nachm. 3 Uhr
Wiedereröffnung
Nachmittags 3½ Uhr:
Konzert des Hallischen Sinfonie-Orchesters 1371
Abends 8 Uhr:
Unterhaltungs-Konzert
Kapelle Frauendorf

Biochemischer Verein für Weißenfels u. Umg., e. V.
Donnerstag, den 20. März, 20 Uhr im großen Saal von „Schumanns Garten" *335
Mitgliederversammlung
Als Ausweis ist das Mitgliedsbuch mitzubringen Der Vorstand

Bin jeden Donnerstag in Torgau und Sonnabend in Eilenburg auf dem Markt mit frischen hausschl. Fleisch- u. Wurstwaren. H. Rösch, Fleischermstr., Schöna

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **Große Wirkung!**

Zeitungsmakulatur
billigst abzugeben
Lerchenfeldstraße 14

Weißenfels
Gastspiel
der Deutschen Bühne für Volkshygiene, Kassel
Veranstalter:
Landesfürsorgeverband der Provinz Sachsen
Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt
Wohlfahrtsamt der Stadt Weißenfels
Arbeitsgemeinschaft d. Krankenkassen für Weißenfels und Umg. (Allg. Orts- u. Betriebs-Krankenkassen)
Freitag, 21. März, 16 Uhr, (f. Erwerbslose) und 20 Uhr, im „Stadttheater" 1338

Die weiße Pest

Tendenzschauspiel in fünf Akten von F. H. Schwank-Telfan, bearbeitet von Ph. Müller-Manger
Diese **Theateraufführung** dient der Bekämpfung der **Geschlechtskrankheiten** und zeigt die Wege zur Verhütung und Heilung derselben
Alle bisherigen Aufführungen waren überfüllt und mußten deshalb zum größten Teile polizeilich geschlossen werden
Eintrittskarten für Erwerbslose zum Preise von 0,10 Mk. sind beim Arbeitsamt und an der Kasse zu haben. Stempelkarte ist vorzulegen Für die Abendvorstellung sind Karten zum Preise von 0,30 Mk. in den Verkaufsstellen des Konsumvereins und an der Kasse zu haben

Selten günstige Angebote
Küchen 1359
naturlasiert, formenschön u. gediegen, komplett
185,- 224,- 256,- 285, 320,-M.
weißlackiert mit Linoleum
von **130,- Mk.** an
Gebr. Jungblut
Albrechtstr. 37

Stadt-Theater
Heute, Mittwoch, 20 bis 22 Uhr
Oberst Chabert
Oper v. H. W. v. Waltershausen
Donnerstag 20 bis 22¾ Uhr
König für einen Tag 1367
Romant.-komische Oper von A. Adam

Nur 50 Pfennig
beträgt der monatliche Abonnementspreis für das Organ der Werktätigen in Stadt und Land
„Mitteldeutsches Echo"
Bestellungen nehmen alle Trägerinnen und Postanstalten entgegen, wie der Verlag Halle, Lerchenfeldstraße 14

Allgem. Konsumverein Halle u. Umg.
e. G. m. b. H. 1370
Zu der am **Sonntag**, dem **23. März 1930** stattfindenden
Halbjahrs-Vertreterversammlung
ist fristgemäß laut § 32, Absatz 2, ein Antrag von Mitglieder-Vertretern eingereicht, der nachstehenden Wortlaut hat und vom Aufsichtsrat auf die Tagesordnung der Vertreter-Versammlung gesetzt wurde:
Amtsenthebung von Vorstands-Mitgliedern und Neuwahl des Vorstandes
Otto Härtel, Vorsitzender des Aufsichtsrats

Zum Schulanfang
Schultornister
für Knaben und Mädchen
Büchertaschen, Schiefertafeln, Schieferkasten, Frühstückstaschen
Ostertüten
in großer Auswahl 1357
Albin Hentze
24 Schmeerstraße 24

Kartoffeln Ztr. Mk. 2,50
groß fallende, gesunde weiße ab Lager solange Vorrat 1366
Karl Erbe, Magdeburger Straße 67

Hohenmölsen
Restaurant Otto Rupsch
Inh.: **Emil Schlag**
Zu unserem am 22., 23. und 24. März stattfindenden
Märzen-Bierfest 1358
erlauben wir uns, alle werten Gäste von Stadt und Land ganz ergebenst einzuladen
Emil Schlag u. Frau

Weiß. Kinderwagen
billig zu verkaufen
Weißenfels
Schlachthofstr. 1, I.

Werbt für die „Rote Hilfe"

NEUERSCHEINUNG
W. I. LENIN
DAS JAHR 1920
STRATEGIE UND TAKTIK DER PROLETARISCHEN REVOLUTION
Der Krieg mit Polen, die Kämpfe gegen die weiße Armee Wrangels, der wirtschaftliche Aufbau nach den Zerstörungen des Kriegs und Bürgerkriegs und vor allem auch die Reden und Artikel zum zweiten Weltkongreß bilden den Inhalt dieses Bandes. Daneben enthält er noch die wichtige Schrift Lenins »DER ‚RADIKALISMUS', die Kinderkrankheit des Kommunismus«. 829 Seiten. Erschienen im
VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK
Wien Berlin SW 61
Besondere Zahlungsbedingungen ermöglichen jedem Arbeiter die Anschaffung dieses Werkes. Man fordere genaue Auskunft sowie kostenlose Lieferung des ausführlichen Prospekts durch den Literaturobmann oder die Buchhandlung
Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung G. m. b. H., Halle** Lerchenfeldstr. 14 u. deren Filialen: **Ammendorf:** Hallische Str. 9; **Artern:** Gabelstr. 24; **Merseburg:** Schmale Str. 16; **Weißenfels:** Marienstr. 46; **Zeitz:** Wendische Str. 21 (Eing. Parzellenstr.); **Bitterfeld:** Burgstr. 40; **Wittenberg:** Jüdenstr. 10; **Eisleben:** Breiter Weg 30; **Torgau:** Schulzenstr. 14

Erdal
— — — ist gut
spart Zeit u. Geld!
Ist anerkannt in aller Welt.

Für alle Schuhe!

Auf Grund grandioser Heilerfolge
sage ich öffentlichen Dank und Anerkennung, und zwar unaufgefordert, Herrn **C. Holle**, welcher durch Urin und astro-medizinische Diagnose mein Leiden feststellte, sowie genaue Prognose über den Heilprozeß-Verlauf. Herr Holle hat mich vom 14jährigen Nervenleiden, Rheumatismus und chronischen Bronchitisleiden durch Naturheilverfahren in 10 Wochen geheilt, so daß ich mich wie neugeboren fühle. Daher meine Erkenntlichkeit gegenüber Herrn C. Holle 1362
W. K., Halle a. S. Auskunft über die volle Adresse gebe ich oder Herr Justizrat Sparig, Friedrichsplatz 8, bekannt

Bekanntmachungen

Beiträge für die Berufsschule im Rechnungsjahr 1929

Auf Grund des § 16 des Gewerbe- und Handelslehrerdiensteinkommensgesetzes ist beschlossen, daß von den Gewerbetreibenden für ihre Betriebsstätte 18 v. H. der Gewerbesteuergrundbeträge als Beitrag für die Berufsschule erhoben werden. Die nichtgewerbetreibenden Arbeitgeber haben für jeden beschäftigten Arbeitnehmer 3 Mk. zu entrichten. 1365

Delitzsch, den 14. März 1930.

Der Magistrat — Steueramt.

Am Schwarzen Brett: Jagdpachtgelder. 1364

Delitzsch, den 17. März 1930.

Der Magistrat.

Alle Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre
unterrichten sich laufend am besten über neue Methoden, über Strategie und Taktik der Arbeiterklasse im Kampfe gegen Kapital, Staatsgewalt und Reformismus durch
„Betrieb u. Gewerkschaft"
Erscheint monatlich zweimal
Preis pro Heft 20 Pf.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Gmbh. Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300319-13/fragment/page=0004

Ministergehälter werden erhöht

Von Kasimir Sublimer

Weil's den Ministern elend geht,
Hat man jetzt ihr Gehalt erhöht,
Und zwar, wie sich's gebührt, recht ville . . .
Müller hat hundertzwanzig Mille.

Weil Hermann uns behanzert fleißig,
Kriegt er pro Tag dreihundertdreißig
Reichsmark bar auf den Tisch gehau'n . . .
Ja, lohnend ist das Kreuzerbau'n!

Und wie bei ihm, so ist's bei allen:
Ch' sie sich richtig umsehn, fallen — —
Ob bürgerlich, ob Espedeh —
Zehntausende ins Portemonnaie.

Da wird bei Kaviar und Sekt
Auf Prunkbanketten rumgeschleckt
Für Deutschlands Wiederauferstehung
Und lohnende Gehaltserhöhung.

Indes drehn hungernde Proleten
Den Gashahn auf, um sich zu töten — —
Minister klimpern, bauchgeschwellt,
Mit ihrem Geld . . . mit unserm Geld . . .
So sinnreich ist es auf der Welt!

Neue Großraumförderbrücke der Lauchhammer-Werke vor der Vollendung

Die neue Großraumförderbrücke, die die Mitteldeutschen Stahlwerke (Lauchhamer) im Auftrage der Bubiag in deren Kleinletzischer Tagebau errichteten, ist jetzt bis zur Montage der gewaltigen Eisenkonstruktionen gediehen. Man rechnet damit, daß die neue Förderbrücke zum Herbst fertiggestellt wird. Das bedeutet nichts weiter als weitere Massenentlassungen durch diese neueste Errungenschaft der Technik im Dienste der kapitalistischen Rationalisierung.

Verpachtung der Burg Lauenstein

Die Mantelburg wird ab 1. April einen Pächter für den gesamten Wirtschaftsbetrieb erhalten. Die Oberleitung der kunsthistorischen Sammlung bleibt jedoch auch weiterhin in den Händen Dr. Meßmers, dessen Verdienst die heutige Innen- und Außengestaltung der Burg ist.

Keine Zusammenlegung der Kreise Dessau und Zerbst

Dem Oberbürgermeister von Zerbst, Dr. Koppetsch, ist ein Schreiben des Staatsministers Dr. Weber zugegangen, in dem es heißt, daß der Gedanke der Zusammenlegung der beiden Kreise Dessau und Zerbst bis auf weiteres fallengelassen sei.

Drewitz (Kr. Jerichow). Tödlicher Unfall beim Holzeinfahren. Hier geriet der Landwirt Lindemann beim Anfahren von Brennholz zwischen den Torpfeiler und den voll beladenen Wagen. Dem Unglücklichen wurde der Kopf eingedrückt, so daß er fast unmittelbar nach dem Unfall sein Leben aushauchte.

Gegen die Antisowjethetze der Kirchen

Die Einheitsfront des römischen Papstes und der II. Internationale gegen die UdSSR.

Man muß gar nicht ein Kommunist, ein Revolutionär oder auch nur einfach ein mit der Sowjetunion Sympathisierender sein, um zu begreifen, daß die praktische Verwirklichung des Fünfjahrplans zur Umgestaltung der gesamten Volkswirtschaft der UdSSR. nicht allein ein grandioses Werk, sondern auch eine höchst schwierige Sache ist, daß der Weg des Fünfjahrplans bei weitem nicht mit Rosen bestreut ist. Die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung der UdSSR. sind bemüht, unter Anspannung aller Kräfte, die ihnen von der großen Epoche auferlegten Aufgaben durchzuführen und zu überbieten. Nicht nur auf dem Gebiete der Wirtschaft und der materiellen Lebensverhältnisse ist ein Umbau im Gange, es wird vielmehr die ganze Lebensweise, die ganze Ideologie von Grund auf geändert. Die alten Traditionen, die uralten Vorurteile, Aberglaube und verknöcherte Routine — das alles wird von den Massen aus eigner Kraft überwunden und wie unnützes Zeug hinweggefegt, das für den neuen Menschen unbrauchbar und schädlich ist. Millionen und aber Millionen Arbeiter und Bauern gelangen zu der Ueberzeugung, daß Religion und Kirche in allen ihren Akzidenzien jahrhundertelang ihre Gehirne umnebelt, ihren Willen zum Kampf um die Verbesserung ihres irdischen Daseins geschwächt haben, indem sie ihnen das „Himmelreich" versprachen und daß es jetzt an der Zeit ist, die Religion durch die Wissenschaft zu ersetzen und die Kirchen in Kultur- und Bildungsanstalten umzuwandeln. Auf Wunsch der Werktätigen werden Kirchen, Synagogen und Moscheen in Klubhäuser und Bibliotheken verwandelt, in denen das Volk lernt, die Gegenwart zu begreifen und eine gerechtere, für alle bequemere neue Gesellschaftsordnung aufzubauen.

Es wäre jedoch äußerst naiv zu glauben, daß die Kirche und ihre Vertreter, in welche Kleidung sie sich auch drapieren und welche besonderen Wege zur Rettung des „Seelenheils" sie auch predigen, daß diese Stütze der Reaktion und des Kapitalismus kampflos ihre Stellungen aufgibt. In den Spalten der bürgerlichen und sozialfaschistischen Presse, in Parlamenten, auf öffentlichen Versammlungen, überall werden die niederträchtigsten Verleumdungen gegen die Sowjetunion ausgestreut, in der angeblich die Ungläubigen verfolgt würden.

Kürzlich erklang diese Verleumdung aus dem Munde der höchsten Autorität der Kirchenfinsternis — des Papstes Pius XI. In seinem Schreiben an den Kardinal, Vikar Basilio Pompiglii, veröffentlicht im „Osservatore Romano", ruft er heuchlerisch betrübt aus:

„Wir sind betrübt angesichts der erschreckenden und gotteslästerlichen Uebeltaten, die tagtäglich aufs Neue gegen Gott und das Heil begangen werden unter den zahlreichen Völkern Rußlands, die unserem Herzen so teuer sind."

Der Papst in Rom ärgert sich jetzt mit reichlicher Verspätung darüber, daß die auf der Genfer Konferenz vertretenen Regierungen nicht gewillt waren, eine gemeinsame Deklaration des Inhalts zu erlassen, daß die Vorbedingung für die Anerkennung der Sowjetregierung Gewissens- und Kulturfreiheit sowie Immunität des kirchlichen Eigentums sei. Das ist natürlich ebenfalls sehr traurig, doch ist die Gelegenheit bereits verpaßt und wir können dem römischen Papst nur ehrerbietig vorschlagen, sich an das Sprichwort zu erinnern, welches besagt, daß man das Haar nicht mehr betrauert, wenn der Kopf einmal abgehauen ist. Zum Schluß verkündet der Papst, daß er der heiligen Theresia die zahlreichen Völker Rußlands ans Herz lege und seinerseits am 19. März, am St. Josephs-Tag, eine Sühne-Messe in der St. Petrus-Basilica celebrieren werde. Er fordert auch die katholischen Bischöfe der ganzen Welt auf, an diesem Tage in allen Kirchen Messen zu celebrieren.

Wie verabredet erfolgten auf dieses Zeichen die Kundgebungen der übrigen Kirchenvertreter. Der Erzbischof von Canterburry in England, Kardinal Faulhaber in München, die jüdischen Rabbiner in Amerika — alle stimmten sie gleichzeitig ein Geheul darüber an, daß den angeblichen religiösen Verfolgungen in der Sowjetunion doch ein Ende gemacht werden müsse. In England wird in allen Kirchen gebetet,

der „Herr" möge Sowjet-Rußland vom „teuflischen" Bolschewismus erretten.

In Paris kamen die Vertreter aller Kirchen — der katholischen, protestantischen und israelitischen — zusammen, um „Mittel und Wege zur Ausübung eines Druckes auf die „Verbrecher-Regierung" in Moskau zu finden". Diese Front der Kirchenfinsternis gegen das Land, das unter größter Kraftanspannung an seinem sozialistischen Aufbau arbeitet, wächst und erweitert sich, sie ist der Auftakt zu einem Kriegsfeldzug gegen die Sowjetunion.

Es scheint auch, daß die Einheitsfront der Reaktion und Kirchenfinsternis ohne Mitwirkung der Sozialisten aus der 2. Internationale nicht vollständig wäre. Diese Herrschaften sind nachgerade ein unentbehrlicher Bestandteil jeder gegen die Sowjetunion gerichteten Bewegung geworden. Sie sind die Bindeglieder, die den Einfluß der Reaktion und Kirchenfinsternis bei den Arbeitermassen verbreiten. Sie sind diejenigen, die dafür sorgen, daß die katholischen Gebete um den Sturz der Bolschewiken in die Hölle auf die „sozialistische" Formel gebracht werden. Sie sind diejenigen, die das Gewand der katholischen Patres und die jüdischen Rabbiner mit einer roten Blume im Knopfloch schmücken.

Kaum hatte der Papst in Rom die Aechtung der Bolschewiken ausgesprochen, als der „Vorwärts" sich beeilte, den päpstlichen Brief zu einem „Bekenntnis zu den Prinzipien der humanitären Demokratie" zu erheben,

wobei er erklärte, „es wäre an der Zeit, für alle, die das Banner der Geistesfreiheit hochhalten, gegen Moskau einzuschreiten" (siehe Abendausgabe des „Vorwärts" vom 14. Februar 1930).

Die größte Autorität der 2. Internationale, Emil Vandervelde, schrieb einen Artikel „gegen den Terror in der Sowjetunion", in welchem er in Verleumdungen gegen die UdSSR. ziemlich erfolgreich mit dem römischen Papst wetteifert und die „Priester und Mönche, die zu Feinden des Staates erklärt und von der ins Gegenteil gekehrten Inquisition verfolgt werden", in Schutz nimmt.

Das Organ der „äußerst linken Partei innerhalb der 2. Internationale", die austromarxistische „Arbeiterzeitung", verleumdet die Sowjetunion nicht schlechter als die Vandervelde, indem sie erklärt, in der Sowjetunion werde der Versuch gemacht, die Weltanschauung von 150 Millionen Menschen durch Zwangsmaßnahmen zu ändern, die Religion in zwei Jahren auszurotten und die Kirchen in wenigen Jahren zu vernichten.

Von allen Seiten wird der Ruf nach einer „moralischen Intervention" gegen die UdSSR. laut. Jetzt beginnen hinter dem katholisch-sozialfaschistischen Weihrauch-Vorhang die Umrisse eines aktiven Vorstoßes gegen die Sowjetunion deutlich hervorzutreten. Von der „moralischen" Verurteilung gehen die Kreise, die den Feldzug gegen die Sowjetunion organisieren, allmählich zur „moralischen" Intervention über, um im gegebenen Augenblick, wenn der Boden genügend vorbereitet sein wird, auch die Organisierung einer „materiellen" Intervention zu versuchen.

Angesichts der verschiedenen Aufrufe und Artikel, die von „moralischer Entrüstung" über die Sowjetunion voll sind, müssen die Werktätigen aller Länder besonders eingedenk sein, daß es sich hier wieder einmal um einen Vorstoß gegen das Land des sozialistischen Aufbaues handelt, daß wir wieder einmal vor einer Barrikade stehen und jeder, der nicht diesseits der Barrikade zusammen mit den werktätigen Massen der UdSSR. steht, befindet sich zwangsläufig auf der anderen Seite der Barrikade im Lager der religiösen, sozialfaschistischen, liberalen, radikalen und sonstigen Feinde der **Sowjetunion und des gesamten Weltproletariats.**

Der „heilige" Krieg gegen das Land der Arbeiter und Bauern

Im Auftrage des Dollarimperialismus werden die Kanonen und Bajonette gegen die Sowjetunion gesegnet.

Aus dem Weißenfelser Schacherparlament

A.-K. In der letzten Sitzung, welche 5½ Stunden dauerte, waren 24 Punkte, ohne die Dringlichkeitsanträge, zu verhandeln.

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden die nachrückenden Stadtverordneten sowie die gewählten Stadträte eingeführt und verpflichtet.

Genosse Schulze gibt im Auftrage der Kommunistischen Partei eine Erklärung ab,

zum Protest gegen die von kommunistischen Stadträten geforderte Reversunterschrift.

Wir werden diese Maßnahmen durch eine verschärfte Mobilisierung der Massen zu beantworten wissen.

Der Vorsteher rügt die Erklärung des Genossen Schulze und hofft, daß in Zukunft derartige Erklärungen etwas „milder" abgefaßt werden.

Es entspinnt sich noch eine längere Diskussion über einen Vorschlag des Vorstehers, daß über einige (fünf) Verhandlungspunkte im Interesse der Stadtverwaltung in nicht öffentlicher Sitzung verhandelt werden soll. Unsere Fraktion spricht dagegen, mit der Begründung, daß den Wählern, welche ein Interesse an den Verhandlungen haben, das Recht nicht beschnitten werden darf.

Es entspinnt sich noch ein Rededuell zwischen dem Abgeordneten Thönnes (bürgerl.) und dem Bürgermeister Müller, da ersterer die Verhandlung über das städtische Orchester in nichtöffentliche Sitzung verlegt wissen will, wogegen sich der Bürgermeister wendet. Einen Lacherfolg erzielt schließlich Thönnes noch, als er von der „stärksten Fraktion" phantasiert. Schließlich wurde mit großer Majorität beschlossen, sämtliche Punkte in der Oeffentlichkeit zu verhandeln. Von weiterem Interesse für die Arbeiterschaft ist der Punkt 5: Verlängerung der Biersteuerordnung. Die SPD. erklärt durch ihren Redner, daß sie zwar grundsätzlich gegen die Steuer sei, daß sie aber in diesem Falle zustimme, weil dies noch die einzige Steuer sei, die die Stadt erheben könne. Genosse Schulze erklärt, daß die Kommunistische Partei die Steuer ablehnt, weil sie in schwerster Weise die arbeitende Bevölkerung trifft. Saupe meint, die Erwerbslosen bekämen die Einnahmen aus der Steuer. Genosse Beuthan ruft ihm zu: „Sauf tüchtig Bier, da kriegen die Erwerbslosen etwas davon." Die Steuer wurde aber von der bürgerlich-sozialdemokratischen Sippe angenommen.

Dann spricht Genosse Beuthan als Berichterstatter über den Ablauf des Vertrages mit dem städtischen Orchester. Nach seinen Ausführungen ist vorgesehen, daß der Direktor Thiede mit 6000 Mark, der Konzertmeister mit 1200 Mark und jeder Musiker mit 800 Mark, der Orchesterdiener mit 1200 Mark entschädigt werden sollen. Mit dem notwendigen Notenmaterial würde dies für die Stadt eine Ausgabe von 30 000 Mark betragen. Gegen den Verteilungsschlüssel wenden sich alle Fraktionen. Nachdem eine Unterbrechung der Verhandlungen von zehn Minuten eingetreten ist und Fraktionsverhandlungen stattgefunden haben, wird ein Antrag, im Etat den Betrag von 30 000 Mark für künstlerische Bedürfnisse einzustellen und den Vertrag mit dem Orchester zu lösen, gegen die **Stimmen der Bürgerlichen angenommen.**

Dann: „Verstärkung der Mittel für das Bauamt". Hierzu entwickelt sich eine rege Diskussion, wobei hauptsächlich das schlechte Straßenpflaster einer abfälligen Kritik unterzogen wird. Der Genosse Vogt, als Fachmann, beleuchtet den im vorigen Jahre ausgeführten Asphaltbelag als zu teuer und nicht widerstandsfähig.

Im Punkt 14, betreffend „Einführung der städtischen Müllabfuhr und Wahl einer „Kommission", wird der Vorschlag auf sieben Kommissionsmitglieder angenommen, während Thönnes (bürgerl.) acht Mitglieder wollte. Thönnes scheidet dadurch aus der vorgeschlagenen Kommission aus. Im Punkt 20: „Erweiterung der Naumburger Straße", entspann sich ebenfalls eine rege Diskussion. Nach der Vorlage handelt es sich um einen Ankauf von 1000 Quadratmeter Gelände. Die Firma Gürth, welche als Besitzer in Frage kommt, fordert pro Quadratmeter 10 Mark, was von verschiedenen Fraktionen als zu hoch bezeichnet wird. Unsere Fraktion empfiehlt kostenlose Enteignung, während der Faschist Enteignung für annehmbaren Preis empfiehlt. Die Vorlage wird an den Magistrat zur Feststellung des ganzen Kostenaufwandes zurückverwiesen.

Zum Schluß wurden die eingebrachten Anfragen verhandelt. Auf eine Anfrage, aus welchem Grunde die in voriger Sitzung beschlossenen **20 000 Mark für Erwerbslose** nicht zur Auszahlung gekommen sind, erklärt der Kämmerer, daß er ohne Deckung,

bei einem hohen Fehlbetrag in der Stadtkasse, den er der Oeffentlichkeit nicht wagt zu nennen,

die Verantwortung, noch 20 000 Mark darauf zu packen, nicht übernehmen könne. Außerdem habe gerade Saupe den Antrag gestellt, die Auszahlung mit dem Nachtragsetat für 1929 in Verbindung zu bringen. Genosse Beuthan erklärt, daß die kommunistische Fraktion sich bewußt war, daß der reaktionäre Magistrat die Summe nicht zur Auszahlung bringen würde. Die SPD., die zwar den Antrag der Kommunisten, die Gehälter der höheren Beamten in Anspruch zu nehmen, ablehnte und als Propagandaantrag bezeichnete, redet heute aus Demagogie dafür. Nach Beendigung der Diskussion wird

der Antrag, die 20 000 Mark auszuzahlen,

auf Antrag der Erwerbslosen gegen die Stimmen der Bürgerlichen und Nationalsozialisten angenommen.

Ferner wird eine gleichlautende Anfrage der KPD. und SPD., in welcher Klärung der Mietsentschädigung für die von der Stadt erbauten Häuser gefordert wird, vom Baurat beantwortet, daß die Hypothekenfrage noch nicht geregelt sei und er auf die Anfrage „nicht vorbereitet" sei. Zum Schluß wird der von unserer Fraktion eingereichte Antrag auf

Aufhebung des Demonstrationsverbotes sowie der Amtsenthebung des Polizeihauptmanns Spelteacker

von Genossen Tanneberger begründet.

Da während der Begründung die Bürgerlichen den Saal verlassen, **läßt der Vorsteher nicht über denselben abstimmen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300319-13/fragment/page=0005

Stadt Halle

19. März 1930.

„Rache für Küfner"

Die Klassenjustiz besolgt das Kommando der Faschisten und macht fünf Jungarbeitern den Prozeß

Nach Redaktionsschluß wird uns gemeldet:

Die Staatsanwaltschaft hat gegen die Jungarbeiter Arno Lehmann, Erich Schmidt, Friedrich Koch, Willi Deutschbein und Rudolf Utschick Anklage wegen Totschlags erhoben. Die Strafkammer hat das Hauptverfahren eröffnet, demzufolge die inhaftierten Jungarbeiter in der mit dem 31. März beginnenden Schwurgerichtsperiode vor den Klassenrichter zitiert werden sollen.

Es handelt sich hierbei um den Beginn des von den Faschisten und der Klassenjustiz gemeinsam eingeschlagenen Rachefeldzug wegen des Todes des Stahlhelmers Küfner.

Mit Leuchtgas vergiftet

Am 19. März gegen 8 Uhr wurde eine 20jährige Arbeiterin in der Wohnung eines Hauses am Marktplatz tot aufgefunden. Sie hatte sich durch Leuchtgas vergiftet.

Zehn Meter tief abgestürzt

In der Nähe der Moritzburgbrücke waren Angestellte der Stadtgärtnerei mit der Beschneidung der Baumkronen beschäftigt. Dabei stürzte einer der Arbeiter aus ungefähr 10 Meter Höhe ab und blieb besinnungslos liegen. Er wurde dem Krankenhaus zugeführt.

Die bürgerliche Presse wird wohl von „Unvorsichtigkeit" dieses Arbeiters schwafeln, indessen die Sicherungsmaßnahmen für die auf diese Weise beschäftigten städtischen Arbeiter äußerst dürftig sind.

Ein Radfahrer unter einen Lastwagen geraten

Am 18. März gegen 14.30 Uhr stieß in der Talamtstraße ein Mann beim Ueberschreiten des Fahrdammes einen Radfahrer an. Der Radfahrer fiel unter einen Lastkraftwagen und wurde etwa drei Meter mitgeschleift. Er erlitt Verletzungen an der rechten Hand und am linken Bein. Das Fahrrad wurde stark beschädigt.

Achtung, Schwindler!

Dem Landesvorstand der IAH. wird mitgeteilt, daß Sammellisten der IAH. in der Stadt Halle in Umlauf seien. Dazu wird erklärt, daß außer den Sammellisten für die Traktoren keine Sammellisten der IAH. in Umlauf sind. Auch die in anderen Jahren durchgeführte Sammelaktion zur Unterstützung schulentlassener Kinder wird in diesem Jahre nicht durchgeführt. Wir ersuchen daher alle, denen solche Listen vorgelegt werden, dieselben einzuziehen und sie dem Landesvorstand der IAH., Halle, Große Steinstraße 16, abzuliefern.

Die Stadtverordneten sollen nur Nickemänner sein

Ein Lehrlingsstreich Barthels, des Hilfsgendarmen des Bürgerblocks in der letzten Stadtverordnetensitzung — Er wollte kommunistische Anträge zum Etat abwürgen Der Hungerkurs soll mit aller Brutalität durchgeführt werden

Nachdem wir uns im gestrigen Stadtverordnetenbericht vorwiegend mit der Debatte zum Polizei-Etat beschäftigt haben, wollen wir heute über den Ausgang der letzten Stadtverordnetensitzung berichten.

Das nach dem Polizeietat behandelte Etatkapitel Müllabfuhr wird ausgerechnet von Lügen-Peters begründet, der damit — wie ihm von den Kommunisten zugerufen wird — völlig auf den Schutt gekommen ist. Indessen unser Genosse Pretsch klarlegt, daß die durch die Müllabfuhr entstehenden Unkosten regelrecht auf die Mieter umgelegt werden und die Kommunisten demzufolge auch das Kapitel ablehnen, wird von den Vertretern der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ein Loblied auf das andere auf die hallische Müllabfuhr gesungen.

Für die Müllabfuhr sollen die Gebühren um 900 Mark erhöht werden.

Nach der Annahme dieses Kapitels durch die Koalitionsgemeinschaft wird auch dem Kapitel Fuhrpark, das mit einem Ueberschuß von 6600 Mark abschließt, die Zustimmung erteilt. Beim Kapitel Straßenreinigung wird vom Genossen Pretsch angeprangert, daß die Einnahmen um rund 400 000 Mark gesteigert werden sollen. Diese ungeheuerliche Summe wird natürlich ebenfalls auf die Massen der Mieter abgewälzt werden. Schließlich stellt Busse auch Zustimmung zu dem Kapitel fest, obwohl sich die Mehrheit der Spechhalsfraktion im Vorraum tummelt und die Mehrheit für die Vorlage außerordentlich fraglich ist. Zum Kapitel Friedhöfe wird von unserer Genossin Lehmann der Antrag gestellt, allen, deren Einkommen 3000 Mark nicht übersteigt, freie Bestattung zu gewähren. Das soll auf Angehörige Bezug haben.

Die Stadtverordneten haben nichts zu melden

Der inzwischen auf Busses Stuhl gelleiterte stellvertretende Vorsitzende Barthel, der sich als Hilfsgendarm des Bürgerblocks betätigt, versucht seinen Altmeister Busse noch zu übertrumpfen und will die Abstimmung über den kommunistischen Antrag unterbinden.

Dieser Vorstoß bedeutet praktisch, daß den Stadtverordneten die Möglichkeit ernster Kritik am Haushaltplan überhaupt genommen werden soll. Obwohl auch die Sozialfaschisten im Verhalten Barthels eine Beschneidung der einfachsten Rechte der Stadtverordneten erkennen, gibt der jederzeit artige Wilke die Erklärung ab, daß sie mit Barthels Handlungsweise „zufrieden" seien. Von unserem Genossen Lüttich, der Barthel unter dem Beifall der Kommunisten und Tribünenbesucher als „Lehrling" abmantelt, wird dringend die Vornahme der Abstimmung gefordert. Barthel stimmt schließlich unter fortwährendem Protest der Kommunisten über das Kapitel, nicht aber über den KPD.-Antrag ab.

Da die Willkürhandlung Barthels doch zu offensichtlich und seine Ungeschicklichkeit und Tölpelhaftigkeit zu augenscheinlich ist, kraxelt Busse schließlich wieder auf seinen Olymp und nimmt mit Leichenbittermiene die Abstimmung über den von der KPD. gestellten Antrag vor,

womit er die Willkürmaßnahmen seines Lehrlings gewissermaßen bestätigt. Der kommunistische Antrag wird alsdann mit 29 Stimmen des Bürgerblocks gegen 26 Stimmen abgelehnt. Bei der Besprechung des Kapitels Leihamt bezeichnet unser Genosse Müller die Festsetzung der Zinsen als eine Bestrafung des Elends und fordert, daß für Pfänder im Werte von 30 Mark 1 Prozent und darüber hinaus 2 Prozent erhoben werden. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten, SPD. und Nazifraktion vom Bürgerblock abgelehnt. Ebenso werden die von der KPD.-Fraktion durch den Genossen Stricksner zum Kapitel Stadtgesundheitsamt gestellten Anträge abgelehnt. In diesen Anträgen wird im wesentlichen

der Bau eines Krankenhauses und die Erhöhung der Mittel zur Tuberkulosenbekämpfung von 15 000 auf 40 000 Mark gefordert.

Das gesamte Kapitel wird schließlich, wie auch alle anderen, von den schwarzweißrotgoldenen Koalitionsbrüdern angenommen. Darin zeigt sich am deutlichsten, daß die von der SPD. gestellten Anträge nur als soziale Geste angesehen werden können. Im übrigen

machen die Sozialfaschisten den Hungerkurs immer feste mit!

Das zeigt sich auch beim Kapitel Volksschulen, dem die Sozialfaschisten gleichfalls zustimmen, obwohl sie den kommunistischen Abänderungs- und auch einigen eigenen Abänderungsanträgen zugestimmt hatten. Alle diese von unserem Genossen Herbert begründeten Abänderungsanträge verfielen der Ablehnung. Abgelehnt wurde die volle Einführung der Lehr- und Lernmittelfreiheit, die Streichung der Schulgelderhebung für das neunte Schuljahr und des Kostenbeitrages für den Hauswirtschaftsunterricht, die Einsetzung von 100 000 Mark für Schulspeisung und die Einsetzung von Mitteln zum Bau einer Volksschule. Beim Kapitel Hospitalverwaltung fordern die Kommunisten die Streichung einer Summe von 900 Mark für einen Prediger und Orgelspieler, und einer Summe von 50 Mark „für Gottesdienst". Dafür fordern die Kommunisten die Heraufsetzung des Satzes für die Beköstigung von 90 Pf. auf 1 Mark pro Person. Auch diese Anträge verfallen aber der Ablehnung durch die Bürgerblockmehrheit, die darauf aufs neue empörte Zurufe der Tribünenbesucher über sich ergehen lassen muß.

Als zum Schluß der Sitzung von der Spechhalsfraktion auch ein Antrag abgelehnt wird, den Erwerbslosen, deren Kinder zu Ostern die Schule verlassen, 30 Mark Beihilfe auszuzahlen, kommt es zu erregten Kundgebungen auf der Tribüne. Die Tribünenbesucher machen ihrer Empörung ordentlich Luft und kennzeichnen die wohlgenährten Reaktionäre mit den deutlichsten Worten. Schließlich läßt Busse kurz vor Schluß der Sitzung noch einen Arbeiter und eine Arbeiterin hinauswerfen, so daß die mit Terror begonnene Stadtverordnetensitzung am Montag auch mit Terrormaßnahmen endete.

Vor den D-Zug geworfen und getötet

Ein hier wohnender 41 Jahre alter Bücherrevisor hat sich am 18. März auf dem Bahnsteig 2 des hiesigen Hauptbahnhofes in selbstmörderischer Absicht vor den um 11.17 Uhr einfahrenden Zug D 30 geworfen. Er wurde überfahren und getötet.

Der Grund zur Tat ist „nicht bekannt". Wohlweislich werden aber der Name des Betreffenden als auch Angaben über seine Lebensverhältnisse vorenthalten. Die werden wahrscheinlich derart miserabel gewesen sein, daß er sich in stärkster Verzweiflung vor den D-Zug geworfen hat.

„Nichts als schwere Enttäuschungen . . ."

wurden auf der Unterbezirkskonferenz der SPD. für Halle-Saalkreis festgestellt

Die Unterbezirkskonferenz der SPD. Halle-Saalkreis, die am Sonntag tagte, lieferte einen Beweis für die wachsende Unzufriedenheit der SPD.-Arbeiter mit der Koalitionspolitik ihrer Partei. Zugleich aber zeigte diese Konferenz, wie mit linken Phrasen die Opposition in den eigenen Reihen beruhigt werden soll.

Sogar der stark frisierte Bericht des „Volksblatt" kann die oppositionellen Stimmen nicht ganz totschweigen. Es bedeutet den Bankrott der Koalitionspolitik des Sozialfaschismus, wenn der „linke" Möller betonen mußte, daß

die Koalitionsregierung in 20 Monaten ihrer Herrschaft nichts als schwere Enttäuschungen gebracht habe.

Die selbstherrliche Politik der SPD.-Führerclique belegte Möller mit scharfen Ausdrücken. Ueberhaupt markierte er, was Worte anbetrifft, den „starken Mann". Er nannte es Mißbrauch der Fraktion, daß Braun und Heilmann weder Grzesinskis Rücktritt noch Waentigs Ernennung der SPD.-Fraktion mitgeteilt haben. Es gab faktisch überhaupt nichts an der ganzen Tätigkeit und Politik der SPD., das von dem Redner gebilligt werden konnte. Das Finanzprogramm lehnte er ab und rief die Fraktion dagegen auf. Dabei weiß die ganze Welt, daß den bisherigen Forderungen der Schwerindustrie von der SPD. in allen Teilen Rechnung getragen wurde und auch das neue ungeheuerliche Finanzprogramm von der SPD. geschluckt werden wird.

Auch in der Diskussion griffen die Redner die Koalitionspolitik heftig an, bis sich ein Landrat fand (Streicher), der die Koalitionspolitik verteidigte. Obwohl also

die Konferenz geradezu in zwei Lager gespalten

war, berichtet das „Volksblatt", daß sie „in völliger Einmütigkeit" geschlossen wurde.

In der Tat, der „linke" Möller hat die Aufgabe übernommen, die Rebellion in der Arbeitermitgliedschaft der SPD. durch radikale Phrasen aufzufangen und so den Gegensatz zwischen proletarischer Mitgliedschaft und der verbürgerlichten Funktionär- und Führerschicht der Partei zu überbrücken mit heuchlerischer Kritik und der Phrase, daß die Partei aus der demokratischen Republik einen Staat machen müsse, der der Arbeiterschaft alle Rechte und alle Macht verbürge. (Siehe Republikschutzgesetz Severings!)

Interessant ist der Antrag des Ortsvereins Döllnitz, der verlangt, daß man die Gehälter der hohen Beamten auf 6000 Mark kürze. Schamhaft verschweigt das „Volksblatt" das Schicksal dieses Antrages.

Diejenigen Arbeitermitglieder in der SPD., die wirklich den Kampf gegen die Koalitionspolitik und gegen die kapitalistische Gesellschaft führen wollen, werden verkauft und verraten sein, wenn sie den Phrasen eines Möllers folgen. Der einzige Weg, der ihnen bleibt, ist: Austritt aus der SPD., Kampf in den Reihen der KPD. gegen den Sozialfaschismus, gegen die Koalitionspolitik, für die proletarische Revolution!

— — — Sie konnten zusammen nicht kommen

Die Renegaten Fischer, Schöbel, Bowitzki mit den Sozialdemokraten in trautester Gemeinschaft!

Eine ergötzliche Szene spielte sich gestern abend nach Schluß der Aufsichtsratssitzung des ASV. Halle ab. Es ist ja nahezu ein öffentliches Geheimnis, daß die Renegaten Fischer, Schöbel, Bowitzki, Hammer mit den sozialfaschistischen Aufsichtsratsmitgliedern paktieren. Das kam gestern abend in aller Offenheit zum Ausdruck. Bereits nach Schluß der Sitzung tuschelten der Landtagsabgeordnete Möller und Bowitzki zusammen, wahrscheinlich, um das gemeinsame Fraktionslokal zu bestimmen. Ganz gegen seine Gewohnheit verlangte Möller noch eine Flasche Bier und erwartete nun, daß die kommunistische Fraktion des Aufsichtsrats das Feld räumen würde. Das geschah aber nicht. Nachdem Bowitzki und Hammer gegangen waren und auch Möller und Müller die Räume des Konsumvereins verlassen hatten, verließen auch unsere Genossen den Sitzungsraum. Möller und Müller gingen nunmehr zum Bahnhof. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß zu gleicher Zeit Fischer und Schöbel durch die Thielenstraße ebenfalls dem Bahnhof zustrebten. Man hatte aber wohl schon gemerkt, daß man beobachtet wurde. Der große Bowitzki mit der alten Tradition hatte die Sicherung übernommen und fuhr noch einmal mit dem Rade das Terrain ab. Seine „Strategie" versagte aber vollkommen. Der eingerichtete Pendelverkehrsdienst konnte bei der Wichtigkeit der zu besprechenden Angelegenheit nicht erfolgreich sein.

Als nach längerer Zeit die Leute merkten, daß sie doch nicht zu einer Besprechung kommen konnten, gaben sie ihre Absicht auf und begaben sich mit Grimm im Bauche nach Hause.

Eine ernste Seite hat diese Angelegenheit insofern, als endlich die Arbeiter, die sich von der Bowitzki-Liste gegen die proletarischen Verbraucher im Allgemeinen Konsumverein gebrauchen ließen, endlich begreifen müssen, daß es nichts weiter sind als leere Worte, die vor der Wahl gesprochen wurden und daß heute sehr offenbar wird, daß die Fischer, Schöbel, Bowitzki, Hammer, Möller und Müller eine einzige Front gegen die proletarische Genossenschaftspolitik bedeuten.

Die Vertreter werden am Sonntag, dem 23. März, dieser vereinigten Gruppe die Antwort nicht schuldig bleiben

Vor fünf Jahren

Die Kommunisten entlarven die Schuldigen

am Blutbad im „Volkspark" — Der damalige Polizeipräsident Runge am Pranger — Aus der Anklagerede des Genossen Lademann im Preußischen Landtag

Am 19. März 1925 trat der Preußische Landtag in seiner 77. Sitzung in eine Aussprache über das Blutbad im „Volkspark" zu Halle ein. Im Verlaufe dieser Aussprache wurde Pieper von allen zu Worte kommenden Rednern der SPD. gedeckt. In einer großangelegten Rede beschäftigte sich damals Genosse Lademann mit der Schuldfrage an jenem Blutbad, wobei er u. a. die nachfolgenden Ausführungen machte:

Minister Severing ist schon am Sonnabend, dem 14. März, nach Meinung der Polizeibehörde, insbesondere des Herrn Grützner, eingehend unterrichtet worden. Der amtliche Bericht dieses Herrn ist schon am Sonnbend, 12¾ Uhr, ins Büro des Herrn Ministers Severing gegeben worden. Herr Grützner stellte ohne jede Protokollierung der Zeugenaussagen in meinem Beisein fest: Den Anlaß der Schießerei im „Volkspark" in Halle gab, daß die ersten zwei Schüsse aus den Reihen der Arbeiter auf die Schupobeamten abgegeben wurden. Auf eine Rückfrage des Ministeriums, ob denn die verantwortlichen Stellen dieses Vorgehen der Polizei dulden oder gutheißen, sagte jener

sozialdemokratische Regierungspräsident von Merseburg: „Ich decke voll und ganz, was die Beamten getan haben."

Ohne jede Untersuchung, ohne jede Protokollierung der Zeugenaussagen glaubt Herr Grützner als Amtsperson sein Urteil fällen zu können. Solche unobjektiven Leute sind „berufen", die Vorgänge in halle zu untersuchen! Wenn dann das Untersuchungsergebnis als endgültig abgeschlossen zu betrachten sein wird, dann wird sich Herr Severing hier herstellen und im Vertrauen auf die Untersuchung des Herrn Grützner das Material hier durchblättern, die Zeugenaussagen bringen, die bewußt gefälscht sind.

Ich stelle fest, daß die Beamten der hallischen Kriminalpolizei im Auftrage des von Herrn Severing eingesetzten Untersuchungskommissars nicht nur die Verwundeten beeinflußt haben, sondern zu den Angehörigen gegangen sind, um aus deren Vorleben festzustellen, was das für Leute gewesen seien. Die Beamten haben bewußt versucht, die Zeugen in ihrer Aussage zu beeinflussen, indem sie den guten Rat gegeben haben, daß sie unbedingt gesehen haben müssen, daß von der Galerie von den Arbeitern zuerst geschossen sei.

Herr Runge hatte alles schön vorbereitet,

er hatte den Befehl gegeben, nachdem die klassenbewußte Arbeiterschaft von Halle den Reichspräsidentschaftskandidaten Thälmann auf dem Bahnhof empfangen hatte, daß ein großes Schupoaufgebot im „Volkspark" Stellung nehmen müsse. Herr Runge hat im „Volkspark" nicht weniger als zwei volle Hundertschaften postiert. Er hatte in allernächster Nähe noch weitere zwei Hundertschaften Aufstellung nehmen lassen. Dann hat sich Herr Runge am Abend des 13. März nach 7 auf die Bahn gesetzt, ist nach Berlin gefahren — und ist erst am Sonnabend, mittags 1 Uhr, wiedergekommen, um so vielleicht den Eindruck zu erwecken: Ich bin an diesen Dingen schuldlos. Wir werden ja erleben, daß Herr Runge entlassen ist, weil er es entgegen ministerieller Anordnung verboten hat, daß zwei Ausländer sprechen. Mit dieser vorläufigen Regelung, Herr Severing, kann und wird sich die klassenbewußte Arbeiterschaft nicht zufrieden geben, sondern sie wird darüber hinaus die Bestrafung Runges verlangen, denn

Runge ist nach den eindeutigen eidesstattlichen Zeugenaussagen von über Hunderten von Versammlungsteilnehmern der Schuldige!

Er kann sich von den Dingen nicht reinwaschen, und keine Entstellung wird die Dinge irgendwie vertuschen können!

Mandatsräuber Taatz bei den Sozialfaschisten gelandet

Wir bemerkten schon in unserem gestrigen Stadtverordnetenbericht, daß Taatz im Stadtparlament an Peters „grüne" Seite gerückt ist und daß er sicherlich sehr bald „mitten mang" der sozialfaschistischen Posteninhaber- und Anwärterfraktion sitzen wird. Wie eng die Beziehungen zwischen ihm und den Sozialfaschisten bereits sind, geht auch aus dem gestrigen Stadtverordnetenbericht des „Volksblatt" hervor, worin die von Taatz in der Stadtverordnetensitzung im Flüsterton verlesene „Erklärung" wortwörtlich veröffentlicht wird.

Die Beziehungen zwischen Taatz und den Sozialfaschisten sind zu offenbar, als daß man sich darüber aufzuregen braucht. Die Entwicklung dieses Mandatsräubers zeigt nur, wie richtig die Kommunistische Partei handelte, als sie ihn von dannen jagte.

In der Nacht vom 17. zum 18. März wurde in einem Zigarrengeschäft in der Volkmannstraße eingebrochen. Was gestohlen wurde, steht noch nicht fest.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300319-13/fragment/page=0006

Skandalöse Wohnungsverhältnisse in Halle

Ruinen als Arbeiterwohnungen

Und dennoch kein Wohnungsbau in eigener Regie — Auf die Straße gesetzt und obendrein verhöhnt

Der nachfolgende Artikel konnte kürzlich aus Raumgründen nur in der Provinzausgabe des „Klassenkampf" veröffentlicht werden. Wir bringen ihn daher heute unseren hallischen Lesern zur Kenntnis.

Die alten baufälligen Wohnviertel kennzeichnen das trübe Kapitel der hallischen Wohnungspolitik. Oft sind dort wohnende Proletarierfamilien sogar der Lebensgefahr ausgesetzt. Aber trotz dieser Tatsachen geht die reaktionäre Stadtverwaltung in keiner Weise dazu über, Maßnahmen einzuleiten, die Leben und Gesundheit der Anwohner dieser Elendsviertel sicherstellen. Lediglich trockene Redensarten hat man für die Werktätigen übrig, und zur Bemäntelung der Verantwortung dicke „Denkschriften", in denen diese Wohnungspolitik auch noch „in den Himmel gehoben" wird.

Aber die Wirklichkeit bietet zu allem anderen, als zu lautem Jubel Anlaß. Der hier angeprangerte Fall beweist, wie

die vielgepriesene Wohnungspolitik des Bürgerblocks und des Sozialfaschismus in der Praxis

aussieht. Der Bauarbeiter Huth, Jägerplatz 1, hat eine Wohnung inne, die selbst nach dem Gutachten des Kreisarztes und eines Beamten der Baupolizei gesundheitsschädigend ist. Der Arbeiter Huth wurde nun von der städtischen Baupolizei aufgefordert, die Wohnung innerhalb vier Wochen zu räumen, andernfalls zwangsweise Räumung in Kraft treten sollte. Nun wäre ja alles in Ordnung gewesen, wenn der von der Räumung Betroffene eine andere Wohnung vom Wohnungsamt zugewiesen bekommen hätte. Aber weit gefehlt! Diese Bürokraten haben ja keine blasse Ahnung, wie es den wohnungsuchenden Proletarierfamilien zumute ist. Man speist sie mit nichtssagenden Redensarten ab. Man antwortete in diesem Falle dem Arbeiter, daß er sich mit allem Nachdruck um eine andere Wohnung zu „bemühen" habe. Die berühmte Zuweisungskommission wird seinen Antrag „zur gegebenen Zeit" prüfen. Weiterhin wird dem Mieter anheimgestellt, sich um eine Neubauwohnung zu bemühen. Wer eine blasse Ahnung davon hat, was es kostet, um überhaupt erst einmal solch eine Wohnung zu bekommen, wird diese geradezu schamlose Zumutung mit ebensolcher Entrüstung beantworten, wie es der betreffende Arbeiter getan hat.

Das Elendslos der Untermieter

Aber noch weit schlimmer ist es um die Untermieter bestellt. So bewohnt z. B eine Frau Schleicher mit ihren Kindern in der Ludwigstraße ein Zimmer. Dasselbe ist 2½×3½ Meter groß. Sie ist demzufolge nur in der Lage,

ein einziges Bett in diesem Zimmer aufzustellen, worin sie mit ihren zwei Kindern schlafen muß.

Das dritte Kind hat sie bei Verwandten untergebracht. Frau Schleicher stellte infolge dieser mißlichen Verhältnisse an das Wohnungsamt den Antrag, ihre rote Vermittlungskarte gegen eine blaue umzutauschen.

Wie diese Frau, welche auf dem Gut Gimritz beschäftigt ist und das „fürstliche" Einkommen von neun Mark pro Woche hat, eine Neubauwohnung bezahlen soll, das bleibt dem Bürgerblock zur Beantwortung überlassen. Der wird aber in diesem wie in allen anderen Fällen schweigen.

Proletarierfamilien können seinetwegen ja ruhig in elenden und feuchten Löchern umkommen. Man muß aber an anderen Stellen Millionen für die Polizei usw. einsetzen, statt diese Mittel zum Wohnungsbau in eigener Regie zu verwenden. Das ist aber der beste Beweis dafür, daß die reaktionäre Stadtverwaltung nicht das geringste Interesse an der Beseitigung der Wohnungsnot hat.

Nur durch den geschlossenen Kampf gegen dieses Klassensystem werden wir auch dieses traurige Kapitel des Wohnungselendes im Interesse der Arbeiter lösen!

Sowas nennt sich Arbeiter-„Wohnung"!

In dieser Erdhöhle auf dem Jägerplatz, sollte der Bauarbeiter Huth in ständiger Lebensgefahr „wohnen".

Ein Vertrauensmann der Chemiegewaltigen als offizieller Berichterstatter der Justizpressestelle zum Leuna-Prozeß

Die Staatsanwaltschaft gibt sich schon gar keine Mühe mehr, dem Verlauf des Leuna-Prozesses irgendeinen „unparteiischen" Charakter zu geben. So ist jetzt festzustellen,

daß ein Angestellter der Chemiegewaltigen der „Objektivität" halber den Bericht für die Justizpressestelle liefert

Was liegt näher, als die Vermutung, daß die Leuna-Könige auch auf diese Weise ihren Machtgelüsten unter allen Umständen Geltung verschaffen möchten. Das ist bezeichnend für den gesamten bisherigen Verlauf des Prozesses. Man kann jetzt schon feststellen, daß dieser Prozeß wie das Hornberger Schießen ausgehen wird.

Zur Verhandlung selbst standen am gestrigen Tage die wirtschaftlichen Ergebnisse der Geschäftsverbindungen der Unternehmer mit den Chemiegewaltigen. Die Zeugenvernehmung ergab, wie nicht anders zu erwarten, nur negative Ergebnisse. Der Malermeister Eiermann glaubt, während seiner Tätigkeit etwas „verdient" zu haben. Das Ergebnis drei Jahre langer Arbeit seien einige tausend Goldmark. Etwas schlechter war es um den Malermeister Niemeyer bestellt. Derselbe war in den Jahren 1921/27 im Leuna-Werk mit Malerarbeiten voll beschäftigt. Durch die Inflation wurde auch er ungeheuerlich geschädigt und so hat er für nichts und wieder nichts gearbeitet. Ein anderer Zeuge konnte nur aussagen, daß er durch Annahme von Arbeiten bei den Chemiegewaltigen nur zugesetzt habe. Damit ist sehr deutlich der Beweis dafür erbracht, daß

nicht der Chemietrust, sondern vielmehr die kleinen Unternehmen die Betrogenen

gewesen sind. In der weiteren Zeugenvernehmung wurde u. a. auch der Kriminalbeamte Schäfer, der die ganze Untersuchung des Falles Schönfeld geführt hat, vernommen. Dieser Mann legte eine besondere Naivität an den Tag. Es wurde dann der Sachverständige Mainz aus Berlin über die Vermögensverhältnisse von Schönfeld sowie der Angeklagten Hechtenberg und Stocks vernommen. Hier entwickelte sich wiederum eine Differenz zwischen Sachverständigen und Verteidigung. Es ist eigentümlich, daß die Staatsanwaltschaft sich besonderer Sachverständigen, einmal aus Gießen, das andere Mal aus Berlin und sonstwoher bedient. Mit Recht verwies der Verteidiger, Dr. Fackenheim, darauf, daß man einem solchen Gebaren ein gewisses Mißtrauen entgegenbringen müsse. Es seien bestimmt auch in Halle Sachverständige vorzufinden, die dieselbe Qualität und Sachkenntnis aufweisen.

Aus dem Theaterausschuß

Gestern tagte der Theaterausschuß, um zum Kapitel Stadttheater des Haushaltplanes für 1930 Stellung zu nehmen. Nachdem die Kommunisten ihre grundsätzliche, ablehnende Stellungnahme bekanntgegeben hatten, unternahmen sie noch eine Anzahl Vorstöße gegen den Klassencharakter, der diesem Kapitel in besonders hohem Maße zu eigen ist. Die für Kartensteuer eingesetzte Summe von 38 000 Mark wurde in diesem Kapitel gestrichen Schließlich wurde der Etat mit einem Zuschuß von 503 600 Mark vom Ausschuß verabschiedet, und so wird das Kapitel Stadttheater in der nächsten Stadtverordnetensitzung von den Koalitionsbrüdern unter Dach und Fach gebracht werden. Die kommunistischen Vertreter lehnten auch dieses Kapitel des Haushaltplanes ab, weil es unmöglich ist, diesem Reklameinstitut der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auch nur einen Pfennig zu bewilligen.

Das hallische Stadttheater ist außerdem nur ein Privileg der oberen Kreise. Der Werktätigen und gar erst den Erwerbslosen ist infolge der ungeheuerlich hohen Eintrittspreise jede Möglichkeit zum Besuch des Stadttheaters genommen. Dessen ungeachtet soll aber diese große Masse der Werktätigen pro Kopf 2,56 Mark Zuschuß für das hallische Stadttheater aufbringen. Dagegen gilt es entschieden Front zu machen!

Märzgefallenen-Feier in Ammendorf

im Zeichen verschärften Polizeiterrors — „Zutritt zum Friedhof verboten"

Die Ammendorfer Arbeiterschaft hatte alle Vorbereitungen zur Ehrung ihrer Märzgefallenen am Sonntag, dem 16. März, getroffen.

Am 15. März, gegen Mittag, teilte der Polizeipräsident dann plötzlich mit, daß die Genehmigung zur Gedenkfeier auf dem Friedhofe nicht erteilt werden könne Die Ansammlung auf dem Friedhof sei eine Demonstration, die auch verboten sei. Nur eine Delegation von 5 Mann sollte zugelassen werden. Die Ammendorfer Arbeiterschaft hatte keine Genehmigung nachgesucht. Sie hatte es auch nicht nötig, da der Ammendorfer Friedhof ein kommunaler Friedhof ist. Trotzdem wurde

die Morgenveranstaltung im „Goldenen Adler"

getätigt. Mit Empörung wurde hier von der polizeilichen Verfügung Kenntnis genommen. Nach der Veranstaltung gingen alsdann die Teilnehmer einzeln nach den verschiedenen Friedhöfen. Mit rigoroser Brutalität ging hierbei die Polizei gegen einzelne Friedhofsbesucher vor. Sogar den Gemeindevertretern und Schöffen sollte das Betreten des Friedhofes untersagt werden.

An den Märzgefallenengräbern bot sich den Besuchern ein interessanter Anblick. Die SPD. hatte sich erdreistet, wiederum einen Kranz an den Gräbern der Märzopfer niederzulegen. Die Sozialfaschisten übernahmen also wieder die Rolle der Leichenschänder.

Zu erwähnen sei noch, daß von der Polizei drei Rollkommandos am Orte waren, welche mit wahnsinnigem Tempo durch die Straßen des Ortes rasten. Schon beim Verlassen des „Goldenen Adler" traten einige Berittene provozierend an der Stehbierhalle auf. Nur die Tür versperrte ihnen den Weg zur Stehbierhalle, sonst wären sie wohl bis in die Gaststube geritten. Daß aber in Beesen an Gräfes Grab geschlossene Kolonnen Stahlhelmer waren, wurde nicht gesehen, und dagegen wurde nicht eingeschritten. Ja, Bauer, das ist auch was anderes!

Die Abendveranstaltung

war gut besucht. Die Kommunistische Jugend führte die Besucher zurück in die Jahre 1920/1921, indem sie Szenen aus dem Theaterstück „Aufruhr im Mansfelder Land" aufführte. Mit dem Rufe des nie zu verbietenden RFB. und unter dem Gesang der „Internationale" wurde die Feier beendet.

Ammendorf. Werktätige! Die Proletarische Tribüne, Halle, kommt am Freitag, dem 21. März, 20 Uhr, im „Goldenen Anker" zu der öffentlichen Werbeveranstaltung der Internationalen Arbeiter-Hilfe. Aus dem Programm: Kampf den Kulaken; rote Bänkelsänger usw. Erscheint alle!

Theater, Konzerte, Vorträge

Stadttheater: „Der Kaiser von Amerika"

Komödie in 3 Akten von Bernard Shaw

Daß Bernard Shaw diese Komödien ins Ende des 20. Jahrhunderts verlegt und selbst erklärt, daß das Stück einen Zustand schildert, in den das heutige England hineingetrieben zu werden bedroht ist, hat gar nichts zu sagen. Shaw will offenbar den gegenwärtigen Machthabern der bankrotten konstitutionellen Monarchie in England weder wehe tun noch der englischen Bourgeoisie Angst und Schrecken einjagen. In seinem „Wegweiser für die intelligente Frau zum Sozialismus und Kapitalismus" zitiert Shaw die „Professoren der Staatswissenschaft" Sidney und Beatrice Webb, die den gegenwärtigen Zustand der alten englischen politischen Maschinerie in Westminster als „schleichende Paralyse" schildern. Shaw selbst fügt hinzu, daß der Kapitalismus die alte Westminster-Maschinerie in ihrer jetzigen Gestalt (!) zertrümmern wird, wenn man sie gegen die moderne Entwicklung anlaufen läßt. Wir gehen mit Shaw, so weit er den Zustand des englischen Parlamentssystems mit einer schleichenden Paralyse bezeichnet und, um dies zu bekräftigen, in der ausgezeichneten Komödie: „Der Kaiser von Amerika" das Wesen dieses Systems über alle Maßen bloßstellt und der Lächerlichkeit preisgibt. Aber wie gesagt, Shaw betont ausdrücklich, daß der gegenwärtige Zustand in England erst zu den Verhältnissen führen wird, die er jetzt mit allen Mitteln seiner beißenden Ironie anprangert. Er läßt also jede Konsequenz vermissen. Eine Konsequenz, die darin bestehen müßte, offen auszusprechen, daß die konstitutionelle Monarchie Englands unter der Aera des hoffähigen Premierministers Macdonald bereits an diesem Punkte angelangt ist, trotzdem Shaw den Premierminister Proteus Ende des 20 Jahrhunderts ausrufen läßt: „London wird verlegt entweder im Westen nach Washington oder im Osten nach Moskau." Nun, es ist gar nicht ausgeschlossen, daß schon lange vor dem Ende des 20. Jahrhunderts die Kommunistische Internationale ihren Sitz nach London verlegt und aus der Wiederherstellung der englischen Weltmacht durch die Wiedervereinigung mit Amerika, die Shaw offenbar herbeisehnt, nichts wird.

Aber „Der Kaiser von Amerika" ist trotzdem ein Prachtstück. Eine glänzendere Ironisierung der von der 2. Internationale als „Anbruch einer neuen Epoche" bezeichneten Macdonald-Aera brauchen wir uns nicht zu wünschen. Wir vermeinen den leibhaftigen Macdonald auf der Bühne um den König von England herumschwänzeln zu sehen, jenen Premierminister, den die Wirtschaftsministerien Amando, als er mit Pathos ausruft: „Möge als König regieren, wer will..." ins Wort fällt: „...Sie bleiben immer dieselbe Wetterfahne!" Einfach ergötzlich, wenn der aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangene neugebackene Handelsminister Boanerges sich protzend als Republikaner etabliert und am Schluß vor dem König Magnus die Hacken zusammenreißt und stramm steht Als Sozialdemokrat hätte ich mich ob dieser saftigen Ohrfeige und Blamage verschämt davon geschlichen.

Es gibt so gut wie keine Handlung in den drei Akten. Das ist auch gar nicht notwendig. Das, was man in der lebendigen und wechselvollen Sprache Shaws zu hören bekommt, die nicht wiederzugebenden Kabinettsbesprechungen im ersten und dritten Akt, sind ein Hochgenuß. Dazu kommt die ausgezeichnete Rollenbesetzung, die unter der Leitung von Willy Dietrich ein flottes, einwandfreies Spiel ermöglicht. Felix Norfolk stellt den weit über den zu stiefelleckerischen Marionetten degradierten Kabinettsmitgliedern stehenden und erhabenen König Magnus dar. Der hilflose, am Ende seines Lateins angelangte Premierminister von Königs Gnaden, Proteus, wird in der Maske Ramsay Macdonalds von Fritz Hensel vortrefflich verkörpert. Boanerges, der aufschneiderische Emporkömmling aus dem Arbeiterstande und der Gewerkschaftsbewegung, der sich zum königstreuen Lakai entwickelt, wird naturgetreu von Hans Richter wiedergegeben. Alle übrigen Rollen sind ebenfalls durchweg gut. Das Bühnenbild stellte Heinz Behrens. Die Kostüme stammen von Peter Rohrer. Die von Anfang bis zum Ende ausgezeichnete Aufführung wurde mit starkem Beifall bedacht. Wir wünschen, daß sie recht oft wiederholt wird. —th—.

Volksbühne. „Der Richter von Zalamea" am 24. für H und am 27. für J. Die Mitglieder, die ihre Karten noch nicht eingelöst haben, werden gebeten, umgehend in der Geschäftsstelle vorzusprechen. Der bunte Operettenabend der Volksbühne am 27. ist wieder ausverkauft! Zum Goethe-Abend des deutschen Sprachvereins am 25. in der Universitätsaula (Anne-Liese Johow, Dr. Viol, Dr. Gaartz, Dr. Linden) Vorzugskarten in unserer Geschäftsstelle. Wahlfreie Sondervorstellung am 26.: „Der Kaiser von Amerika", Komödie von Bernard Shaw. Karten zu 1,50 Mk., 2,25 Mk. und 3 Mk. gegen Mitgliedskarte. Der nächste Kulturfilm „Die Elbe" findet erst am 31. statt. Anmeldungen zur Volksbühne und für alle Vergünstigungen laufend in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14, Ruf 234 79.

Wie wird das Wetter?

Für Donnerstag: Wolkig und ziemlich kühl. Trocken und Nachtfrost.

Für Freitag: Eintrübung und Abkühlung. Im Harz etwas Neuschnee.

Verantwortlich: Max Lademann, Halle, für Politik und Beilagen; Fritz Beyling, Halle, für Lokales und Saalkreis; Max Lademann, Halle, für Provinz; Fritz Lessig, Halle, für Sport; Kurt Kühn, Merseburg, für Betriebe und Gewerkschaften; Fritz Krob, Halle, für den Anzeigenteil.

Oeffentliche Versammlungen

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Köpsen. Freitag, 21. März, 20 Uhr, im Lokal Dose öffentliche Versammlung. Referent Genosse Lademann. Thema: EVMZ.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Bitterfeld. Freitag, 21. März, 20 Uhr, Märzfeier.

Bund der Freunde der JAH

Merseburg. Jeden Dienstag wieder Nähstube. Anfang: 18. März, 20 Uhr, Vorwerk.

Zschackau. Donnerstag, 20. März, 20 Uhr, im Lokal Volbarth öffentliche Filmveranstaltung. Zur Aufführung kommt „Schinderhannes" nebst Beiprogramm.

Döllnitz. Die für Mittwoch, 19. März, angesetzte Werbeveranstaltung muß Umstände halber verschoben werden. Der Termin der Versammlung wird noch bekanntgegeben.

Roitzsch. Mittwoch, 19. März, 20 Uhr, im Lokal „Zur guten Quelle" Filmveranstaltung. Zur Aufführung kommt „Schinderhannes", nebst Beiprogramm.

Torgau. Freitag, 21. März, 20 Uhr, im „Bürgergarten" Kinovorstellung. Zur Aufführung kommt der Film „Schinderhannes", nebst Beiprogramm.

Ammendorf. Freitag, 21. März, 20 Uhr, im „Goldenen Anker" öffentliche Werbeveranstaltung der JAH., unter Mitwirkung der Proletarischen Tribüne, Halle.

Könnern. Freitag, 21. März, 20 Uhr, im „Bürgergarten" Mitgliederversammlung. Pflichtbeteiligung.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Halle. Mitgliederversammlung am Mittwoch, dem 19. März, 20 Uhr, in „Loefts Hof", Merseburger Straße. Alle Mitglieder müssen bestimmt erscheinen.

Halle. Zusammenkunft der Agitprop-Truppe am Donnerstag, 20. März, 20 Uhr, bei Bendlin, Böllberger Weg.

Ammendorf. Mitgliederversammlung am Donnerstag, dem 20. März, 20 Uhr, im „Dreierhaus". Alle Mitglieder müssen erscheinen. Referentin ist anwesend.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg

Bureau Zwingerstraße 29 (Laden) Fernruf 24435

Weißenfels. Donnerstag, 20. März, 20 Uhr, im „Tivoli" Mitgliederversammlung. Alles muß erscheinen. Wichtige Tagesordnung.

Werbt für den „Klassenkampf"

Radfahrer! ● Billige Preise ● Gummi-Bieder

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300319-13/fragment/page=0007

Arbeiter-Sport

Nr 66 — Mittwoch, 19. März 1930

Sozialdemokratische Bundesarbeit

Der Bezirksturntag des 13. Bezirks im Sächsischen Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes brachte einen neuen Beweis für die sozialfaschistischen Methoden, mit denen die Sozialdemokraten gegen die Opposition arbeiten. Nach einer unerhörten Hetze gegen die oppositionellen Vereine wurde eine Entschließung der Reformisten mit 18 gegen 6 Stimmen angenommen. Die sechs Vereine, deren Vertreter gegen die Spalter des Arbeitersports stimmten, Mittelfrohna, Hartmannsdorf, Pleißa, Breunsdorf, Diethendorf und Heiersdorf, mußten darauf die Tagung verlassen, wobei ihnen mitgeteilt wurde, daß ihre Vereine wegen dieser Abstimmung ein Ausschlußverfahren erhalten werden.

Freie Bahn den Arbeiter-Athleten des 7. Kreises

Die ausgeschlossenen Arbeiter-Athleten des 1. Bezirks, 7. Kreises, haben die Initiative ergriffen und hatten für Sonntag, 16. März, zu einer Bezirkssitzung aufgerufen. Selbige tagte in Weißenfels, wurde pünktlich eröffnet und von einer Anzahl Delegierten besucht, die alle diesen Schritt begrüßten, da die bisherige Bezirksleitung — soweit sie nicht ausgeschlossen ist — friedlich zu schlummern scheint und sich auf den „Lorbeeren" ihrer Ausschlußwut ausruht. (Sie steht jetzt allein auf weiter Flur.)

Dem Bericht über den gegenwärtigen Stand der Bewegung schloß sich eine rege Diskussion der Delegierten an. Der 1. Bezirk des 7. Kreises ist organisatorisch bis auf weiteres als 4. Bezirk dem 5. Kreis angegliedert. Die Bezirksleitung wurde neu gewählt und von alten kampferprobten Funktionären des Bundes besetzt.

Im Mittelpunkt der Tagung stand das Reichstreffen der oppositionellen roten Sportler am 8. und 9. Juni in Erfurt. Unser Bezirk wird sich geschlossen daran beteiligen, die Vorbereitungsarbeiten sind in Angriff genommen. Der erste Kursus des Wertungskomitees für Artistik in Theorie und Praxis findet am 25. Mai auf dem Meilenstein in Weißenfels statt. Die Vereine, soweit sie nicht vertreten waren und weiter aktiven Sport treiben wollen, müssen unbedingt zur nächsten Bezirkssitzung, die am 30. März in Weißenfels tagt und in der die bezirklichen Arbeiten sowie der Sommer-Arbeitsplan festgelegt wird, Delegierte entsenden.

Heran an die Arbeit!

Arbeiter-Schützen Deutschlands, Gau 14, 3. Bezirk

Am Sonntag, dem 16. März, fand in Landsberg der Wettkampf um den Bezirksmeister in der Bolzensparte statt. Da die Ortsgruppen im Bezirk fast durchweg den Kleinkalibersport pflegen, wurden auch im Bolzensport gute Resultate erzielt. Bedauerlicherweise fehlten Ortsgruppen, ohne daß ein Entschuldigungsgrund vorlag. Jedenfalls werden wir auf dem in kurzer Zeit stattfindenden Bezirkstag die Gründe feststellen. Folgende Resultate wurden bei dem Wettkampf erzielt:

1. Mannschaften			2. Mannschaften		
Holzweißig	1337	Ringe	Holzweißig	1177	Ringe
Halle	1314	"	Halle	1176	"
Döllnitz	1308	"	Döllnitz	1088	"
Landsberg	1124	"	Landsberg	966	"
			3. Mannschaften		
Brehna	975	"	Holzweißig	1217	Ringe
Ammendorf	833	"	Landsberg	741	"

Somit wurde Holzweißig in der A- und B-Klasse Bezirksmeister. Die Ortsgruppe Brehna hatte nur fünf Schützen. Der beste Schütze bei diesem Kampfe war der Sportgenosse Kowalewitz von der Ortsgruppe Döllnitz mit 256 Ringen.

Städte-Wettkampf im Geräteturnen

Am 15. März fand in Eisenach ein Geräte-Wettkampf der Opposition zwischen Berlin-Halle-Eisenach statt. Nach einleitenden Worten eines Eisenacher Genossen nahmen die Kämpfe ihren Anfang. Das erste Gerät war das Pferd Schon hier machte sich eine große Ueberlegenheit Berlins bemerkbar. Alle Genossen von Berlin zeigten hier ein Können, auf welches wir in unserer Bewegung sehr stolz sein können. Am Barren waren es wiederum die Berliner Genossen, welche alles in den Schatten stellten. Obwohl sich die anderen Mannschaften die größte Mühe gaben, wurden sie von Berlin mit Leichtigkeit übertrumpft Das letzte Gerät war das Reck. Dies war der Clou des Abends. Ein weiteres Reden darüber erübrigt sich, dies beweist das Resultat. Die höchste Punktzahl, welche nur erreicht werden kann, erzielte Berlin. Salto, Handstand, Radschlagen alles dies zusammengestellt zu einer wunderbaren Freiübung. Die Gäste waren überrascht über derartiges Können. Es ist gezeigt worden, daß unsere Bewegung auf hoher sportlicher Stufe steht.

Resultat: Berlin 579, Eisenach 501 und Halle 462 Punkte.

Die Eisenacher Genossinnen zeigten gymnastische Uebungen, welche sehr ansprachen.

Arbeiter-Athleten-Bund Halle-Merseburg, e. V.

5. Kreis. 2. Bezirk. Wittenberg-Bitterfeld.

Sonntag, 23. März, 11 Uhr, im „Schützenhaus" Klein-Wittenberg Entscheidungskämpfe um die Bezirksmeisterschaft im Ringen, Boxen und Gewichtheben. Es starten Zahna, Wittenberg, Greppin, Brehna und Holzweißig. Hervorragende Kämpfe werden zu erwarten sein, deshalb bitten wir die Einwohnerschaft von Piesteritz-Kleinwittenberg und Wittenberg um rege Unterstützung.

Den Großkampftag der Jugend

konnte Adler Holzweißig gegen Naumburg 99 mit 13 : 11 gewinnen.

Zörbig und Amsdorf für die Einheit

v. Harnack erhält die Quittung

Kommenden Sonntag Beginn der Serienspiele im 6. Bezirk — 101 Fußball- und 34 Handballmannschaften kämpfen um die Meisterschaft

Am 13. März erließ der sozialdemokratische Regierungspräsident eine Meldung, daß die Vereine, die zu der Interessen-Gemeinschaft zählen, als staatsfeindlich anzusehen sind und keine „staatsseitlichen" Unterstützungen mehr erhalten. Die Bundesbürokratie des ATuSB., die das ständige Wachsen der Opposition täglich sieht, will mit diesem Druck dezimieren. Doch weit gefehlt. Nun erst recht kommen die Vereine geschlossen zu uns, diese arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Sozialfaschisten werden noch manchem gefühlsmäßig eingestellten Sportler die Augen öffnen.

Sportklub Zörbig und Amsdorf

kehren diesen „Demokraten" den Rücken und reihen sich zu den Serienspielen der Opposition mit ein. So finden in Zörbig kommenden Sonntag drei und in Amsdorf ein Spiel statt. Der Arbeiterschaft empfehlen wir: **Besucht die Spiele und zeigt Eure Verbundenheit mit den proletarischen Arbeitersportlern.**

Ein übergroßes Ausmaß an Spielen zeigen die Serienspiele 1930. 44 Seiten stark ist die Terminliste, um alle Notwendigkeiten zu erfassen. Zirka 700 Fuß- und 120 Handballspiele sind notwendig, um alle Mannschaften zu erfassen. Doch stehen noch viele Mannschaften aus. Die Stärke der Opposition spiegelt sich hier allen Spaltern zum Trotz.

Sportgenossen! Heran an die sportliche Arbeit! Tragt die Spiele zur Stählung des Körpers aus und zeigt dabei technischen, fairen Sport, dann wird die Opposition noch weitere Erfolge zu verzeichnen haben. Folgende Spiele finden statt:

Fußball-Serienspiele am 23. März

		1. Klasse, 1. Gruppe	
1	16 Uhr	Minerva 1. — Cröllwitz 1.	Stoye, Trotha
2	16 Uhr	Wörmlitz 1. — ASC. 1.	Förster, Lettin
3	16 Uhr	Zörbig 1. — Bruckdorf 1.	Hübler, Trotha
4	16 Uhr	Fortuna 1. — Eisleben 1.	Pätz, Viktoria
		1. Klasse, 2. Gruppe	
29	16 Uhr	Diemitz 1. — Viktoria 1.	P. Frühauf, ASC.
30	16 Uhr	Teutonia 1. — Union Weißenfels 1.	Woita, Wörmlitz
31	16 Uhr	Lettin 1. — Askania 1.	Hillebrecht, Minerva
32	16 Uhr	Giebichenstein 1. — Gröbers 1.	Pezold, Cröllwitz
		1. Klasse, 3. Gruppe	
57	16 Uhr	Trotha 1. — Fichte 1.	Hunold, Cröllwitz
58	16 Uhr	Sportluft 1. — Löbejün 1.	Dittmar, Fortuna
59	16 Uhr	Mötzlich 1. — Teicha 1.	Emmerich, Wörmlitz
60	16 Uhr	93 Weißenfels 1. — Reideburg 1.	König, Sportbrüder
		2. Klasse, 1. Gruppe	
85	½15 Uhr	Minerva 2. — Cröllwitz 2.	Wörmlitz
86	½15 Uhr	Wörmlitz 2. — Könnern 1.	Sportluft
87	16 Uhr	Brachwitz 1. — Bruckdorf 2.	Mötzlich
652	½15 Uhr	Zörbig 2. — Fortuna 2.	Brachstedt
		2. Klasse, 2. Gruppe	
106	½15 Uhr	Teutonia 2. — Brachstedt 1.	Bruckdorf
107	½15 Uhr	Diemitz 2. — Ostrau 1.	Sportbrüder
108	½15 Uhr	Lettin 2. — Askania 2.	Teutonia
		2. Klasse, 3. Gruppe	
127	½15 Uhr	Trotha 2. — Fichte 2.	Askania
128	½15 Uhr	Sportluft 2. — Löbejün 2.	Teicha
129	16 Uhr	Morl 1. — Reideburg 2.	Könnern
		2. Klasse, 4. Gruppe	
148	16 Uhr	Cöllme 1. — Trotha 2b	Brachwitz
149	16 Uhr	Wetzmar 1. — ASC. 2.	Gröbers
150	½15 Uhr	Mötzlich 2. — Viktoria 2.	Morl
645	16 Uhr	Amsdorf 1. — Teicha 2.	ASC.
		3. Klasse, 1. Gruppe	
169	16 Uhr	Eisdorf 1. — Könnern 2.	Diemitz
170	½15 Uhr	Brachwitz 2. — ASC. 3.	Trotha
171	½15 Uhr	Sportbrüder 2. — Ostrau 3.	Cöllme
172	½15 Uhr	Morl 2. — Eisleben 2.	Löbejün
		3. Klasse, 2. Gruppe	
197	13 Uhr	Diemitz 3. — Viktoria 3.	Sportbrüder
198	16 Uhr	Gröbers 2. — Union Weißenfels 2.	Wetzmar
199	16 Uhr	Brachstedt 2. — Askania 3.	Bruckdorf
200	16 Uhr	Zscherben 1. — Ostrau 2.	Reideburg
		3. Klasse, 3. Gruppe	
225	16 Uhr	Könnern 3. — Teutonia 3.	Brachwitz
226	½11 Uhr	Reideburg 3. — Löbejün 3.	Union Weißenfels
227	½15 Uhr	Wetzmar 2. — Trotha 3.	Gröbers
659	13 Uhr	Zörbig 3. — 93 Weißenfels 3.	Fortuna
		1. Jugendgruppe	
246	½14 Uhr	Minerva 1. — Trotha 2.	Giebichenstein
247	½14 Uhr	Wörmlitz 1. — ASC. 2.	Viktoria
248	½14 Uhr	Brachwitz 1. — Bruckdorf 1.	Lettin
249	15 Uhr	Fortuna 1. — Morl 1.	Askania
		2. Jugendgruppe	
274	10 Uhr	Diemitz 1. — Viktoria 2.	Ostrau
275	½14 Uhr	Wetzmar 1. — Gröbers 1.	ASC.
276	½14 Uhr	Lettin 1. — Askania 1.	Dölau
631	½14 Uhr	Giebichenstein — Teicha	ASC.
		3. Jugendgruppe	
295	½14 Uhr	Trotha 1. — Fichte 1.	Minerva
296	16 Uhr	Löbejün 1. — ASC. 1.	Könnern
297	½10 Uhr	Reideburg 1. — Viktoria 1.	Union Weißenfels

Gesellschaftsspiele

351	½11 Uhr	Cröllwitz 3. — Zscherben 2.	Müller und Egert, Bruckdorf
352	½15 Uhr	Eisdorf Jugend — Askania 2. Jugend	Diemitz

Die angesetzten Prüflinge haben im kompl. Dreß mit Uhr und Pfeife pünktlich anzutreten. J. A.: O. Schönfeld.

Sportbrüder 1. bleibt spielfrei. — Neu eingeteilt zur Serie wurden Zörbig 1., 2., 3. und Amsdorf 1. Die hierfür notwendige Serienaufstellung erfolgt als Bekanntmachung im „Klassenkampf" und „Mitteldeutschen Arbeiter-Sport". Spielformulare pünktlich einsenden. Serienspiel 170 leitet Trotha, nicht Fichte.

Der Nachtrag der Serienliste erfolgt umgehend und wird rechtzeitig in der Presse bekanntgegeben. — Allen Vereinen zur Kenntnis, daß Fichte (Opposition) sämtliche Serien- und Freundschaftsspiele auf des Gegners Platz austrägt. Kassierung vorstehender Spiele geht zu beiden Teilen. — Serienspiel Nr. 3 leitet Hübler (Trotha); nicht Brose (Giebichenstein). J. A.: O. Schönfeld.

Handball-Serienspiele am Sonntag, 23. März

		1. Klasse, 1. Gruppe	
1	16 Uhr	Seeben 1. — Eisdorf 1.	Keiser, Wörmlitz
2	16 Uhr	Schwimmer 1. — Fichte 1.	Tschipang, Osmünde
3	16 Uhr	Osmünde 1. — Unterröblingen 1	E. Seupt, Nietleben
		1. Klasse, 2. Gruppe	
22	½16 Uhr	Cröllwitz 1. — Reinsdorf 1.	Müller, Seeben
23	13 Uhr	Gutenberg 1. — Wörmlitz 1.	Schmuhl, Seeben
24	16 Uhr	Sennewitz 1. — Achilles 1.	E. Schaaf, Wörmlitz
		2. Klasse, 1. Gruppe	
37	15 Uhr	Seeben 2. — Eisdorf 2.	Völkner, Sennewitz
38	15 Uhr	Schwimmer 2. — Trotha 1.	Knittel, Achilles
39	15 Uhr	Osmünde 2. — Unterröblingen 2.	E. Seupt, Nietleben
		2. Klasse, 2. Gruppe	
52	11 Uhr	Nietleben 2. — Reinsdorf 2.	Cröllwitz
53	12 Uhr	Gutenberg 2. — Wörmlitz 2.	R. Heyne, Eisdorf
54	11 Uhr	Eisleben 1. — Achilles 2.	Unterröblingen
		Jugend	
67	12 Uhr	Nietleben — Reinsdorf	Cröllwitz
68	14 Uhr	Schwimmer 1. Jgd. — Fichte	Lindenhahn, Schmidt, Gutenberg
69	14 Uhr	Osmünde — Seeben	Keil, Reinsdorf
70	15 Uhr	Sennewitz — Eisleben	Juwin, Gutenberg
		Sportlerinnen	
	½15 Uhr	Cröllwitz Sportl. — Fichte Sportl.	Müller, Seeben

Seeben Alte Sportler — Funktionäre des Spielausschusses um 10 Uhr in Seeben spielt in folgender Aufstellung:

Glaser (Seeben)
Müller (Seeben) Richter (Fichte)
E. Robitzsch (Seeben) E. Schaaf (Wörmlitz) Bahn (Seeben)
K. Lindenhahn (Gutenberg) Kaiser (Wörmlitz) Missalla (Nietleben) Ernst Stoppe (Sennewitz) K. Große (Sennewitz)

Die Funktionäre spielen im Städte-Dreß.
Schiri: W. Bohne, Sennewitz.

Mitteilungen. Die Schwarzstellung des Freien Wassersportvereins Halle ist aufgehoben. Die Adresse des Schiri-Obmanns lautet: Franz Richter, Halle, Benkendorfer Straße 19. Die Spiele Gutenberg — Wörmlitz finden in Seeben statt. Die Schiri haben schnellstens ihre Paßbilder bei dem Genossen Richter bis Montag, 24. März, abzugeben. Meldet alle Schiri und Mannschaften bei Nichtantreten. Achtet auf Unfälle. Kurt Glaser.

Berichterstatter 2. Kreis, 6. Bezirk (Opposition). Freitag 20 Uhr im „Volkspark" Berichterstattersitzung. Keiner fehle. A. Pezold, Obmann.

2. Kreis, 6. Bezirk (Opposition). Schiedsrichtervereinigung. Freitag, 21. März, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Schiedsrichter-Obleute-Sitzung. Jeder Verein hat seinen Obmann zu entsenden. Ferner hat die Prüfungs- und Protestkommission mit anwesend zu sein. Küster, Obmann.

2. Kreis, 6. Bezirk (ATuSB.). Am Sonntag, dem 23. März, vormittags 9 Uhr, findet in der Turnhalle in Ammendorf, Friedenstraße, unsere erste Bezirkslehrstunde statt. Ich bitte, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Nach dem Turnen Sitzung.

2. Kreis, 6. Bezirk (Spielleute). Sonntag, 23. März, vormittags 9 Uhr, in der „Terrasse" (Böllberger Weg) Bezirkssitzung der Obleute. Hennicke.

Ueberraschungen am zweiten Spielsonntag im 8. Bezirk

Der Favorit Greppin schaffte es nur auf Unentschieden

Brehna nimmt Wolfen die Punkte

Greppin 1. — Zscherndorf 1. 3 : 3 (3 : 1). Beide Mannschaften bestritten das Spiel in stärkster Aufstellung. Greppin spielt in der ersten Halbzeit leicht überlegen. Das Spiel wurde ruhig und fair ausgetragen. Durch Herausstellen zweier Genossen von Greppin verloren die übrigen Spieler den Mut und Zscherndorf konnte dadurch den Gleichstand erzielen. Greppin legte Protest ein.

Zscherndorf 2. — Greppin 2. 2 : 4 (2 : 2).
Zscherndorf Jugend — Greppin Jugend 0 : 9 (0 : 4).
Greppin Schüler — Zscherndorf Schüler 2 : 0 (1 : 0).

Sandersdorf 1. — Zahna 1. 8 : 0 (2 : 0). Sandersdorf fand sich in der ersten Halbzeit nicht recht zusammen. Zahna spielt unter ihrer sonstigen Form. Nach der Pause nahm Sandersdorf das Heft in die Hand und ließ den Gegner selten aus seiner Hälfte heraus. Eine noch höhere Niederlage ist dem Torhüter von Zahna zu verdanken. Beide Mannschaften kämpften aufopfernd.

Sandersdorf 2. — Zahna 2. 12 : 0 (5 : 0).

Piesteritz 1. — Niemegk 1. 1 : 0 (0 : 0). Mit dem Anstoß von Niemegk übernehmen selbige gleich das Kommando und schon in den ersten Minuten bekommt der Torhüter von Piesteritz reichlich Arbeit. Schuß auf Schuß saust auf des Gegners Tor, doch der Piesteritzer Schlußmann zeigt sich als Meister. Piesteritz versucht, sich mit aller Energie freizumachen, doch Niemegks Läuferreihe drängt den Gegner immer wieder zurück. In den ersten Minuten schon dachte man, dem ehemaligen Meister eine hohe Niederlage beizubringen. Doch immer ist Piesteritz' Torhüter im letzten Moment Retter des Tages. Selbst die unglaublichsten Sachen wurden gehalten. Das Spiel geht lebhaft auf und ab. Mußten beide Mannschaften ohne Erfolg in die Halbzeit gehen, so winkte Niemegk gleich bei Wiederanstoß die Führung, doch der Torhüter war zur Stelle. Das Spiel läßt jetzt an Tempo nach. 20 Minuten vor Schluß bekommt Piesteritz einen Elfmeter zugesprochen, welcher zum Führungstor eingesandt wird. Niemegk dadurch angespornt, verschärft wieder das Tempo. Endlich winkt ihnen der Ausgleich. Der Schiedsrichter gibt Elfmeter für Niemegk. Doch abermals wird auch dieser verschossen. Somit konnte Piesteritz als glücklicher Sieger den Platz verlassen.

Wolfen 1. — Brehna 1. 4 : 5 (2 : 2). Hatte man Wolfen mit ihrer jetzigen flotten jungen Mannschaft den Sieg im Voraus zugesagt, so ist dieses Resultat eines unserer größten Ueberraschung. Brehna hat ihren Sieg meistens ihrem Platz zuzusprechen, denn Wolfen ist nicht so leicht zu schlagen. Jedoch wird noch mancher gute Gegner das gleiche einsehen. Wolfen verlor das Spiel unverdient.

Wolfen 2. — Brehna 2. 2 : 2 (1 : 0).
Brehna 3. — Greppin 3. 2 : 0 (0 : 0).
Piesteritz 2. — Niemegk 2. 0 : 0.
Piesteritz Jugend — Niemegk Jugend 0 : 5 (0 : 4).

Holzweißig 1. — Jeßnitz 1. 1 : 0 (0 : 0). Beide Mannschaften treten in stärkster Aufstellung an. Holzweißig drückt seinen Gegner in die Enge und ist immer tonangebend. Jeßnitz bringt eine harte Note ins Spiel, was der Schiedsrichter nicht unterbindet. 20 Minuten vor Schluß bricht der Schiedsrichter das Spiel ab.

Holzweißig 2. — Jeßnitz 2. 3 : 1 (1 : 1). Holzweißig 3. — Jeßnitz 3. 1 : 3 (1 : 2). Holzweißig Jugend — Jeßnitz Jugend 1 : 6 (0 : 3).

Gräfenhainichen 1. — Wittenberg 1. 2 : 0 (1 : 0). Die Gesamtleistung der Gräfenhainicher war gegenüber den Wittenbergern etwas voraus. Der große Platz brachte Wittenberg etwas aus der gewöhnlichen Form.

Sparta 2. — Wittenberg 2. 4 : 0 (2 : 0).

Bitterfeld 1. — Dessau 1. Das Spiel fiel infolge Platzunfähigkeit aus, nur die 2. Mannschaften trugen ein Freundschaftsspiel aus, wo Bitterfeld mit 9 Mann wirkte und 8 : 3 (3 : 2) verlor. Bitterfeld Jgd. — Sandersdorf Jgd. 2 : 1 (1 : 0). Wolfen Jugend — Mühlbeck Jugend 2 : 2 (2 : 1).

Vereinsmitteilungen

VfB. Trotha. Sonnabend, den 22. März, 20½ Uhr, Monatsversammlung. Alles hat zu erscheinen. 1368

93 Weißenfels (Fußballabteilung). Freitag, den 21. März, 20 Uhr, wichtige Spielersitzung auf dem „Meilenstein". Aufstellung der Mannschaften zur Serie. Jeder Genosse ist unbedingt verpflichtet, zu erscheinen. J. A.: Fritz Juch. 340

ASC. Fußball. Mittwoch, 19. März, Jugendvollversammlung. Sämtliche Jugendleiter mit erscheinen. Mittwoch, 19. März, Vorstandssitzung. Mittwoch, 19. März, Mannschaftssitzung für 1. und 2. Mannschaft. 1351

Sportklub 09 Halle, Meister im Ringkampf

Achilles-Halle mit 16 : 11 geschlagen — Die Leipziger Städtemannschaft (Boxen) schlägt Halle 8 : 4

Sonntag fand im „Volkspark" der Entscheidungskampf um die Bezirksmeisterschaft im Ringkampf zwischen Sportklub 09 und Achilles, Halle, statt. Sportklub 09 stellte eine gut trainierte Mannschaft, während Achilles mit Ersatz anzutreten gezwungen war. 09 ist der Sieg zu gönnen, wir wünschen auch weiterhin in den kommenden schweren Kämpfen die gleich guten Leistungen wie gestern zu sehen. 09 war in den schweren Klassen sehr gut in Front. So leicht wie die Siege aussehen mögen, Achilles leistete heftigen Widerstand.

Die Boxkämpfe zeigten hervorragende Leistungen im Bantam- und Halbschwergewicht. Einen gleich guten Kampf im Leichtgewicht mußte Halle wegen Verletzung nach der ersten Runde aufaufgeben.

Kreismeisterschaftsringkampf der A-Klassen

Weißenfels 93 I — Braunsdorf 19 : 9 (9 : 5)

Im ersten Solidaritäts- und zugleich Kreismeisterschaftskampf wartete 93 I mit einem imposanten Sieg gegen einen sehr guten Gegner auf. Die Kämpfe wurden fair und auf einer technisch hohen Stufe ausgetragen. Das Publikum spendete deshalb starken Beifall. Wie folgt, verlief das Ringen: Im Fliegengewicht kann Büchel (93) Wendt (Br.) in 8,10 Min. und 6,50 Min. beide Male besiegen. Kropf (93) als Ersatzmann hatte gegen Sachse (Br.), der sich als guter Techniker entpuppte, nicht viel zu bestellen und mußte sich der 93er in 15 Sek. bzw. 2,20 Min. geschlagen bekennen im Bantamgewicht. Das Leichtgewicht sieht Gebhardt (Br.) und Feyerabend, E. (93) im ersten Gang unentschieden, den zweiten Kampf entschied Feyerabend in 3,56 Min. Im Federgewicht konnte der alte Techniker Feyerabend, M. (93) Burkhardt (Br.) in 2,07 Min. bzw. 3,15 Min. auf beide Schultern legen. Die technisch besten Kämpfe lieferten sich Müller (93) und Mertens (Br.). Beide hervorragend in der Brückenarbeit. Müller unterliegt beide Male in 5,55 Min.) Das Halbschwergewicht sieht beide Male Butterling (93) in 5,27 bzw. 1,60 Min. über Heickel (Br.) als Sieger. Im Schwergewicht erhält Friedrich (93) die Punkte kampflos. Beiden Mannschaften Dank für die schönen Kämpfe. Weiter so!

Fichte Halle 1930 (Fußball). Freitag, den 21. März, außerordentliche Mitgliederversammlung im „Mansfelder Hof". Anfang 20 Uhr.

Sportler heraus zur März-Gedenkfeier

morgen Donnertag den 20. März, nachm. 5 Uhr, Gertraudenfriedhof

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300319-13/fragment/page=0008

Aus den Betrieben

Wo bleibt der Betriebsrat

der Firma Spaatz Ww., Nagelfabrik Diemitz?

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

Wie rücksichtslos die Frauen der Unternehmerwillkür ausgesetzt sind, zeigt folgendes: Vor kurzem wurden bei dieser sauberen Firma zwei Arbeiterinnen fristlos entlassen. Der Grund? Nun, sie hatten das Glück, hochschwanger zu sein. Solange sie noch arbeitsfähig waren, durften sie sich ausbeuten lassen. Nun, wo ihr Zustand es nicht mehr erlaubt, fliegen sie unbarmherzig aufs Pflaster. Wenn Ihr durch seid, könnt Ihr wieder anfangen, wurde den zwei Frauen gesagt. Dadurch kommen die Frauen noch um ihren Urlaub.

Der Gipfel der Frechheit ist unstreitbar die Aeußerung des Meisters über das „Schlachtefest". Damit meinte dieser äußerst gebildete Mann, wenn die Frauen schwanger wären, müßten sie es sofort melden. Dieser Meister scheint zu glauben, jede Frau hätte ihm zu melden, wenn sie mit ihrem Manne geschlechtlich verkehrt hat. Höher gehts wohl nimmer.

Ist die Arbeit knapp, dann findet der Meister immer etwas auszusetzen an der Arbeit der Frauen, da macht er den Arbeiterinnen, die er ins Herz geschlossen hat, das Leben schwer. Ist Hochkonjunktur, dann heißt es, immer raus mit den Paketen, ob die Nägel verrostet sind, was tuts, die Hauptsache, der Profit steigt.

Jedes Jahr fahren die Herrschaften nach Leipzig zur Messe. Die Belegschaft darf dann so lange aussetzen! Ob der Prolete was zu essen hat, was kümmerts den Herrn Unternehmer. Und so lange die Frauen sich nicht restlos organisieren, so lange sind sie den Unternehmern schutzlos ausgeliefert.

Zur Betriebsratswahl auf Grube „Schaede"

Wie bekannt, hat zur Betriebsratswahl genannter Grube auch die Werksgemeinschaft eine Liste eingereicht. Es soll hier nicht noch einmal eingegangen werden auf die Kandidaten dieser Liste, vielmehr soll einmal die Frage der Werksgemeinschaft überhaupt behandelt werden.

Wir verkennen nicht, daß die Werksgemeinschaft hier und da zahlenmäßige Erfolge zu verzeichnen hat. Doch, sehen wir uns die Ursachen dazu an. Die schwere Wirtschaftskrise, unter der die Arbeiterschaft schon seit langem zu leiden hat, treibt einzelne Arbeiter zu der Illusion, man könnte durch Beitritt zur Werksgemeinschaft seine Arbeitsstelle halten und sich so vor der Arbeitslosigkeit schützen. So antwortete ein Arbeiter auf die Frage eines unserer Genossen, warum er den Gelben angehört:

„Nun, man will doch auch nicht rausfliegen, man will doch auch nicht arbeitslos werden."

Als weiteres Beispiel von dieser Sorte Mitglieder wollen wir nur noch den Elektriker Angestellten König nennen.

Ihm, der bereits 20 Jahre bei dieser Gesellschaft (Brehlitzer Braunkohlen A.-G.) arbeitet, ist das Angestelltenverhältnis gekündigt worden.

Ueberall, wo sich Speichellecker zusammengefunden hatten, war auch König zu finden. So im Knappenverein, im Vaterländischen Arbeiterverein und in der Werksgemeinschaft. Kein Wunder, daß deshalb der König ohne Land über die Kündigung sehr erstaunt war und, wie es scheint, immer noch nicht so recht an die Echtheit glauben kann, denn er hat ja die Angestelltenliste der Werksgemeinschaft mit unterzeichnet. Daraus ersieht man ja, daß er sich immer noch untergeben zeigen will, um möglichst doch noch seine Stellung halten zu können.

Aber ach, die Unternehmer brauchen ja nur eine zu allem fähige Schutzgarde; das beweisen die Entlassungen auf Phönix. Bei der Rationalisierung kalkuliert man so auch so gut aus, wer den besten Gewinn bringen kann. Einige Agitatoren mit Drückerposten kann sich der Unternehmer schon leisten. Sie sind es, welche auf Grund ihrer Beschäftigung Zeit zur „Aufklärung" haben und damit den besten Spitzeldienst leisten können.

Unsere Aufgabe ist es, diesen Leuten das Handwerk zu legen, indem nichts unterlassen bleibt, die Arbeiter in die rote Front zurückzuführen. Keine Stimme den Gelben!

Renegaten haben keinen Zutritt

Große Empörung herrschte unter der Belegschaft Held & Franke, als der Renegat Schneider am Sonnabend zum Frühstück die Baubude betreten wollte. Die Belegschaft verlangte spontan, daß Schneider sich sofort von der Baustelle zu entfernen habe. Er bettelte um gut Wetter und erklärte: „Was, Ihr wollt Euren Delegierten nicht auf die Baustelle zulassen?" Daraufhin prasselten die Anklagen gegen Schneider aus allen Ecken.

Gestern Kommissar, heute Delegierter, das könnte den Sozialfaschisten so passen, wenn die Kollegen sich auf den Arm nehmen ließen. Auf einmal Delegierter! Warum denn nicht am Krankenhaus bei Hofmeister? Da war es Schneider, der erklärte, wenn die andern keinen Delegierten haben wollen, warum soll ich dann das Karnickel machen?

Nun, die Kollegen haben ihm Bescheid gegeben. Ein Kollege meinte: „Delegierter willst Du sein? Töpfern sein Lakai bist Du!" Wie ein geprügelter Hund mußte er mit seiner Aktentasche von dannen ziehen. Ob auf der Baustelle, ob in von Euch zusammengeschobenen Mitgliederversammlungen, überall werdet Ihr Judasse Euren Lohn erhalten.

Schlotternde Angst vor der Opposition

Die Belegschaftsversammlung bei Magdeburg & Werther aufgeflogen

Die Sozialfaschisten hatten eine freigewerkschaftliche Belegschaftsversammlung der Firma Magdeburg & Werther einberufen, in der zirka 35 Mann erschienen waren. Der Sozialfaschist und jetzige Betriebsrat Heimberger eröffnete die Versammlung mit der Feststellung, daß Kollegen oder Erwerbslose im Saal anwesend wären, die da nichts zu suchen hätten. Er meinte, er wolle die Versammlung nicht zum „Tummelplatz oppositioneller Krakehler" machen. Die Erwerbslosen setzten aber den Kollegen auseinander, warum Betriebsarbeiter und Erwerbslose zusammengehören. Sie stellten weiterhin fest, daß es nur schlotternde Angst vor der Opposition ist, die die Sozialfaschisten veranlaßt, den Erwerbslosen die Tür zu weisen. Das war dem Kommunistenfresser Heimberger zuviel. Er ließ darüber abstimmen, ob die Erwerbslosen weiterhin im Saale verbleiben sollten. Als da keine Klärung geschaffen wurde, ließ er noch einmal abstimmen, und als er merkte, daß er so ziemlich unter den Schlitten kam, schloß er die Versammlung. Diese soll nunmehr im Betriebe selbst vor sich gehen. Da im Durchschnitt nur ältere Kollegen im Saale anwesend waren, verließen die meisten den Saal. Die wenigen, die noch blieben, beschäftigten sich dennoch mit der Aufstellung einer oppositionellen Liste. **Auch bei Magdeburg & Werther werden die Fronten klar aufgerissen. Den Sozialfaschisten werden alle Machenschaften nichts nützen.**

Offensive gegen rote Betriebsräte

Schokoladenfabrik Most muß seinen gemaßregelten Betriebsrat wieder einstellen

A.-K. Obwohl wir als Kommunisten kein Vertrauen zu den bürgerlichen Gerichten haben und wissen, daß erst Recht gesprochen wird, wenn die Arbeiterklasse die Macht erobert hat, kommt es doch einmal vor, daß auch ein Urteil vom Arbeitsgericht gefällt wird, das den Herren Unternehmern nicht angenehm ist.

Anfang Februar merkte auf einmal die Betriebsleitung der Most-Schokoladenfabrik, daß die Neuwahl des Betriebsrates vor der Tür steht und sie Maßnahmen ergreifen muß, um ihren Betrieb „kommunistenrein" zu machen. Glaubte man doch schon vor zwei Jahren den Schlosser Päßold, der ebenfalls Betriebsrats war, entlassen zu können, so fühlen sich die Herren Blume, Wittenbecher und Konsorten diesmal besonders überschlau, um mit demselben, gar zu dummen Manöver heute abermals Maßregelungen vornehmen zu können, die selbst dem Arbeitsgericht nicht ganz sauber vorkamen. Der Kollege Belitz, der im Betriebsrat immer die Interessen der Belegschaft gegenüber der Betriebsleitung wahrgenommen hat und als Kommunist bekannt war, mußte diesmal fliegen.

Die Firma Most beschäftigte ständig drei und mehr Elektromonteure in ihrem Betrieb, die zu den jeweils gültigen Tariflöhnen entlohnt wurden. Jetzt erfindet der ehemalige radikale „Rote Matrose", zurzeit Maschinenmeister bei der Firma Most, daß, wenn die Elektroarbeiten von einer Elektrofirma ausgeführt werden, große Summen eingespart werden können. (Herr Blume, wieviel haben Sie dabei verdient?) Ein kleines Rechenkunststück: Ein Elektromonteur, beschäftigt bei Most, erhält einen Stundenlohn von 1,04 Mark, sind pro Tag 8,32 Mark.

Jetzt führt die Firma Jähnig diese Arbeiten aus und wir gehen nicht fehl, wenn wir sagen, dafür muß Most zahlen:

einen Stundenlohn für einen Monteur	2,50 Mark
einen Stundenlohn für einen Lehrling	1,00 Mark
Summa:	3,50 Mark
pro Tag, bei 8 Stunden (8×3,50)	28,00 Mark

Wir überlassen es der Oeffentlichkeit, den Unterschied von 8,32 Mark zu 28 Mark sich auszurechnen und dann zu sagen, Most spart dabei Geld.

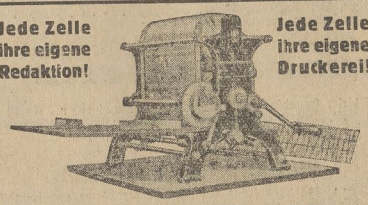
Nein, Kollegen, auf ein paar Mark Geld kommt es nicht an, erst recht nicht, wenn man einen Kommunisten loswerden kann. Unter welchen Bedingungen hat überhaupt die Firma Jähnig (bekannt als sozialdemokratischer Unternehmer) die auszuführenden Arbeiten erhalten? Obwohl erst kurz vor dem 22. Februar 1930 auch bei dieser Firma umfangreiche Entlassungen vorgenommen wurden, stellte man bereits in den nächsten Tagen einen werktreuen Elektriker, den man zur Verschleierung der Maßregelung des Kollegen Belitz von der Firma Most mit entlassen hatte, bei der Firma Jähnig ein und schickte ihn auf Montage zur Firma Most. Wir fragen die Firma Jähnig: Unter welchen Bedingungen ist der Elektriker eingestellt worden? Der Montageleiter erklärte, daß der Monteur ein guter Freund von ihm sei und umsonst arbeite. Wir sagen aber auch den Arbeitern bei Jähnig, wollt Ihr Euch gefallen lassen, daß man Euren Betriebsratsobmann aussetzen läßt, daß man verbeiratete Kollegen aufs Straßenpflaster wirft und Schmarotzer und Fahnenflüchtige einstellt?

Wollt Ihr dies alles kampflos hinnehmen? Nein! Auch hier ist notwendig, daß die Kollegen ihrem sozialdemokratischen Arbeitgeber einmal zeigen, daß er es mit einer kampfbereiten Arbeiterschaft zu tun hat.

Zur Sache selbst sei noch erwähnt, daß Kollege Belitz laut Beschluß des Arbeitsgerichts bei der Firma Most wieder eingestellt werden muß und am Dienstag, dem 18. März, seine Arbeit wieder aufgenommen hat. Seinen Arbeitskollegen rufen wir zu: **Laßt Euch nicht durch Mamelucken einleisen, sondern steht in allen Kämpfen, die Ihr zu führen habt, Euren Mann, dann werdet auch Ihr mit dazu beitragen, dem verfaulenden Kapitalismus den Todesstoß zu versetzen!**

Rot Front trotzalledem!

Jede Zelle ihre eigene Redaktion!



Jede Zelle ihre eigene Druckerei!

Diese kleinen Maschinen fürchten sie wie die Pest!

Zehn'ausende müssen wir haben

Nun erst recht! Jeder Arbeiter gibt und hilft sammeln für den Kampffonds der Partei.

Genosse Liebmann, Wittenberg, auch aus dem Baugewerksbund ausgeschlossen

Weil Genosse Liebmann auf der roten Betriebsratsliste kandidierte, wurde er aus dem Sprengstoffwerk Reinsdorf mit Hilfe von Bode (Brandlerist) entlassen. Dies geschah vor einigen Tagen. Heute wurde er auch noch aus der Gewerkschaft ohne Verfahren ausgeschlossen. Gen. Liebmann war Revisor und hat allem Anschein nach zu tief in die Karten der Sozialfaschisten geguckt. Schon in der letzten Mitgliederversammlung hat er einige herrliche Sachen aufgedeckt.

Am 30. März findet nun der Vertretertag in Wittenberg statt, die Gewerkschaftsbürokratie hat Liebmann schon vor Stattfinden des Vertretertages entfernen wollen.

Kollegen vom Baugewerksbund, fehrt Ihr, wo der Weg der Sozialfaschisten hinführt? Alle revolutionären Elemente aus der Gewerkschaft zu entfernen, damit sie freien Weg für ihren Verrat haben. Duldet nicht, daß man unsere Besten entfernt, erhebt flammenden Protest gegen diese Maßnahme, erscheint restlos zur nächsten Versammlung. Die Schandtaten der Sozialfaschisten werden trotz alledem zum Vertretertag ausgerollt.

Erscheint auch zum Vertretertag, wenn Ihr auch kein Stimmrecht habt, und hört auch an, was die Sozialfaschisten für Euch übrig haben: Nichts als leere Worte werden es sein. Aufgerafft, Bauarbeiter von Wittenberg, kämpft um höhere Löhne und verkürzte Arbeitszeit, damit auch die erwerbslosen Kollegen wieder eingereiht werden. Durch Kampf zum Sieg!

Gewerkschaftsversammlung solidarisiert sich mit den kämpfenden Erwerbslosen

A.-K. Die letzte Naumburger Schuhmacherversammlung beschäftigte sich mit der Erwerbslosendemonstration, die am 6. März stattfand, und bei der die Erwerbslosen mit den schofligsten Mitteln von der Polizei bekämpft wurden. Es wurde eine Entschließung eingebracht, die folgenden Wortlaut hatte:

„Die am 10. März im „Hotel zur Post" tagende Verbandsversammlung der Schuhmacher nimmt Stellung zu der am 6. März im „Goldenen Hahn" stattgefundenen Erwerbslosenversammlung. Die Verbandsversammlung erklärt sich mit den Erwerbslosen und ihren Forderungen solidarisch. Sie protestiert aufs schärfste gegen das Verhalten der Polizei auf dem Markt und fordert die sofortige Gewährung der im Stadtparlament beantragten Sonderunterstützung."

Die Entschließung wurde einstimmig gegen vier Stimmen angenommen. Im Wortlaut wurde die Resolution der kommunistischen wie der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion zugestellt. Der reformistische Vorsitzende der Versammlung legte darauf sein Amt nieder. Durch Neuwahl erhielt ein oppositioneller Kollege die Funktion. Durch den Beschluß haben die organisierten Schuhmacher einmütig bekundet, daß sie mit den Erwerbslosen gegen das steigende Massenelend kämpfen wollen.

Die Steinarbeiter-Zahlstelle Aisleben steht ebenfalls zur Opposition

A.-K. Die Steinarbeiter der Zahlstelle Aisleben nahmen in ihrer Mitgliederversammlung in Besedau Stellung zur Lohnfrage und zu den Aushängen der Unternehmer in den Betrieben. Verschiedene Firmen sind wegen des unerhörten Abzuges vor dem Arbeitsgericht verklagt worden. Einer scharfen Kritik wurde die Einführung der Invalidenunterstützung durch die Winkler und Genossen unterzogen. Es wurde weiterhin ermahnt, überall revolutionäre Betriebsräte zu wählen. Gebrandmarkt wurde die unerhörte Schreibweise des „Steinarbeiter" unter Führung des Sozialfaschisten Siebold. Zum Schluß kam eine Resolution, eingebracht von den Kollegen der Opposition, zur Abstimmung. Die Zahlstelle verurteilte auf das entschiedenste das Vorgehen des Zentralvorstandes gegen die Kollegen der Opposition. Es wurde verlangt, daß alle Ausgeschlossenen sofort wieder im Verband aufgenommen werden. Den Leuten um Winkler wurde das Vertrauen abgesprochen. Die Kollegen erkannten die Forderungen der Gewerkschaftsopposition an und stellten sich hinter die Beschlüsse des Reichs- und Bezirkskongresses der Gewerkschaftsopposition. Die Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen. Die Versammlung war eine vernichtende Niederlage der Sozialfaschisten im Steinarbeiterverband.

Wie man in der Teebude Caesar & Loretz mit den Proleten umspringt

A.-K. Bei der Firma Caesar & Loretz, Halle, wird seit einigen Wochen verkürzt gearbeitet. Gegen die Kurzarbeit hatte der freigewerkschaftliche Betriebsrat der Firma nichts einzuwenden, weil die Firma andernfalls die gesamte Belegschaft entlassen wollte. Außer dieser Kurzarbeit sind auch viele Entlassungen von Arbeitern und Arbeiterinnen vorgenommen worden. Recht sonderbar geht es da mit den Entlassungen bei dieser Firma zu. Nach bereits erfolgten Kündigungen wird der Betriebsrat durch Ueberreichung eines Zettels in Kenntnis gesetzt, daß die und die betreffenden Arbeiter an dem und dem Tage zur Entlassung kommen. Vorher wird der Betriebsrat aber nicht befragt. Tatsache ist, daß der freigewerkschaftliche Betriebsrat gegen die Entlassungen nie etwas einzuwenden gehabt hat. (!) Er getraut sich dazu nichts zu sagen, weil er selbst befürchtet, entlassen zu werden. Er hat nur sein eigenes Ich im Auge und vertritt nicht die Interessen der Gesamtbelegschaft. Vor einigen Jahren wollte man diesen Betriebsrat gern entlassen. Da war er anders auf dem Posten. Dazu reichten aber die Gründe nicht aus, und man ging dazu über, ihm die schlechtesten Arbeiten, die bei dieser Firma vorkommen, zu übertragen. Seitdem er aber wieder einen ständigen Posten hat, getraut er sich als Betriebsrat nichts mehr zu sagen, außer Ja und Amen. **Trotz der Entlassungen und Kurzarbeit wurden Aushilfsarbeitskräfte eingestellt.** Diese waren aber in keiner Krankenkasse. Auch soll ihnen keine Steuer in Abzug gebracht worden sein. Wie ist es möglich, daß eine Firma Entlassungen vornimmt und verkürzt arbeiten läßt, auf der anderen Seite aber Aushilfskräfte einstellt? Vor einigen Wochen wurde eine weibliche Arbeitskraft entlassen, die bereits 20 Jahre lang bei dieser Firma ihre Kraft zum Ausbeuten hingegeben hatte. An ihre Stelle traten zwei Arbeiterinnen. Hier kann man also mit der Begründung „Arbeitsmangel" auf keinen Fall kommen. Die Leute, die am besten schmusen können, halten dort ihre Stellung. Was gedenkt der Fabrikarbeiterverband gegen diese Entlassungsmaßnahmen zu tun? — Nichts! Die Kollegen müssen sich selbst wehren, müssen **einen roten Betriebsrat wählen und gegen die Entlassungen, wie überhaupt gegen die Unternehmerwillkür mit allen Mitteln ankämpfen!**

Achtung, Wittenberger Metallarbeiter!

Die Sozialfaschisten und Renegaten wollen am kommenden Sonntag, dem 23. März, in der Generalversammlung einen Sieg über die revolutionäre Opposition erringen, sie glauben mit Hetze und Ausschlußterror genügend vorgearbeitet zu haben! Erteilt ihnen eine Abfuhr,

Mobilisiert alles zur Generalversammlung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300319-13/fragment/page=0009

KPD-Gemeindevorsteher in Pratau nicht bestätigt

Beratung des Schul-Etats — Behebung der Schulraumnot

Die letzte Gemeindevertretersitzung befaßte sich im 1. Punkt mit der Genehmigung des Schulhaushaltplans und der planmäßigen Einrichtung einer 5. Lehrerstelle. Nachdem durch Ein- bzw. Umgemeindung der Gutsbezirke Boos und Wachsdorf die Gemeinde jetzt einen Eigenschulverband bildet, ist sie auf Grund gesetzlicher Bestimmungen verpflichtet, den Haushaltplan der Schule zu genehmigen. Der Etat balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 25 815,12 Mark. Durch die fortschreitende Entwicklung der Gemeinde ist in den nächsten Jahren eine ständige Steigerung der Kinderzahl zu erwarten. Vor einem Jahre trug die Regierung dieser Entwicklung durch die Anstellung eines Hilfslehrers Rechnung. Der Hilfslehrer geht in Kürze ab. Der Schulrat hat die Errichtung einer 5. planmäßigen Lehrerstelle vorgeschlagen.

Gleichzeitig macht sich aber auch die Errichtung von Klassenräumen dringend notwendig, da der jetzige Zustand, daß 5 Lehrer in 4 Räumen 6 Schulklassen unterrichten, schultechnisch gesehen, auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand ist. Der Schulvorstand schlägt ebenfalls die Errichtung einer planmäßigen 5. Lehrerstelle vor und hat sich gleichfalls mit der Schaffung von Klassenräumen beschäftigt. Er schlägt vor, die im neuen Schulhaus befindliche Wohnung des Lehrers Meyer zu Klassenräumen umzubauen, wodurch 2 Klassenräume geschaffen würden. Gleichzeitig ist der

Bau von 4 Lehrerwohnungen

geplant und eventuell der Bau einer Turnhalle. Die Durchführung dieses Projektes hängt im Wesentlichen von der Beschaffung des notwendigen Kapitals ab. Der Schulvorstand hat deshalb die Regierung gebeten, einen Bauschverständigen nach Pratau zu entsenden, um mit diesem gemeinsam alle diese Fragen zu klären.

Nach reichlicher Aussprache stimmte die Sitzung den Vorschlägen des Schulvorstandes sowohl in bezug auf den Haushaltplan, als auch der Anstellung eines 5. Lehrers und dem Bauprogramm einstimmig zu.

Der Spitzenkandidat des Einheitsbreies, Thiele, macht zum Schuletat Ausführungen, wobei er feststellt, daß die Schuläcker und -wiesen zu „billig" verpachtet werden. Er verlangt also, daß der Schulvorstand die Pachten seiner Kollegen in die Höhe treibt. Er bekommt von dem Genossen Wessel dafür die gebührende Abreibung.

Unter Punkt 2 wird erneut über die Erweiterung des Ortsnetzes für den Appeltschen Bebauungsplan beraten. Nach Verhandlung mit der Ueberlandzentrale ist der Plan jetzt geändert und betragen die Kosten hierfür 2880 Mk. Es ist auch jetzt noch nicht klar, ob die Anlage für den ganzen Plan oder nur für einen Teil desselben gedacht ist, weshalb erst eine Skizze bei der Ueberlandzentrale angefordert werden soll. In der vorhergehenden Sitzung wurde von unserer Fraktion die Anlegung einer Straßenlampe in der Schulstraße in Höhe des Konsums beantragt. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 49 Mk. Der Betrag wird bewilligt, doch soll auch hier Rückfrage gehalten werden.

Zu Punkt 3, Rattenvertilgung betr., wird festgestellt, daß das Bakteriologische Institut weder Wasserläufe noch Schuttabladeplätze belegt hat. Es soll aufgefordert werden, dies nachzuholen. Zu der Verteilung der Kosten hatte unsere Fraktion in der letzten Sitzung die Umlegung auf Grund der Gebäudesteuer beantragt. Bei Durchsicht der Steuerrolle stellte es sich aber heraus, daß diese Verteilung eine sehr ungerechte ist. Der gefaßte Beschluß wurde deshalb auf unseren Antrag aufgehoben. Die nächste Sitzung wird sich nochmals damit beschäftigen. Für die Anlegung eines Feuerlöschbrunnens ist unter Punkt 4 ein Kostenanschlag eingegangen. Die Kosten belaufen sich auf 900 Mk. Diese Anlage wird, weil unzweckmäßig, abgelehnt.

Unter Punkt 5 teilt der Gemeindevorsteher mit, daß die

Bestätigung des Genossen Wessel zum Gemeindevorsteher versagt

ist. Genosse Boos sagt dieser Scheindemokratie den schärfsten Kampf an. Unter Punkt Verschiedenes teilt der Vorsteher mit, daß die Kanalisationsarbeiten durch die Erwerbslosen durchgeführt und fertiggestellt sind. Es wird weiter beschlossen, die Bäume bei Seifert, Bahnhofstraße, Bernd, Gutstraße, und im „Paradies" zur Selbstrodung zu versteigern.

Dr. Hodann spricht in Holzweißig

Morgen, Donnerstag, abend 8 Uhr spricht im Sonntagschen Saale der bekannte Berliner Stadtarzt Dr. Hodann über:

„Sexuellen Jugendschutz".

Alle Arbeitereltern müssen diesen Vortrag besuchen.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Gegen die Verschacherung des EWWZ.

SPD.-Vertreter in Zaucha für Massenausplünderung

Die Gemeindevertretersitzung von Zaucha (Kreis Weißenfels), die am 15. März stattfand, befaßte sich mit einer Reihe sehr notwendiger Angelegenheiten, deren Beratung von der zahlreich erschienenen Zuhörerschaft mit großem Interesse verfolgt wurde. Sechs Punkte standen auf der Tagesordnung. Unter anderem die Anstellung eines Gemeindedieners (Nachtwächters). Der Anstellungsvertrag lautet auf ein Jahr bei vierteljährlicher Kündigungszeit. Zur Besoldungsfrage nahm die SPD. eine arbeiterfeindliche Stellung ein, was ja auch verständlich ist. Sie arbeiten hier nach dem großen Vorbilde ihres Genossen Wissell, der als Arbeitsminister die bekannten Hungerschiedssprüche fällt.

Das Interesse der Zuhörer sowie aller Gemeindevertreter steigerte sich, als Genosse Kunath eingehend über die

Verschacherung des EWWZ.

sprach. Unser Genosse erklärte zum Schluß, daß es Pflicht aller Vertreter sei, gegen die Verschacherung des EWWZ. schärfsten Protest zu erheben und einen Verkauf desselben zu verhindern. Es liegt nur im Interesse der Einwohnerschaft, daß der EWWZ., an den besonders die kleinen Stromabnehmer künftig den höchsten Strompreis bezahlen müssen und überhaupt den ganzen EWWZ. finanzieren, im Besitz der beiden Kreise bleibt. Die von unserem Genossen Kunath beantragte Abstimmung versuchte der neue sozialfaschistische Gemeindevorsteher Meißner durch allerlei Ausflüchte und „kommunalpolitische" Redewendungen zu verhindern. Dieser Herr scheint von seinen Ministergenossen schon etwas gelernt zu haben in der Frage der Entkommunalisierung im Interesse des Privatkapitals. Diese Haltung Meißners brachte selbst

Unruhe unter die anwesenden SPD.-Mitglieder

und die mit ihnen noch sympathisierenden Arbeiter und Kleinbauern. Denn auch diese sind gegen den Verkauf und die Mißwirtschaft verlumpter SPD-Bonzen à la Scharfenberg im EWWZ.

Als ebensolcher Sozialfaschist entpuppte sich der SPD.-Vertreter Geißler. Nach der Abstimmung entschlüpften ihm so allerhand Ausdrücke von wegen: Das Protestieren hilft ja doch nichts, findet nach dem Verkauf des EWWZ. eine Strompreiserhöhung statt, so wäre es doch nur (!) um eine Mark und diese würden doch ja nur die großen Abnehmer verspüren?! Damit bewies G. seine ganze Arbeiterfeindlichkeit. Bei allen Preiserhöhungen sind nur die Verbrauchermassen die Leidtragenden. Geißler handelte auch hier wie seine Genossen Hertz, Peters und Bergholz, die im Reichstag für Zoll- und Steuererhöhungen stimmten. Auch er ist für die Massenausplünderung. So sieht die völkerbefreiende SPD. in Wirklichkeit aus. Vor der Wahl werden alle möglichen Versprechungen gemacht, um nach der Wahl die Arbeiterinteressen zu verraten. Arbeiter! Seht diesen Leuten nicht nur auf ihr großes Maul, sondern auch auf ihre dreckigen Finger. Alle Arbeiter müssen erkennen, wer die treibende Kraft beim Verkauf des EWWZ. darstellt.

Wir machen die Einwohnerschaft von Zaucha schon heute darauf aufmerksam, daß in allernächster Zeit eine Einwohnerversammlung stattfindet. Sorgt für einen Massenbesuch!

Weißenfelser Magistrat betreibt Mietwucher

Die Arbeiter zur Abwehr entschlossen

Im Jahre 1928 hat der Magistrat von Weißenfels, um die Wohnungsnot mirksam zu bekämpfen, Neubauten in der Tagewerbener Straße und Geibelstraße durchgeführt. Die Inhaber der Wohnungen sind zumeist Arbeiter und Angestellte, von denen ein Teil inzwischen arbeitslos geworden ist. Mit den Mietern wurden Verträge abgeschlossen, nach denen nur eine vorläufige Miete festgesetzt ist. Für Stube, Kammer und Küche, zusammen 44 Quadratmeter Wohnraum, werden 48 Mark Miete gezahlt. Eine endgültige Mietfestsetzung konnte deswegen nicht erfolgen, weil das Stadtbauamt unter Leitung des Stadtbaurats Palm den Rechnungsabschluß noch nicht gemacht hat. In nahezu zwei Jahren hat das Stadtbauamt also noch keine Möglichkeit gehabt, die Miete in den Neubauwohnungen genau zu berechnen. Das kann nur dort möglich sein, wo eine unerhörte Mißwirtschaft herrscht.

Die Mieter der Neubauwohnungen haben bereits in Versammlungen Stellung genommen und fordern nicht nur beschleunigten Rechnungsabschluß, sondern eine

erträgliche Mietfestsetzung und Rückzahlung der zweifellos zuviel gezahlten Miete.

Für Wohnungen, wie sie das Stadtbauamt in Weißenfels gebaut hat, werden anderwärts höchstens 30 Mark Monatsmiete gefordert.

Die Arbeitermieter sind entschlossen, die weiteren Mietszahlungen auf dieser Grundlage ab 1. April zu verweigern. Es ist an der Zeit, daß die kommunistische Fraktion im Stadtparlament Weißenfels mit Nachdruck die Mietssenkung fordert.

März-Gedenkfeier in Weißenfels

März, der Monat des Kampfes in der Natur und im Leben der Menschheit, ein historischer Monat des Klassenkampfes in Frankreich, Deutschland und Rußland, von der französischen über die russische bis zur deutschen revolutionären Bewegung hat der März einen internationalen Kampfcharakter.

In Weißenfels gedachten die Werktätigen am Freitag, dem 14. März, im Stadttheater des Kampfmärz und seiner Opfer. Umrahmt von Musikvorträgen brachten die Turnerinnen von 1893 Freiübungen und Singspiele. Wuchtig erklangen die Kampfweisen der Arbeiter-Sänger. Die neugebildete Agitprop-Truppe der KPD. führte unter allgemeinem Beifall packende Szenen auf. „Das Maschinengewehr" zeigte den Unterschied in der Beurteilung eines roten Frontkämpfers und eines Stahlhelmers vor Gericht. Hermann Müller, Deutschlands „klarreichster Kanzler" seit Bismarck, sprach persönlich, um den Massen den Panzerkreuzerbau zu rechtfertigen, er wurde mit Schimpf und Schande von den empörten Proleten davon gejagt. Ein guter Sprechchor, die Geschichte des März zum Ausdruck bringend, vervollständigte die Darbietungen der Agitprop-Truppe. Gute Wirkung hatten die plastischen Darstellungen der Kraftsportabteilung 1893. Lebende Bilder wie „Auf der Wolga", „Wacht auf, Verdammte dieser Erde", „Brüder, zur Sonne", „Rotgardisten" und als bestes Bild: „Opfer des Polizeiterrors", bewiesen, wie man auch diese Art von Darstellungskunst im Dienst des politischen Kampfes verwerten kann. Die aufgewendete Mühe seitens aller Mitwirkenden und auch die finanziellen Unkosten hätten allerdings einen weit besseren Besuch notwendig gemacht. Das Interesse der Arbeiterschaft für solche Veranstaltungen muß in Zukunft noch viel kärker werden. Aber auch eine Reihe von Parteimitgliedern kennen ihre Pflicht gegenüber einer Märzfeier noch nicht ganz.

Genosse Kürschner ging in längeren Ausführungen auf die politische Lage ein, er kennzeichnete die Lage im Staat der Arbeiter, in der Sowjetunion, und die entgegengesetzte, sich immer mehr verschlechternde Lage im kapitalistischen Deutschland und zeigte die Mittel und Wege zur Besserung der Lage der Arbeiterschaft auf. Alles in allem, war die Märzfeier in ihrem Verlauf eine gute proletarische Veranstaltung.

Acht Mark Wochenverdienst für eine siebenköpfige Arbeiterfamilie

Ein Ausbeuter schlimmster Sorte ist der Gutsbesitzer und Ortsrichter Seybicke von Crumpa. Kommt da vor kurzem ein Erwerbsloser, der ausgesteuert ist und keinerlei Verdienstmöglichkeit hat zu dem treudeutschen Mann, um eine Armenunterstützung zu erlangen. Der Herr Ortsrichter sagt, das ginge nicht. Sie werden vielleicht später mit am Schulneubau beschäftigt. Und wenn nicht, dann können Sie bei mir arbeiten. Als Entlohnung wollte er Tarif zahlen, der, das Deputat eingerechnet,

38½ Pfennig Stundenlohn

beträgt. Ja, diesen fürstlichen Lohn wollte er sogar noch überschreiten und bot freiwillig 40 Pfennig pro Stunde. So hat nun der Erwerbslose vorige Woche bei diesem Ausbeuter gearbeitet. Infolge der ungünstigen Witterung betrug die Arbeitszeit in der ganzen Woche etwa 20 Stunden. Damit hat der Erwerbslose 8 ganze Mark verdient. Von dieser horrenden Summe sollen sieben Mäuler gestopft werden. Es ist eine Schande, daß die Notlage erwerbsloser Arbeiter von solchen Leuten wie Seybicke ausgenützt wird.

So sehen die deutschen Herren von Ar und Halm aus. Die Arbeiter von Crumpa müssen endlich erkennen, wo sie hingehören. Schließt Euch in diesem schwärzesten Winkel im Geiseltthal zusammen und gebt diesen Herren Ausbeutern bei der nächsten Gelegenheit den verdienten Lohn. Sorgt mit dafür, daß diese Gesellschaft von Ausbeutern gestürzt und so die Lage der Arbeiterschaft gebessert wird.

Gladitz (Kreis Weißenfels). Gaumitz wird ein Opfer der Braunkohle. Zu den Dörfern, die dem Braunkohlenbergbau in Mitteldeutschland weichen müssen, gesellt sich nunmehr auch das Dorf Gaumitz im Kreise Weißenfels. Der Ort, der 330 Einwohner zählt, ist ringsum von tiefen Löchern, welche die Bagger in das Erdreich gefressen haben, umgeben. Das Verschwinden des Dorfes Gaumitz ist beschlossene Sache. Es wird nicht mehr lange dauern — und sämtliche Anwesen sind dem Erdboden gleichgemacht.

Sammelt für den Kampfsonds der Partei!

Mansfelder Kreise

Gegen die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft

Wohnungsnot in Klostermansfeld

In der letzten Gemeindevertretersitzung in Klostermansfeld kam nach Einführung der bestätigten Schöffen und nachrückenden Gemeindevertreter als 2. Punkt: die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft, zur Behandlung. Der Vorsteher gab bekannt, daß noch 31 Wohnungsuchende vorhanden seien und 33 auf eine Dauerwohnung warten. Die Rechte schickte den Vorsitzenden des Hausbesitzervereins vor, der sich für die Beseitigung der Zwangswirtschaft einsetzte. Der „arme Vermieter" könne doch nicht immer in Knechtschaft gehalten werden;

wenn kein Zwang mehr bestehe, würden genug Wohnungen vorhanden sein!

Dieser Aucharbeiter bewohnt mit drei Köpfen zwei schöne Wohnungen, er denkt aber gar nicht ans Vermieten, hat vielleicht schon vergessen, wie er selbst früher einmal das ganze Dorf nach einer Wohnung absuchte. Dem Vertreter der SPD., der doch für Beibehaltung der Zwangswirtschaft eintreten mußte, entgegnete er, daß er sich als Hausbesitzer selbst fesselte.

Unser Vertreter gibt ihm die richtige Antwort, und zum Schluß den guten Rat, in seinem Hausbesitzerverein alle leerstehenden Wohnungen feststellen zu lassen, damit sie vermietet werden, dann hätte alle Not der Wohnungsuchenden ein Ende. Der Punkt wird bis zum 1. Juli vertagt. Zur Teilnahme an einem Lehrgang wurden für einen Feuerwehrmann die Kosten bewilligt.

Von mehreren Gemeinden ist eine Kommission zur Revision der Licht- und Kraftstromverträge gewählt. Diese soll von der Vertretung anerkannt werden. Es wird beschlossen, dies nicht zu tun. Unser Vertrag ist bis 1934 abgeschlossen und dann will die Gemeinde ihre Verträge selbst abschließen.

Wehrwölfe, — Deutschlands Zukunft, als Einbrecherbande

In der Nacht zum 13. d. M. fing wieder mal die Lehndorfer „Wölfe von ihrem Winterschlaf erwacht. Dem Nätherschen Gasthof Lehndorf, wo ein Kochkursus stattfindet, der einen Tag vor der Prüfung steht, erlaubten sich diese Helden einen Besuch abzustatten. Leider sind diese Banden verjagt worden und konnten so nur einiges Gebäck entwenden. Und Sie, Herr Buchhalter von der Zuckerfabrik Brottewitz, als Führer dieser Kleberbande, müssen Ihren Zöglingen bessere Schule geben, damit sie ihren Leimtopf und die Flugblätter bei der Mauserei nicht liegen lassen, sonst riecht es die Polizei nicht. Wir sind gespannt, was die Polizei in der Angelegenheit anstellt. Hätte man Kommunisten im Verdacht, würden schon längst Haussuchungen stattgefunden haben.

Helbra. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern abend kurz nach 5 Uhr. Der elfjährige Sohn des „Klassenkampf"-Trägers Hinsch von hier fuhr beim Austragen mit dem Hochrad die Hauptstraße entlang. Von der entgegengesetzten Richtung kam das Milch-Auto der Molkerei Helbra. Auto und Radfahrer fuhren vorschriftsmäßig rechts. Infolge der schlüpfrigen Straße rutschte der Junge mit dem Hochrad und schlug mit dem Kopf gegen das Auto. Dr. Boergen leistete die erste Hilfe. In bedenklichem Zustand wurde das bedauernswerte Kind dem Knappschaftskrankenhaus Eisleben zugeführt.

Unterröblingen (Mansf. Seekreis). Der Gemeindevorsteher wird seines Amtes enthoben. Der Kreisausschuß beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung u. a. auch mit der Wahl des hiesigen Gemeindevorstandes. In dem Disziplinarverfahren gegen den Gemeindevorsteher Busch und dem Schöffen Dietrich in Unterröblingen beschloß der Kreisausschuß nach vorangegangener mündlicher Verhandlung Amtsenthebung unter Auferlegung der Kosten des Verfahrens.

Wangleben. Unfall durch eine explodierte Oelkanne. Während der Mittagspause geriet ein Mannschaftswagen mit Landarbeitern in der Nähe einer Feldscheune des Rittergutes Schäper durch die Explosion einer in der Nähe des Ofens stehenden Oelkanne in Brand. Dabei wurde ein Arbeiter so schwer verletzt, daß er nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Mehrere andere Arbeiter erlitten leichtere Brandwunden. Feuerwehr und Freiwillige Sanitätskolonne waren zur Hilfeleistung ausgerückt.

Sangerhausen. Wassermangel in Sangerhausen. Infolge der anhaltenden Trockenheit sind durch das beträchtliche Nachlassen der Brunnen des städtischen Wasserwerkes schon jetzt erhebliche Schwierigkeiten in der Wasserversorgung eingetreten. Das Wasserwerk wendet sich in einem Aufruf an die Bevölkerung, mit dem Wasserverbrauch in jedem Falle äußerst sparsam umzugehen; es werden sonst, falls nicht reichliche Niederschläge eine Auffüllung der Grundwasserstände ermöglichen, Spar- bzw. Zwangsmaßnahmen in der Entnahme von Wasser unvermeidlich sein.

Nordhausen. Tagung der Brieftaubenfreunde. Die Harzer Brieftauben-Reiservereinigung hielt hier ihre Frühjahrsversammlung ab. Der Vereinigung gehören 14 Vereine aus den Städten am Nord- und Südharz an. Es wurde mitgeteilt, daß der diesjährige Meisterschaftsflug über die Strecke Kottbus—Insterburg stattfindet. Die Sommerveranstaltung soll in Sangerhausen stattfinden. Für den Herbst ist eine Ausstellung in Hettstedt geplant.

Merseburg-Querfurt

Merseburger Arbeiterschaft trotzt dem Polizeiterror

Die gestrige Protestversammlung in Merseburg gegen Young-Politik, Severing-Gesetz und Polizeiterror war eine wuchtige und kraftvolle Antwort auf Krügers Kosaken-Politik. Männer, Frauen, Jugendliche klagten an. Die Begeisterung der dicht gedrängt den Saal der „Funkenburg" füllenden Massen für die Steigerung des Kampfes, kam in jeder Weise spontan zum Ausdruck. Die nachstehende Entschließung fand einstimmige Annahme, und eine große Anzahl Aufnahmen für die Partei wurden gemacht.

Wenn schon in der Nacht des Ueberfalls auf die Parteiversammlung, nach der Verhaftung der 21 Genossen, ein Polizeioberleutnant zu einem seiner Soldaten sagte: „Wir haben uns aber doch tapfer gehalten", — und wenn der Krüger-Kosak mit Hackenzusammenknallen stammelt: „Zawoll, Herr Oberleutnant!" —, so beleuchtet das schlaglichtartig den „Mut" und die Sicherheit der Schergen, die mit 76 Mann schwer bewaffnet 21 waffen- und wehrlose Arbeiter überfielen!

Entschließung

„Auf den bestialischen Ueberfall, den am Montag, 17. März, 76 Schergen des Polizeipräsidenten Krüger auf 21 unbewaffnete Arbeiter im Lokal „Stadt Leipzig" machten, erklären die revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen Merseburgs jederzeit zu antworten mit allen Mitteln des revolutionären Kampfes. Wenn heute 500 Arbeiter zum Kampfgelöbnis versammelt sind, so wird die wachsende Ausbeutung und Verelendung in kurzer Zeit das zehnfache in den Kampf um ihre Existenz und gegen die Blutschergen des Polizeistaates führen. Sie fordern die gesamten werktätigen Massen auf, gegen den Polizeiterror, Severing-Gesetz und Young-Politik in revolutionärer Einheitsfront den schärfsten Kampf unter der Fahne des Kommunismus zu führen!"

Mit dreifachem „Rot Front!" auf den verbotenen RFB. schloß die Kundgebung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300319-13/fragment/page=0010

Zeitzer SPD.-Funktionäre meutern

Gegen ihre korrupte Bonzokratie — Kreis-Syndikus bestätigt SPD.-Mißwirtschaft — SPD.-Landrat meint

Nur der „Klassenkampf" berichtet

Seit Sonnabend wartet die Oeffentlichkeit und besonders die Masse der kleinen Stromabnehmer in den Kreisen Zeitz und Weißenfels auf einen näheren Bericht über die Stellungnahme des Landgemeindetages in Zeitz zu der Verschleuderung des gemeinsamen Eigentums der Kreise Weißenfels und Zeitz, nämlich des Elektrizitäts-Verbands Weißenfels-Zeitz (EWWZ.).

Die ganze SPD.-Presse, der Zeitzer „Volksbote", das hallische „Volksblatt" und dessen Ableger, brachte seinerzeit „Aufklärung" über die Wichtigkeit des Käufers, an den der EWWZ. verschachert werden soll, die Preag, die Elektrizitäts-A.-G. des Polizeistaats Preußen. Auch vom Landgemeindetag in Weißenfels, der von dem „Herrn Landrat" Zimmermann eingeseift wurde, berichtete man sehr schnell, wobei auch die bürgerliche Presse durchaus aktuell war. Das „Weißenfelser Tageblatt", auch die Merseburger, Zeitzer und hallischen Zeitungen teilten den „beschlossenen Verkauf" innerhalb 24 Stunden mit.

Wir warten diesmal umsonst auf aktuelle Berichterstattung. Besonders der „Volksbote" hüllt sich in Schweigen trotz unserer Mahnung ... Bergholz schweigt!

So wollen wir also mitteilen, weshalb rund um die SPD. alles still ist in Sachen Verschacherung des EWWZ.

Am letzten Freitag ab 7½ Uhr, am Tage der Landgemeindetagung in Zeitz, verteilten zwei Jungkommunisten an die eintreffenden Teilnehmer den „Klassenkampf" in zwei verschiedenen Exemplaren, die EWWZ.-Artikel enthielten. Einige SPD.-Pharisäer lehnten mit der bekannten wegwerfenden Miene ab, erschienen aber gewöhnlich etwas später und baten um ein paar Exemplare.

Und dann ging's los.

Während der Herr Ministerialrat z. D. Schellen Finanz- und Etatsfragen „tiefschürfte", war die Versammlung in den „Klassenkampf" vertieft. Ein bürgerliches Kreistagsmitglied abonniert auf der Stelle. Den Parteibeitritt zieht der Betreffende in Erwägung.

Als Herr Ministerialrat Schellen sein Referat beendet hatte, erfolgte eine kurze Diskussion und dann kam der EWWZ. an die Reihe. Der Versammlungsleiter teilte der trauernden Gemeindevorsteherversammlung mit, daß der Referent,

Herr „Direktor" Scharfenberg „nichterscheinungshalber" erkrankt

sei. (Heute geht es ihm schon wieder besser; ich erfuhr, daß er nicht bettlägerig erkrankt sei, vielleicht zieht er es vor, den politischen Tod im Stehen zu erleiden. Seine Sache!)

Kreis-Syndikus gezwungen Scharfenberg anzuklagen!

Ein kleines Hallo, als der kommunistische Kreistagsabgeordnete Gippner, Rasberg, darauf hinwies, daß der juristische Berater des EWWZ., Kreis-Syndikus Dr. Kießling, den Herrn „Direktor" vertreten möge, da er doch an allen Verbandsausschüssen teilgenommen und auch die Preag-Vertragsentwürfe sachbearbeitet habe. Herr Dr. Kießling hatte keine Erlaubnis und keine Vollmacht seitens der EWWZ.-Leitung.

Kreisausschußmitglied Frenzel, SPD.-Mitglied in Zangenberg, wies energisch darauf hin, daß Herr Kreis-Syndikus Dr. Kießling hauptsächlich die Interessen des Kreises und nur nebensächlich die Interessen der Verbandsleitung zu vertreten habe. (Das geht ja auch schon aus der mietrigen monatlichen Sonderentschädigung für juristische Beratung des Verbandes hervor — lumpige 200 Mark.) Herr Dr. Kießling als Kreis-Syndikus wurde aufgefordert, zum Verkauf des EWWZ. als solcher Stellung zu nehmen. Der Stellvertreter des Landrats, Reg.-Assessor Dr. Riediger, gab die Erlaubnis dazu. Da der SPD.-Landrat inzwischen im Sanatorium seine Nerven schonen muß, bildlich gesprochen, trug sich darauf folgendes zu: Herr Dr. Kießling als Kreis-Syndikus des Kreises Zeitz schlug den juristischen Sachbearbeiter des EWWZ., derselbe Dr. Kießling, derart in die Fresse, daß diese in keine Bratpfanne mehr paßte.

Er führte kurz, aber klar aus:

Der mit den Kreisen Weißenfels und Zeitz abzuschließende Monopolvertrag zugunsten der Preag Preußische Elektrizitäts-A.-G.) bedarf eines Beschlusses der zuständigen Kreistage mit ¾ Stimmenmehrheit. Der Monopolvertrag begünstigt die Preag einseitig. Ein zwingender Grund zu einem Verkauf ist überhaupt nicht zu sehen. Nach dem Vertragsentwurf darf der EWWZ. auch nach erfolgtem Verkauf nicht aufgelöst werden, bis die fälligen EWWZ.-Obligationen, die der Käufer (Preag) übernimmt, abgelöst sind, danach kann eine Auflösung frühestens 1932 erfolgen.

Nach dem EWWZ.-Statut aber hat über den Verkauf des EWWZ. lediglich der EWWZ.-Ausschuß zu beschließen, die Kaufsumme wird an den (nicht aufgelösten) EWWZ. bezahlt. Die Kreise haben lediglich zu dem zwischen der Preag und den Kreisen zu tätigenden Monopolvertrag Stellung zu nehmen.

Die Ausicht auf 4 500 000 Mark in die Kreiskassen ist eine Illusion. Die Kaufsumme wird an den EWWZ. als Zweckverband bezahlt.

Ueber Verbandsangelegenheiten befindet der erweiterte Ausschuß, dessen Entschließungen der „Verengerte Ausschuß" vorbereitet, in dem engeren Ausschuß aber gibt die Clique Scharfenberg-Zimmermann-Lugenhain den Ausschlag. Herr Landrat Dr. Jaenecke muß auf seine schwachen kommunalpolitischen Nerven Rücksicht nehmen und der Wildschützer Kohlengruben-Millionär Dr. Carlson sagt immer: „Ich bin im Bilde! So wird's gemacht und nicht anders!"

Die ganze Niedertracht entlarvt

Hier ist das alte Massenbetrugsschema der Bergholz, Scharfenberg, Zimmermann, Lugenhain wieder einmal entlarvt. Diese kommunalpolitischen Ehrenmänner lassen durch Lügen in der Oeffentlichkeit geschickt die Annahme aufkommen: durch den Verkauf des EWWZ. fließen den Kreisen 4 500 000 Mark als auf der Straße gefundenes Geld zu, denn „die Kreise" haben ja keinen Pfennig zum Aufbau des EWWZ. beigetragen.

Ja, aufgebaut haben den EWWZ. die großen Massen der „dämlichen" kleinen Stromabnehmer mit den hohen Strompreisen, Zählermieten, Anschluß-, Abnahme-, Wiederanschluß-, Wohnungs-, Besitzwechsel- und — Stromsperrungsgebühren.

Verbandsleitung und prominente Verbandsausschußmitglieder genießen bekanntlich Sondertarife.

Was gehen aber diese kleinen „dummen" Arbeiter einen Herrn Landrat Zimmermann an, der von dem Oberpräsidenten die Weisung erhielt, sich bei einem möglichen Verkauf des EWWZ. lediglich von den Interessen des Kreises beeinflussen zu lassen? ...

Was gehen die „gewöhnlichen Proleten" den Grubenarbeiter a. D. „Direktor" Scharfenberg-Pascha an? Der muß Telephonistinnen und kleine Anfängerinnen beim nächtlichen „Diktat" vom „medizinischen Standpunkt" betrachten, das strengt an. Dafür hat man aber auch eine

„glänzende Betriebs- und Verwaltungsorganisation"

geschaffen, auf die man sich verlassen kann. Auch Lebrecht Geduldig konnte dieses Ausbeutungssystem nicht ins Wanken bringen, als er einmal verhinderte, daß einer Wöhnerin, die vor drei Tagen niedergekommen war, wegen ein paar Pfennigen rückständiger Stromschulden durch Stromsperrung das Licht entzogen wurde. Es handelt sich zwar „nur" um die Frau eines arbeitslosen Proleten, aber „Geduldig" wurde sehr ungeduldig, als er von dem Vorhaben erfuhr. Die Sperrung unterblieb.

Aber die Scharfen-Berghölzchen und Konsorten regen sich in ihrer Schmierpresse über den Skandparagraphen 218 auf, halten es aber für „juristisch korrekt und einwandfrei", daß ein kaum geborener nackter, kleiner Prolet eines Erwerbslosen nicht wert ist, das „Licht des EWWZ. zu erblicken",

wenn der arbeitslose Vater hartnäckig die rückständigen 65 Pfennig Stromgeld nicht bezahlen will, weil er keine 65 Pfennig hat.

Wenn es sich allerdings um die Stundungswünsche eines großverdienenden Naumburger Fuhr- und Kiesgruben-Unternehmers handelt, dann macht der Hörsing-Betriebsingenieur gern ein paar „große Touren" in dem Luxus-Dienst-Cabriolet (außerdem gibt es in Naumburg Kneipen mit ff. „Damen"bedienung).

Herr Dr. Kießling wird entschuldigen, daß ich dazwischen redete.

Er wies klipp und klar nach, daß die eventuell eingehenden Verkaufsgelder dann zur Verfügung der Scharfenberg-Zimmermann-Lugenhain-Clique stehen werden. Er schloß mit dem Satz: „Für den Verkauf des EWWZ. sind weder technische noch finanzielle Gründe vorhanden!"

Mich hat es besonders gefreut, daß diesem „abgefeimten" juristischen Berater des EWWZ., Dr. Kießling, endlich einmal von dem Kreis-Syndikus Dr. Kießling gezeigt wurde, was eine Harke ist".

Nach Dr. Kießling sprach der bürgerliche Redakteur Dr. Schwarz (=weißrot) von den „NN.". Er hieb in dieselbe Kerbe und zerpflückte das phanasiearme EWWZ.-Märchen des „Weißenfelser Tageblattes", Verfasser Herr Landrat Zimmermann. (Bitte keine Gegenrede, Herr Landrat, ich habe Ihre fachmännische Begabung für billige Eier und dralle Wirtinnen stets neidlos anerkannt; Sie werden mir die Ueberzeugung nicht nehmen, daß Sie kommunale Gemeinschaft unter falschen Voraussetzungen betreiben. Bitta schöön, keine Ursache!)

SPD.-Funktionäre fühlen sich belogen und betrogen

In einer sehr lebhaften Diskussion sagte der sozialdemokratische Gemeindevertreter Bischof-Mannsdorf sinngemäß:

„Mit den Interessen der Kreiseinwohner werde von einem Scharfenberg Schindluder getrieben. Ein Politiker der den „Klassenkampf" wegen der himmelschreienden Behauptungen nicht verklage, sei ein Lump.

Scharfenberg sei lange genug eine Belastung für seine Partei gewesen. Hier müsse schleunigst Abhilfe geschaffen werden."

Darauf erhob sich der sozialdemokratische Gemeindevorsteher, das langjährige EWWZ.-Ausschußmitglied Strähnerhaynsburg. Er wiederholte das Scharfenbergische Märchen, Schramm, der Kabeldoktor, habe versucht, den EWWZ. stickum hinter dem Rücken der Verbandsleitung zu verscheuern. (Scharfenberg war auch damals der verschacherungslüsterne Gauner; siehe Abdruck der betr. Originalschreiben in Nr. 57/1930 des „Klassenkampf".) SPD.-Strässner ließ aber Scharfenberg-Pascha Gerechtigkeit widerfahren: Scharfenberg habe sich sogar als „Direktor" bezeichnet,

das sei aber ein schlechter „Direktor", der sich heute (in der Landgemeindeversammlung) um die Verantwortung herumdrücke.

Nicht nur der erweiterte Verbandsausschuß, sondern der ganze Verband sei „für dumm" verkauft worden. Er sei entschieden gegen jeden Verkauf.

Der Verbandsausschuß habe lediglich auf die Informationen hin, die man zu geben beliebte (falsche natürlich. D. Red. d. „Klassenkampf") grundsätzlich seine Zustimmung gegeben. Diese sei nach erfolgter Aufklärung durch den Herrn Kreissyndikus Dr. Kießling hinfällig.

Pflichtgemäß sprang jetzt für den kommunal-nervenzerrütteten Landrat Dr. Jaenecke in die Bresche der Stellvertreter Dr. Riediger, indem er sich mit lässiger Eleganz erhob, mit wohlklingender Stimme und großzügiger Handbewegung erst einmal „persönliche Angriffe" beiseite schob. Dann appellierte er an die hohe Intelligenz der Verbandsausschußmitglieder (soweit sie nicht durch Sonderzuwendungen beeinflußt sind. D. Verf.), die sich monatelang mit dem Verkaufsproblem beschäftigt hätten. (In völliger Unkenntnis der Sachlage, auf Grund falscher Informationen, ohne Unterlagen, genasführt seit 1921 durch Scharfenberg-Zimmermann-Lugenhain. D. Verf.) Dann erzählte der Herr Assessor, in Hessen, seinem früheren Tätigkeitsfeld, habe die Preag zum Vorteil der Vertragspartner ein „ähnliches" Abkommen mit der kommunalen Elektrizitätswirtschaft getroffen. (Herr Assessor, hoffentlich sind Sie in Hessen nicht „blind" geworden.)

Kampf den Personen, die die Sache verraten

Da es nicht polizeilich verboten ist, gestatte ich mir, seit 1½ Jahren aus der deutschen und ausländischen Wirtschaftspresse sämtliche Preag-Transaktionen und Finanzbewegungen herauszuklauben. Sehen wir, was im Wirtschaftsteil des „B.T." — geleitet seit 20 Jahren von dem jetzt 50jährigen Felix Pinner, den wohl auch Herr v. Harnack für einen „wirtschaftspolitischen Ermittler" interessanter Zusammenhänge hält — stand unter:

„Preag übernimmt Hefrag"

„Grubenerwerb im hessischen Braunkohlengebiet.... Nunmehr ist zwischen dem hessischen Staat und der Preag eine Vereinbarung zustandegekommen — sie bedarf lediglich noch der Zustimmung des hessischen Landtages — nach der Hessen seine Aktienbeteiligung an der Hefrag (Braunkohlen-Schwefelkraftwerk Hessen-Frankfurt A.-G.) und vier oberhessische Braunkohlengruben an die Preag verkauft. Energiewirtschaftlich liegt der Vorteil dieser Transaktion vor allem darin, daß Oberhessen nunmehr in das Versorgungsgebiet der Preag, in das es bisher, wie ein Keil hineinragte, einbezogen wird und überdies die Preag die Verwendung des Braunkohlenstroms im Rahmen ihres Gesamtprogramms einheitlich vornehmen kann. ... Was die Bezahlung der Erwerbung anbetrifft, so erhält der hessische Staat für die nominell 1,5 Mill. Mark Hefrag-Aktien und die vier Braunkohlengruben Ludwigshoffnung, Weggisheim, Gettenau und Wölfersheim-Nord zusammen nominell 4,2 Mill. Mark Preag-Aktien."

„Andersrum wird ein Schuh draus", aber von ähnlichem Abkommen zu reden, finde ich übertrieben. Dann sprach der Herr Landrat-Stellvertreter noch mit dem Mantel der christlichen Nächstenliebe von persönlichen Angriffen. Es wird allmählich Zeit, ungeduldig zu werden. Der SPD.-Proletarier aus Mannsdorf hat die Ursache besser erfaßt als Sie, Herr „Landrat".

Sollen wir vielleicht die Preag oder den EWWZ. angreifen, oder gar die „deutsche Elektrizitätswirtschaft", oder ist es am christlichsten, den „Mann im Monde" für die zum Himmel stinkende Korruption, Gaunerei, Menschenschinderei beim EWWZ „verantwortlich" zu machen?

Die einzige Aufklärung, die der Arbeiterschaft und der breiten Oeffentlichkeit zuteil wurde, brachten die Scharfenberg-EWWZ.-Artikel im „Klassenkampf".

Auf meine und des „Klassenkampf" monatelange eindeutige Anzapfung fühlten sich dann auch die „NN." endlich bewogen, etwas abzudrucken.

Im Kreise Weißenfels aber besorgt die sog. „Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft" unter der überragenden Leitung des Fraktionsführers, Rittergutsbesitzer Reinhardt, Burgwerben, langjähriges, Scharfenberg-Pascha nahestehendes Mitglied des EWWZ.-Ausschusses, nach den Anregungen des Landrats Zimmermann immer noch die dreckigen Geschäfte ihrer schmierigen Kumpane und SPD.-Bonzen.

Ein gesundes kommunales Unternehmen mit unbeschränkten Zukunftsaussichten wird durch zynische Desorganisation an den Rand des Ruins gebracht, um dann an ein 100prozentiges Polizei-Staatsunternehmen, welches genau so nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen arbeitet, wie der letzte privatwirtschaftliche Ausbeuter. Dabei ist das Polizei-Staatsunternehmen besonders scharf auf absolute Monopolrechte, um nach Belieben die Strompreise zu erhöhen. Oder hat das „wohltäterische" Preag-Direktorium sich nur in die schönen Augen der Weißenfels-Zeitzer Stromabnehmer verliebt? Herr Assessor, die ehrlichen Proleten und auch die bäuerlichen Steuerproleten haben endlich die Nase voll, auch die SPD.-Arbeiter.

Es ehrt Sie, daß Sie den Mann mit den zerrütteten wirtschaftspolitischen Nerven decken wollen, aber kein vernünftiger Mensch verlangt von Ihnen, daß Sie sich bei diesem nutzlosen Unterfangen gleich bei Begirn Ihrer „Verwaltungslaufbahn" unsterblich blamieren. Wilhelm III will nicht geholfen sein, er vertraut auf Scharfenberg-Paschas verwaltungstechnische Mätzchen.

Weshalb existiert diese katastrophale Mißwirtschaft zum Schaden aller, insbesondere aber der kleinen, proletarischen Stromabnehmer, deren unschuldige Kinder darben müssen für jeden Pfennig Mehrausgabe

in „diesen herrlichen Zeiten" die die sozialdemokratischen Klassenverräter nach manchem Kuhhandel endlich herbeiführten?

Nur weil ein paar schmierige Gauner, Verräter und Frauenschänder, die leider selbst aus der proletarischen Klasse stammen, die Vertrauensseligkeit der Arbeiterschaft und die Kenntnis formaler Mätzchen jahrelang erfolgreich benutzten,

um ihre Taschen zu füllen.

In den nächsten Tagen wird Bergwortbruchhölzchen für die Korruption, die er säte, einen wachsenden Mitgliedersturm ernten. Der Parteigeschäftsbetrieb Albert Bergwortbruchhölzleins wird durch persönlichen Haß, Mißgunst, Lüge und Cliquen-Terror elend zusammengehalten. Bis jetzt bin ich noch nicht „indiskret" gewesen. Einen solchen Betrieb „ermittelt" Lebrecht Geduldig gern. Wenn ein religiös-sozialistischer Regierungspräsident sich durch beleidigende Ablehnung einer Unterredung für uninteressiert hält, so fördert auch das die Ermittlungen! Gute Kenner der Verhältnisse versichern immer wieder, daß der Verband sang- und klanglos vor den Kommunalwahlen verschachert worden wäre, wenn nicht die Gegeninitiative von mir und der kommunistischen Presse ergriffen worden wäre. Dabei ist es gleichgültig, wie man politisches Ungeziefer vertilgt, das vertrauensseligen Wehrlosen, Frauen und ungeborenen Kindern die zum nackten Leben nötige, karge Nahrung wegstibitzt. Leider ist der „Zerstäuber" zur restlosen Vernichtung dieser stinkigen, feigen Brut noch nicht erfunden.

Soviel also zu der Landgemeinde-Verbandstagung des Kreises Zeitz. Sie war das Vorspiel zum letzten Akt im Kampfe für die Erhaltung des kommunalen EWWZ. In den nächsten Tagen werden verschiedene Leutchen, die bereits auf dem politischen Sterbebett liegen, sachgemäß einbalsamiert.

Die Arbeiterschaft aber hat es nur dem „Klassenkampf" und der KPD. zu verdanken, wenn in kurzer Zeit ein paar Verräter weniger an ihrem Blute sich mästen.

In allen Ortsgruppen der Kreise Weißenfels und Zeitz muß die Protestbewegung gegen das Schmiersystem der SPD. lauteren Widerhall finden. Selbst die sozialdemokratischen Arbeiter müssen helfen, den neuen Dreh der Bergholz-Schwindel- und Verräter-Sippe zu vereiteln.

L. G.

Protest-Versammlungen

gegen die Verschacherung des EWWZ.

Köpsen: Freitag, den 21. März, abends 8 Uhr.
Rasberg: Sonnabend, den 22. März, abends 8 Uhr.
Grana: Sonntag, den 23. März, nachmittags 3 Uhr.
Theißen: Dienstag, den 25. März, abends 8 Uhr.

Sorgt für Massenbeteiligung Folgt dem Beispiel der Gemeindevertretungen von Jaucha, Köpsen, Haynsburg und Catersdobersdorf!

Der EWWZ. vor dem Kreistag in Weißenfels

Der Kreistag tritt am Montag, den 31. März, zu seiner nächsten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung liegt u. a. der Abschluß eines Vertrages mit der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft zwecks Ueberführung des Elektrizitäts-Verbandes Weißenfels-Zeitz in die Stromversorgungs-Aktiengesellschaft Weißenfels-Zeitz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300319-13/fragment/page=0011

Rund um den Erdball

Petroleumdampfer in Flammen

Das Drama auf dem Magdalenenstrom — 30 Fahrgäste und Matrosen verbrannt — Unbeschreibliche Panik an Bord

Nach amerikanischen Meldungen ereignete sich an der Küste des Karibischen Meeres auf dem Dampfer „Buzaramanga", der im Hafen von Eldorado am Magdalenenstrom vor Anker lag, eine furchtbare Schiffskatastrophe, bei der über dreißig Mann der Besatzung und Fahrgäste umkamen.

Der Unglücksdampfer, der Petroleumtonnen aus den Oelfeldern von Maracaibo geladen hatte, war nachts den Magdalenenstrom hinaufgefahren. Aus noch unbekannten Ursachen entstand plötzlich ein Feuer, das die Petroleumlager erfaßte und sich mit unheimlicher Schnelligkeit ausbreitete. Das Feuer brach nachts aus, als der größte Teil der Fahrgäste unter Deck in ihren Kojen lagen. **Eine unbeschreibliche Panik entstand.** Viele wurden **niedergetreten**, andere **sprangen in den Fluß**, wo sie **ertranken** oder in dem auf dem Wasser brennenden Petroleum **auf schreckliche Weise umkamen.** Auch der **Kapitän** fand in den Flammen des Schiffes den Tod. Es war unmöglich, rechtzeitig Rettungsmaßnahmen zu ergreifen. Bisher konnte nur eine Leiche geborgen werden.

Dreifacher Mord aus Geldgier

Die elektrische Mordfalle auf der Landstraße — Drei Menschen durch 20 000 Volt getötet — Der Täter ein frommer katholischer Burschenführer und Heimwehrmann

Unter riesigem Andrang der Bevölkerung und der Sensationspresse begann gestern vor dem Schwurgericht in Kornenburg die Verhandlung gegen den Bauernsohn Franz Neumeyer aus Rückersdorf, der am 4. August auf einer Landstraße am Ausgang seines Dorfes eine Starkstromfalle von der elektrischen Leitung der Ueberlandzentrale gelegt hatte, und damit seinen Bruder und zwei fremde Bauernsöhne ermordete.

Der Angeklagte, ein derbknochiger Bauernbursche mit einem tückischen Gesichtsausdruck, ist bereits viermal wegen Diebstahls vorbestraft. Trotzdem aber genoß er in seinem Dorfe großes Ansehen, daß er sich durch fleißiges Kirchengehen und

durch rührige Tätigkeit im katholischen Burschenverein, in dem er sogar Obmann war, und in der faschistischen Heimwehr, errungen hatte.

Aus der Verhandlung ging hervor, daß der Starkstrommörder die grauenhafte Tat mit einer geradezu unvorstellbaren Kaltblütigkeit vorbereitet hat. Monatelang vorher beschäftigte er sich intensiv mit den Geheimnissen der Elektrizitätstechnik. In **der Nacht zum 5. August** schritt er dann zur Ausführung seiner **Tat.** In Rückersdorf war gerade Kirchtag gewesen und es war **schon nach Mitternacht, als der Wagnergehilfe Wölfel mit seinem** Rade die Landstraße nach **Klein-Rötz passierte. Plötzlich entdeckte** er zu seinem Schrecken **drei leblose Körper auf der Landstraße** liegen. In der Meinung, es seien Betrunkene, wollte er seine Fahrt fortsetzen,

doch im gleichen Augenblick wurde auch er vom Strom erfaßt und zu Boden geschleudert.

Wölfel konnte sich jedoch wieder erheben und lief zur Gendarmerie. Diese fand nicht nur die drei Toten, sondern entdeckte auch sogleich, auf welch heimtückische Weise sie ermordet wurden.

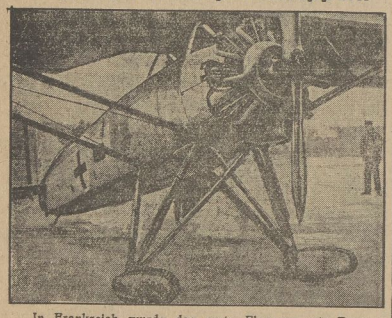
Ueber die Landstraße war nämlich in 1½ Meter Höhe ein dünner Eisendraht gespannt, der mit der elektrischen Starkstromleitung verbunden war, so daß jeder, der die Stelle passierte, durch den 20 000 Volt starken Strom getötet werden mußte.

Bereits einige Tage nach dieser grauenvollen Entdeckung wurde der Bruder des getöteten Franz Neumeyer, also der Angeklagte, unter dem Verdacht der Täterschaft verhaftet.

Aus der zeitweise sehr dramatischen Verhandlung ging weiter hervor, daß der Angeklagte aus **reiner Geldgier seinem älteren Bruder nach dem Leben trachtete.** Wollte doch der getötete Bruder in den nächsten Monaten heiraten. In diesem Falle hätte der Angeklagte als älterer Bruder nach österreichischer Sitte dem jüngeren **sogenanntes Heiratsgut auszahlen müssen.** Dazu aber konnte dieser famose Christ und fanatische Faschist sich nicht aufschwingen. Lieber belud er sein „christliches Gewissen" mit einem Brudermord. Daß die beiden anderen Opfer des Starkstrommörders ebenfalls umkamen, war zwar nicht beabsichtigt, denn sie waren nur zufällige Begleiter des getöteten Bruders, mildert jedoch keineswegs die Blutschuld des Neumeyer.

Der Angeklagte selbst scheint um sein weiteres Schicksal nicht allzu große Sorgen zu haben, denn er hat bereits Zellengenossen gegenüber erklärt, daß er wohl mit einer nicht allzu hohen Strafe davonkommen werde. Rechnet er doch mit der bekannten Milde der österreichischen Klassenjustiz gegenüber allen faschistischen Heimwehrlern, auch wenn sie kriminelle Verbrecher sind.

Flugzeug mit Raupenschleppern



In Frankreich wurde das erste Flugzeug mit Raupenschleppern erbaut und am 15. März auf einem bei Paris gelegenen Flugplatz mit Erfolg vorgeführt. Durch diese Raupenschlepper kann das Flugzeug auf jedem Boden landen.

Durch Fabrikbrand 400 Arbeiter brotlos

Im Kabelprüfraum der Krizik-Werke, der früheren Bergmann-Werke in Bodenbach in der Tschechei, brach in der Nacht zum Montag **ein Feuer aus,** das die ganze **umfangreiche Fabrikanlage einäscherte.** Zahlreiche Maschinen und wertvolle Apparate wurden vom Feuer zerstört. 400 Arbeiter und Arbeiterinnen sind durch diese Brandkatastrophe arbeitslos geworden.

Regierungspräsident Dr. Momm

8000 Mark Versicherungsgelder kassierte er ein

Wie wir bereits gestern meldeten, hat Dr. Momm, der Mann der Klaupräsidentin von Potsdam, der nur forsch gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung sein konnte, aber in seinem eigenen Hause vor seiner Frau „die Segel strich", sein Amt niedergelegt. Bezüglich der Klaupräsidentin bemüht sich die gesamte bürgerliche Presse mit rührendem Eifer, die Unzurechnungsfähigkeit der Versicherungsschwindlerin nachzuweisen. Zur Zeit — heißt es — beschäftigt sich die Polizei mit der Frage nach den Mitschuldigen, denn daß Frau Momm das Loch in die Tür allein gebohrt und gesägt habe, um einen Einbruch vorzu-

täuschen, ist unwahrscheinlich. Die Arbeiten sind offenbar von einer Männerhand ausgeführt worden. Frau Momm selbst macht in diesem Punkt widersprechende Angaben. **Einmal** erklärt sie, sie hätte das Loch selbst gemacht, ein **andermal** belastet sie zwei Personen, u. a. auch einen pensionierten höheren Beamten, der bis vor kurzem im Hause des Regierungspräsidenten verkehrt hat. Regierungspräsident Dr. Momm hat von Versicherungsanstalten insgesamt etwa 8000 Mark erhalten. Der Skandal in der feudalen und reaktionären Gesellschaft Potsdams nimmt täglich größeres Ausmaß an.

Schweres Autounglück in Frankreich

45 Arbeiter auf dem Wege zur Arbeitsstätte verunglückt

Ein mit 45 Arbeitern besetzter Lastwagen stürzte auf der Chaussee nach Lille plötzlich um. Von den Verunglückten, die gerade zu ihrer Arbeitsstätte befördert werden sollten, gerieten zehn Arbeiter so unglücklich unter den schweren Lastkraftwagen, daß sie lebensgefährliche Verletzungen davontrugen. Der Unfall ist auf ein gleichzeitiges Versagen der Steuer- und Bremsvorrichtungen zurückzuführen.

Verzweiflungstat zweier Arbeitsloser

In **Nürnberg**, in einem Hause der Behrenschanzstraße, wurde gestern der 27jährige Schlosser Moser, mit Gas vergiftet, **tot aufgefunden.** Sein taubstummer Bruder lag bewußtlos im Bett und **starb ebenfalls** bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Aus hinterlassenen Aufzeichnungen geht hervor, daß beide Brüder wegen der durch **die dauernde Arbeitslosigkeit hervorgerufenen drückenden Not** aus dem Leben geschieden sind.

Folgenschweres Spiel mit Windmühlenflügeln

In Saal im Kreise Franzburg ließen sich mehrere Knaben an den Flügeln der langsam laufenden Windmühle ein Stück hochziehen, um dann abzuspringen. Hierbei wurde der **neunjährige Sohn** eines Ziegeleiarbeiters von den Flügeln mit hochgerissen und **stürzte von oben auf das Dach der Mühle. Trotz** sofortiger Hilfe **erlag er bereits nach einer Stunde seinen schweren Verletzungen.**

Tödlicher Fliegerabsturz

Ein **Militärflugzeug** des **französischen Heeres** ist gestern nachmittag bei Lyon aus 400 Meter Höhe über einem Hause **abgestürzt.** Die **beiden Insassen,** zwei Unteroffiziere, wurden auf der **Stelle getötet.**

Durch Kollektivierung zum Sozialismus

Rotarmisten als Propagandisten

des sozialistischen Aufbaues, des friedlichen Feldzuges „der Liquidierung des Kulaken als Klasse". Unser Bild zeigt Rotarmisten beim Empfang von Agitationsmaterial kurz vor Abmarsch in einen ländlichen Distrikt, in dem eine großzügige Propaganda- und Organisationsarbeit für die Kollektivierung geleistet werden soll.

Bauern begrüßen Arbeitskonferenz

eines größeren Rayons, auf der Hunderte von Vertretern der verschiedensten Kollektivwirtschaften ihre Erfahrungen austauschten, um, auf ihren Kommunen zurückgekehrt, mit verstärktem Eifer und größerem Wissen an die Aufbauarbeiten heranzugehen.

Kollektiv bei der Arbeit

Der Rat der Kollektivwirtschaft des Dorfes Kolnoje, Kreis Rjasan, bespricht den Plan der diesjährigen Frühjahrssaat. Unbeirrt durch das hysterische Geschrei der kapitalistischen Weltpresse und der sozialdemokratischen Verleumder vereinigen sich Rotarmisten, Arbeiter und Bauern in der Sowjetunion zur aufopferungsfreudigsten Arbeit am Sozialismus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300319-13/fragment/page=0012

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Mittwoch, 19. März 1930** | **10. Jahrgang • Nr. 66**

Terrorgesetz in dritter Lesung angenommen!

Nun erst recht — Hinein in die KPD. — Verteidigt Eure revolutionäre Vorhut!

(Eig. Drahtber.) Berlin, 19. März.

In der gestrigen Reichstagssitzung wurde Severings Republikschutzgesetz in der namentlichen Schlußabstimmung mit 265 gegen 150 Stimmen angenommen. Auf den kommunistischen Antrag, die Verkündung des Gesetzes auszusetzen, antwortete der Sozialdemokrat Dittmann mit dem Antrag, das Gesetz als dringlich zu erklären. Das Republikschutzgesetz wird nunmehr dem Reichsrat zugeleitet und sofort mit der Unterschrift Hindenburgs zur Veröffentlichung gelangen.

Unter dem alten Sozialistengesetz Bismarcks schrieb im August 1882 der damalige sozialistische Abgeordnete Georg v. Vollmar:

„Lassen wir alles Verstecken, Vertuschen, Leugnen und Heucheln als unser unwürdig und rufen wir offen und steifnackig unseren Feinden zu: Jawohl, wir sind staatsgefährlich, denn wir wollen Euch vernichten. Jawohl, wir sind die Feinde Eures Eigentums, Eurer Ehe, Eurer Religion und Eurer ganzen Ordnung. Jawohl, wir sind Revolutionäre und Kommunisten. Jawohl, wir werden der Gewalt mit der Gewalt begegnen. Jawohl, wir glauben fest an eine baldige Umwälzung und Befreiung, wir hoffen auf sie und bereiten uns durch geheime Organisation und Agitation und alles, was Eure „Gesetze" verbieten und uns gut dünkt, auf dieselbe nach Kräften vor. Ihr habt die Machtfrage gestellt — gut, wir nehmen sie auf. Wir werden uns eines nicht fernen Tages schlagen und der Sieger wird das Gesetz machen."

(Zitat aus dem Abend-„Vorwärts" vom 15. März 1930.)

Ein halbes Jahrhundert nach diesen Sätzen des sozialistischen Vollmar erläßt der Sozialdemokrat Severing seine brutalere, skrupellosere, schmachvollere Neuauflage des Sozialistengesetzes. Die deutschen Arbeiter mögen ihr Urteil darüber fällen. Severings Ausnahmegesetz ist nicht nur ein Schlag gegen die Kommunistische Partei, die er dezimieren" will. Severings Ausnahmegesetz ist

ein Schlag gegen alle Werktätigen.

Der Widerstand der Massen gegen die Auswirkungen des Young-Planes soll gebrochen werden.

Die Satten wollen die Hungernden wehrlos machen; das ist der Sinn des Republikschutzgesetzes.

Es soll nicht gelingen!

Massenkampf um Lohn und Brot, für den Siebenstundentag, das ist die proletarische Antwort.

Nun erst recht —

Hinein in die Kommunistische Partei, die Partei des deutschen Proletariats!

*

Das Republikschutzgesetz, das den Klassenkampf des revolutionären Proletariats terrorisieren soll, ist nur der Ausdruck der wachsenden Schwierigkeiten des deutschen und des internationalen Kapitalismus.

kein Zeichen der Stärke, sondern im Gegenteil ein Zeichen der Schwäche der Ausbeuterherrschaft.

Aber Revolutionen können nicht verboten werden,

kein Ausnahmegesetz der Welt kann den revolutionären Klassenkampf unterdrücken.

Was können die Herren erreichen?

Sie können erreichen, daß wir, um der mitteldeutschen Arbeiterschaft das Sprachrohr der Revolution so lange als irgend möglich zu erhalten, manche Dinge nicht in jener Offenheit aussprechen können, wie wir es gewohnt sind. Aber deutlicher als viele Worte sprechen die Tatsachen der Krise, des Hungers und des Elends, und sie werden die mitteldeutschen Arbeiter lehren,

die Zeilen des „Klassenkampf" richtig zu lesen.

Die Herren können die Partei um Hunderte ihrer Funktionäre berauben, — aber sie können nicht verhindern, daß die Tatsachen Tausende von Proleten belehren, die sich der revolutionären Vorhut anschließen und

in die durch den Terror gerissenen Lücken eintreten werden.

Die Herrschenden können den Versuch unternehmen, die Kommunistische Partei, die Vorhut der proletarischen Revolution, zu verbieten, — aber keine Kraft der Welt kann verhindern, daß ein **Massensturm des Proletes durch die Betriebe, durch die Stempelstellen, durch alle Arbeiterorganisationen geht, daß gerade der Terror des Klassenfeindes** gegen die Kommunistische Partei Zehntausenden bisher von den Sozialfaschisten irregeführter Proleten die Augen öffnet,

daß der eherne Wall der proletarischen Solidarität die revolutionäre Vorhut schützt, die unter allen Umständen ihre Pflicht erfüllen wird.

Unter der Wucht der Empörung der Arbeitermassen ist der große Bismarck mit seinem Sozialistengesetz gescheitert, — in den Stürmen der wachsenden revolutionären Gärung wird das Terrorgesetz des kleinen Severing zerbrechen.

Weißenfelser Schuhma

Sozialfaschisten und Renegaten schließen von der Oppositio

Der sozialfaschistische Hauptvorstand der Schuhmacher hat die im Januar dieses Jahres mit 227 gegen 159 Stimmen der SPD. gewählte oppositionelle Ortsverwaltung in Weißenfels nicht bestätigt. In der Generalversammlung am 18. März wurde die Neuwahl vorgenommen. Der aus der KPD. erst vorige Woche ausgeschlossene Angestellte Schüffler machte offen für die SPD. Propaganda und entlarvte sich als ein bezahlter Lakai der Gewerkschaftsbürokratie.

Mit rücksichtsloser Schärfe zeigten die oppositionellen Redner die Faschisierung der Gewerkschaftsbürokratie auf. Der Schuhmacherverband soll wie in Berlin auch in Weißenfels gespalten und den Unternehmerinteressen dienstbar gemacht werden.

Im Schuhmacherverband Weißenfels wurde gestern eine politische Entscheidung herbeigeführt.

Die Stimmenzahl der SPD. ging von 159 auf 140 in der Spitze zurück. Die Opposition erreichte mit 288 Stimmen (im Januar waren es 227) einen guten Erfolg.

Eine rein oppositionelle Ortsverwaltung

wurde auf Grund politischer Kampfforderungen gewählt.

Zur Bezirkskonferenz nach Erfurt wurden mit 281 Stimmen

überwältigenden Sieg der roten Liste

ergaben. Es erhielten bei der Wahl zum Arbeiterrat

die rote Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition 655 Stimmen,

die sozialfaschistische Liste 275 Stimmen.

Dieser Erfolg der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist eine Ermunterung für die gesamte deutsche Arbeiterschaft, insbesondere aber für die Schwesterbetriebe der Agfa in Wolfen und Bitterfeld, deren Wahlen in der nächsten Woche bevorstehen:

Wählt rote Betriebsräte!

Man kann die Revolution nicht verbieten

Zum Jahrestag der Märzrevolution und der Pariser Kommune

„Die sogenannten Revolutionen von 1848 waren nur kleine Zwischenfälle — geringfügige Spalten und Risse in der harten Kruste der bürgerlichen Gesellschaft. Aber sie zeigten den Abgrund." So analysiert Marx am 19. April 1856 die bürgerlichen Revolutionen von 1848. Der Abgrund wurde aufgezeigt:

Die Kluft zwischen den Klassen

— der Bourgeoisie und dem Proletariat, das noch bis zur Revolution von 1848 und noch während derselben (hauptsächlich in Deutschland) für die Interessen seines eigenen Feindes kämpfte.

Warum der Riß? Warum zeigten die vollzogenen Revolutionen erst den Abgrund? Die Antwort liegt in der Rolle, die die die nach „Freiheit" strebende Bourgeoisie in den Jahren 1848 gespielt hat. Ihr Freiheitsprogramm erschöpfte sich mit Freiheit des Handels, und war diese wichtigste Forderung erfüllt, so ließe sich schon über alle anderen Forderungen, wie Pressefreiheit, Gewissensfreiheit usw. reden. Denn der berühmte Ruf nach der „Verfassung" in Deutschland roch stark nach Kattunfabrikant und Kattunhändler. „Der König soll sich unter den Schutz der Bürger stellen", brüllte es am 19. März 1848 auf dem Schloßplatz. Weil Oberbürgermeister Naunyn mit lauter Stimme auf den Platz herunterrief: „Der König will, daß Pressefreiheit herrsche, ... der König will, daß eine Konstitution auf freisinnigster Grundlage alle deutschen Länder umfasse, ... der König will, daß Preußen sich an die Spitze der Bewegung stelle." Und der König selbst auf dem Roß unter Schwarz-Rot-Gold — was konnte man noch mehr verlangen? So druckt schon die „Vossische" am 20. März 1848 ein „Extrablatt der Freude", wo der Zusammenstoß zwischen Militär und Bürgertum nur als ein „unseliger Irrtum" dargestellt wird.

Hier zeigte sich der Abgrund zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Und dieser Abgrund wurde immer tiefer, je klarer die Klassenforderungen des Proletariats wurden, je mehr es die Bedeutung der Waffe in seinem Kampf um die Befreiung erkannt hatte.

*

So mußte das Proletariat nach 1848 der bourgeoisen Demokratie sagen, was es von ihr eigentlich denkt. Und das Proletariat verkündet den verschiedenen Hansemännern und Camphausens und wie alle diese Bourgeois und kleinbürgerlichen Demokraten heißen mögen, daß das, was bis jetzt war, der Kampf gegen die Monarchie, nur das Vorspiel zum eigentlichen Kampf sei, der

für das Proletariat mit der Herrschaft der bürgerlichen Demokratie erst beginnt.

Alles andere sei für den Totengräber der Bourgeoisie nicht mehr als eine kleine Episode.

„Es gab Verbindungen", sagt Marx über die verschiedenen kommunistischen und halbkommunistischen Gruppen und Organisationen von vor und während 1848, „die sich ein weiteres und höheres Ziel gesetzt hatten, die wußten, daß der Sturz einer Regierung **nur eine Episode in dem großen herannahenden Kampf sein werde,** und die sich zusammentaten, um die Partei (d. h. die Kommunistische), deren Keim sie bildeten, zu dem letzten, entscheidenden Ringen vorzubereiten, in dem eines Tages in Europa die Herrschaft nicht bloß der „Tyrannen", „Despoten" und „Usurpatoren", sondern eine weit gewaltigere und furchtbarere Macht für immer vernichtet werden soll:

die des Kapitals über die Arbeit."

Das ist das Ziel der proletarischen oder der kommunistischen Partei, was für Marx nur identische Begriffe sind. Nicht nur Sturz der „Tyrannen", von Friedrich Wilhelm IV. oder Wilhelm II., ist das eigentliche Ziel des Proletariats. Dies ist nur das Vorspiel zum Kampf gegen die gewaltigere und furchtbarere Macht — gegen die Macht des Kapitals.

Und wenn die proletarische oder kommunistische Partei eine „Verschwörung" organisieren wollte, „so war es eine Verschwörung nicht gegen die bestehende Regierung (Friedrich Wilhelm IV. oder Wilhelm II.), sondern **gegen deren wahrscheinliche Nachfolgerin."** So verkündete Marx das Programm der proletarischen Partei in seinem Artikel „Der Kommunistenprozeß zu Köln" am 1. Dezember 1852. Das Proletariat muß aus den Erfahrungen von 1848/1849 lernen, „daß zuerst die Demokratie der Kleinbürger an die Herrschaft kommen muß, ehe die kommunistische Arbeiterklasse erwarten darf, dauernd zur Macht zu gelangen und das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300319-13/fragment/page=0013